DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

162 | 15. JAHRGANG März '98 | 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

SCHULEN OHNE NOTEN

Ende Januar fand in Berlin eine Zeugnisverbrennung statt. Ca. 70 SchülerInnen verbrannten Kopien ihrer Zeugnisse, um auf die Ungerechtigkeit und die Funktion von Noten aufmerksam zu machen. Seite 3

STROMZÄHLERSTREIT

Im sächsischen Obereifersdorf lief ein Stromzähler seit 1990 amtlich genehmigt rückwärts, sobald überschüssiger Strom aus der eigenen Photovoltaikanlage ans Netz abgegeben wurde. Ein Polizeieinsatz wurde nötig, weil das Energieversorgungsunternehmen ESAG diese Genehmigung rückgängig machen will. Seite 3

NEW WORK

Der Osnabrücker Packpapier-Verlag hat ein Buch zum Thema »Neue Arbeit durch Selbstversorgung« aufgelegt. Die Buchvorstellung und ein Aufruf zur Beteiligung an dem für Juni geplanten CONTRASTE-Schwerpunkt zum Thema auf Seite 4.

FREIGELDEXPERIMENT

In den dreißiger Jahren hatten sich Thüringer BürgerInnen Gedanken gemacht, was man alles bewegen kann, mit eigenem Tauschgeld. Die »WÄRA« kursierte kurzfristig erfogreich in einer kleinen Ortschaft im Bayerischen Wald, bis sie von der Reichsbank verboten wurde. Seite 5

TAUSCHRINGE

Gerade ein Jahr war er alt und hatte doch schon etwas erreicht, was den anderen gut 150 Tauschringen bisher versagt geblieben ist: bundesweite Schlagzeilen. Doch stolz darauf waren die Mitglieder des Tauschringes »Oste Talente« nicht, denn es handelte sich um ausgesprochene Negativschlagzeilen, die die Hauptinitiatoren der Gruppe in Verbindung mit der extremen Rechten brachten. Seite 6

USA

Unsere Politiker blicken derzeit neidvoll auf das »Jobwunder« in den USA. In der Vergangenheit wurden viele dieser Politikrezepte aus den USA kopiert und die Maßnahmen bei Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe deuten daraufhin, daß die Rezepturen der US-Politiker bald auch bei uns angewendet werden. Die Kehrseite des US-amerikanischen Jobwunders auf Seite 11.

GENOSSENSCHAFTEN

Wie können neue Genossenschaften erfolgreich weiterentwickelt werden? Umsetzungsorientierte praktische Hilfen zu geben, erfordert mehr konkretes Handlungswissen. Seite 13

FAIRER HANDEL:

Hinter jeder Frucht steht ein Schicksal

Doris Calvo vom Frauensekretariat der costaricanischen Gewerkschaften formulierte: »Ich wünsche mir, daß die Menschen, die eine Banane in die Hand nehmen, daran denken, daß hinter jeder Frucht Schicksale stehen. Und daß wir, die Arbeiterinnen und Arbeiter, es auch verdienen, gut zu leben«.

Frau aus Tehuantepec, Mexiko 1929 — Foto: Tina Modotti

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Im Mai 1985 erklärte der damalige US-Präsident Ronald Reagan den totalen Wirtschaftskrieg gegen das kleine zentralamerikanische Land Nicaragua, das sich gerade an einer Revolution versuchte. Das Handelsembargo zwang Nicaragua über Nacht dazu, seine gesamte Exportwirtschaft auf andere Märkte auszurichten.

Damals ergriffen in der BRD eine Reihe von Soli-Gruppen und Organisationen die Initiative: Die »Sandino-Dröhnung« und andere Kaffeesorten aus Nicaragua wurden bald beliebtes Szene-Getränk. Die Hamburger Kaffee-Kooperative *El Rojito* (deutsch: »kleine rote Kaffeekirsche« oder »der kleine Rote« gründete sich 1987 als Nicaragua-Solidaritätsgruppe und der Handel mit Kaffee aus dem revolutionären Nicaragua wurde zur politischen Praxis der Gruppe. Gekoppelt mit Öffentlichkeitsarbeit zur sandinistischen Revolution bildete der Handel für *El Rojito* die politische Grundlage ihrer Internationalismusarbeit. Nach der Wahlniederlage der Sandinisten 1991 wurde ihr wichtigster Handelspartner die nicaraguanische LandarbeiterInnengewerkschaft ATC. So wurde gewährleistet, daß der Mehrpreis und andere Vorteile des alternativen Handels einem größeren politischen Projekt dienten. Das unterschied ihren Kaffee wesentlich von dem damals neu aufgekommenen *»TransFair«*-Kaffee, der mehr oder weniger beliebige Kooperativen unterstützt und so keine breitere und strukturverändernde Wirkung hat.

In unserem Schwerpunktthema greift das Kollektiv, das den Handel »als wichtige Basis für sein Projekt« bezeichnet, noch einmal seine Geschichte auf und beschreibt die Veränderungen von Konzept und Praxis in ihrer Geschichte, nicht ohne den derzeitigen Stand ihrer politischen Soliarbeit unter dem Titel »von der ATC in Nicaragua zur MRTA in Peru« zu hinterfragen (Seite 8/9).

Rudi Pfeiffer von *»BanaFair e.V.«* zieht in seinem Beitrag »Handel(n) für eine bessere Zukunft« eine fast persönliche Zwischenbilanz (Seite 7). Angefangen hat die Geschichte von *»BanaFair«* mit einem ausgefallenen Seminar mit dem Titel »Boykottiert die Kaffee-Konzerne«, daß vom veranstaltenden »Hessischen Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen« fallengelassen wurde, um ein ebenso brennendes Thema aufzugreifen: der Handel mit Bananen. Nach dem Handelsembargo der USA gegen Nicaragua blieb Europa notgedrungen als Alternative für den Bananenexport. Was zunächst unfreiwillig und als Kriegsfolge erschien, entwickelte sich zu einer der hoffnungsvollsten Experimente in der Geschichte der Bananenproduktion. Denn es gelang dem Land fast ein Jahrzehnt lang, seine Bananengeschichte selbst in die Hand zu nehmen und der damalige sandinistische Präsident Daniel Ortega äußerte sich: »Wir haben aufgehört eine Bananenrepublik zu sein.«

Erstmals gab es in Europa Bananen aus Zentralamerika, die nicht von den großen Konzernen, sondern vom Land selbst produziert und vermarktet wurden: die »Nica-Banane«.

Nach dem Regierungs- und Politikwechsel in Nicaragua konnte sich wieder der US-Multi Dole etablieren. 1993 startete eine Gruppe mittelgroßer Produzenten aus Costa Rica mit ihrer Eigen-Marke »Pablitos« einen weiteren Versuch in die Unabhängigkeit, deren Vermarktung nun der Schwerpunkt der *»BanaFair«*-Solidaritätsarbeit ausmacht.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 9

D 8008

SOZIOKULTUR IN SCHWÄBISCH-HALL:

OB blockiert club alpha 60

Der Haller Gemeinderat beschloß im Januar 1996 dem »club alpha 60« in der alten Wildbadquelle ein endgültiges Domizil zu geben. Hermann Josef Pelgrim (SPD), seit Juni 1997 neuer Haller Oberbürgermeister, ignoriert die Zusage des Gemeinderates, obwohl er im Wahlkampf noch versprochen hatte, sich für den Umzug einzusetzen.

Redaktion Heidelberg ● Seit nunmehr 32 Jahren gibt es den *club alpha 60* in Schwäbisch Hall. Er ist somit das älteste soziokulturelle Zentrum Deutschlands in Selbstverwaltung. Der *club alpha 60*, mit mittlerweile über 400 Mitgliedern, arbeitet auf nichtkommerzieller Basis und alle MitarbeiterInnen wirken ehrenamtlich mit. Er bietet Jugendlichen und Kulturschaffenden in Schwäbisch Hall einen nicht zu unterschätzenden Freiraum und Rahmen für persönliche Entfaltung und fördert damit das kulturelle und politische Leben in Schwäbisch Hall und darüber hinaus. Für die Stadt Schwäbisch Hall ist das Kulturprogramm des Clubs eine fast kostenlose Bereicherung. Eine Vielzahl politischer Veranstaltungen und ein eigenes Monatsblatt, das auf regionale und kommunalpolitische Zusammenhänge eingeht, ergänzen die Kulturarbeit des Clubs. Allein das kommunale Kino im Schafstall erreicht mit seinen vier Vorstellungen pro Woche 6.000 bis 7.000 BesucherInnen pro Jahr, der Löwenkeller wird jährlich

Das versprochene neue Domizil: Alte Wildbadquelle — Foto: club alpha 60

von ca. 30.000 Gästen aller Alterstufen besucht. Weitere Arbeitskreise runden dieses Angebot ab.

Der Löwenkeller, in dem der Club derzeit noch untergebracht ist, war von Anfang an als Provisorium gedacht. Aus bautechnischen Gründen sind in diesem Provisorium, das nun schon seit dreizehn Jahren andauert, viele Projekte und Veranstaltungen nicht möglich.

Nach langer Vorarbeit von Club-AktivistInnen beschloß der Haller Gemeinderat im Januar 1996 den Club endgültig in der alten Wildbadquelle unterzubringen. Zwei Jahre sind vergangen, ohne daß Verwaltung und Gemeinderat den eigenen Beschluß umsetzten.

In seinem Wahlkampf versprach Pelgrim dies zu ändern und sich für die Realisierung des dringend notwendigen Umzuges einzusetzen. Pelgrim konnte sich nicht zuletzt mit den Stimmen von WählerInnen aus dem Club-Umfeld gegen zwei Kandidaten aus dem bürgerlichen Lager durchsetzen. Dies scheint Pelgrim seit seinem Amtsantritt vergessen zu haben. Nun will der neue Oberbürgermeister die Wildbadquelle nicht für den *club alpha* nutzen, sondern schlug als »Alternative« das Gebäude des Bahnhofes, das sich noch in Besitz und Betrieb der Bahn AG befindet, vor. Diese sogenannte »Alternative«

Fortsetzung auf Seite 3

CONTRASTE-INTERN:

Kommunikationspannen

Ziemlichen Staub aufgewirbelt hat unser Schwerpunktthema zur »Jugendumweltbewegung« in der letzten Ausgabe. Dabei hätte die Auswahl der Themen-Redaktion einen ausgewogenen und spannenden Schwerpunkt erwarten lassen. Peter von Rüden aus Verden als zuständige Redaktion Jugendumwelt, Jörg Bergstedt als radikaler Kritiker der Entwicklungen in der Jugendumweltbewegung und Herrmann Cropp hatten die Zusammenstellung übernommen.

Von Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Unerwartete Kommunikationsprobleme zwischen den Beteiligten haben zu einem auch für die Heidelberger Endredaktion unbefriedigenden und bedauerlichen Ergebnis geführt. Wie sich herausstellte, war der Bruch zwischen den beteiligten Projekten und Personen in Verden und Saasen wohl schon zu groß. Sehr viel Persönliches und in die Brüche gegangene langjährige Freundschaften verhinderten einen kontroversen und trotzdem ausgewogenen Schwerpunkt. Die zuständige Redaktion Jugendumwelt erklärte nach Erscheinen der Februar-Ausgabe in einer persönlichen Stellungnahme: ... »Etwas dumm gelaufen fand ich schon, daß ich von dem Schwerpunkt kaum etwas im Vorfeld wußte...« (siehe Kasten). Hinzu kam, daß in dieser Situation die offensichtlich überforderte Heidelberger Endredaktion es versäumte, die erforderlich gewordene Notbremse zu ziehen, um die gewohnte Ausgewogenheit zu gewährleisten. Außerdem wurde ein Kasten zum Thema »Karrieren« nicht mit einer eindeutigen Quellenangabe versehen, der diesen Text deutlich als Dokumentation eines auf dem JUKß verteilten Flugblattes kennzeichnete. Selbstkritisch muß ich als der zuständige Endredakteur zugeben, daß mir dieser Schwerpunkt aus dem Ruder gelaufen ist und dadurch der nicht beabsichtigte Effekt eintrat, daß jetzt erst recht die Fronten verhärtet sind. Dabei wollte CONTRASTE eigentlich das Gegenteil erreichen – nämlich, daß es als Medium für die Auseinandersetzungen in der Jugendumweltbewegung genutzt wird. Vielleicht führen die nun angekündigten Stellungnahmen von Projekten und Einzelpersonen aber doch noch zu einer für alle Beteiligten befriedigenden Auseinandersetzung.

DUMM GELAUFEN...

In einer persönlichen Stellungnahme nach Erscheinen der Februar-Ausgabe äußerte sich Redaktionsmitglied Peter von Rüden: »... Etwas dumm gelaufen fand ich schon, daß ich von dem Schwerpunkt kaum etwas im Vorfeld wußte. Nur Herrmann hat mich darauf angesprochen, ob ich was über den Jugendumweltkongreß (JUKß) schreibe. Da ich als Redaktionsmitglied im Impressum stehe, gehen natürlich viele davon aus, daß ich die Beiträge vorher gekannt hätte. Bei so einem kontroversen Thema und so verhärteten Fronten wäre es bestimmt gescheiter gewesen, gleich verschiedene Positionen gegenüber zu stellen – etwa »ist die Jugendumweltbewegung am Ende?« und nicht Jörg alleine leitartikeln zu lassen. Die JUKß-Artikel (Kongreßberichte aus zwei verschiedenen Sichten) waren als bewußt subjektive Berichte – glaube ich – der richtige Umgang mit den Auseinandersetzungen, den Leitartikel einer Extremsicht zu überlassen, war ungeschickt.

Den »Karrieren«-Kasten hätte ich nicht unkommentiert abgedruckt, sondern nur mit einer klar hervorgehobenen Quellenangabe, die deutlich macht, daß das keine Position und Recherche der Redaktion ist, sondern ein auf dem JUKß verteiltes Flugblatt aus der Projektwerkstatt Saasen. Daß es solche Provokationen gegeben hat, muß wohl dokumentiert werden, auch um die Diskussion anzuschieben; aber muß es so wirken, daß die Redaktion der Provokateur ist? Das führt leicht dazu, daß CONTRASTE in eine Ecke gestellt wird, anstelle daß es als Medium für die Auseinandersetzung genutzt wird. ...«

E-Mail-Panne

Auch bei einer weiteren Veröffentlichung traten Kommunkationsprobleme auf. Der Text der »Glücklichen Arbeitslosen« stammt nicht von *Norbert Trenkle* aus Nürnberg, sondern von der *Berliner Gruppe »Glückliche Arbeitslose«*. Diese hatten Norbert Trenkle den Text geschickt, der von ihm an unsere Redaktion Köln/Bonn weitergeleitet wurde. Als dieser Text dann die Endredaktion erreichte, war dieser dann mit dem falschen Autorennamen gekennzeichnet. Im nebenstehenden Kasten reichen wir nun eine Selbstdarstellung der Gruppe nach.

SCHWERPUNKT-PLANUNG

Aufmerksame LeserInnen werden es bemerkt haben, unser im Dezember vorgestellte Schwerpunktplanung für 1998 hat nicht durchgehalten werden können.

- Der eigentlich für unser Februar-Heft geplante Schwerpunkt zum Thema »Wohngenossenschaften« ist auf den Monat Mai verschoben worden.
- Der für dieses Heft angekündigte Themenschwerpunkt »Sanftes Reisen« wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.
- Für den Monat April planen wir einen weiteren Schwerpunkt zum Thema »Tauschringe«. Aus dem angekündigten Schwerpunkt zu »Ökologischen Kinderrechten« des Münchner Mobilspiel e.V. wird eine dreiteilige Folge, mit der wir im Monat April beginnen.
- Zum geplanten Schwerpunktthema »New Work« im Juni haben wir auf Seite 4 einen Aufruf zur Beteiligung veröffentlicht.

Weiteres werden wir auf unserem nächsten Plenum in diesem Monat besprechen.

CONTRASTE-PLENUM

Vom 20. bis 22. März 1998 findet das Treffen in der Kommune Niederkaufungen statt, zu dem wir auch interessierte LeserInnen einladen. Nähere Informationen zum Plenum über die Heidelberger Redaktion.●

DIE GLÜCKLICHEN ARBEITSLOSEN

Bei den Glücklichen Arbeitslosen handelt es sich um eine Bewegung in nördliche und östliche, südliche und westliche Richtung, wobei sowohl »glücklich« als auch »arbeitslos« unsere Zielvorstellung näher beschreiben.

Wenn ein Glücklicher Arbeitsloser offen seine Zugehörigkeit zu dieser Bewegung bekennt, findet er häufig sofort Komplizen, deren »coming out« er damit fördert. Deshalb ist unsere Bewegung zahlenmäßig nicht einschätzbar.

Doch unter anderem die Veröffentlichung unseres Manifests in Uruguay und seine massenhafte Verteilung während der Arbeitslosenproteste in Frankreich, worauf Pariser Glückliche Arbeitslose von sich hören machten, veranlassen uns zu der Annahme, daß unsere Bewegung von weltweiter Bedeutung ist. Sich öffentlich äußernde Schreiberlinge finden Vergnügen daran, uns als Spinner, Esoteriker, arrogante Zyniker, Frauen- und Kinderschänder, Ethnoschwaermer, auf dem oekonomischen Auge blinde Einfaltspinsel und Sexisten darzustellen. Die Vielfalt ihrer Phantasie sollte uns ehren.

Wir streben danach, die gesellschaftliche Akzeptanz von Arbeitslosigkeit als positiven Faktor zu fördern, ein artgerechtes soziales Umfeld zu schaffen, Gelegenheiten, bei denen sich glückliche Arbeitslose entdecken und treffen können, anzuhäufen und mit unklaren Ressourcen zu experimentieren, um der Diktatur der Lohnabhängigkeit in die Flanke zu fallen. Wir erkennen bereits die Umrisse einer neuen Lebensphilosophie, die die alte abendländische Moral des Unglücks, bzw. die Ökonomie, vollständig vernichten wird. Der Glückliche Arbeitslose betrachtet Arbeit als moralische Erziehungskategorie.

Abgesehen davon, ob jemand arbeitswillig ist oder nicht (und vor allem zu welchem Preis), sind wir sowieso 5 Millionen, deren Entlassung bzw. Nichteinstellung ermöglicht, unerhörte Gewinne zu schaffen. Es sollte nur eine logische Konsequenz sein, daß wir einen angemessenen Teil davon bekommen.●

Kontakt:
DIE GLÜCKLICHEN ARBEITSLOSEN
e-mail: Zoufall@aol.com

LESER- UND ABSCHIEDSBRIEF

In den ersten Jahren nach der Gründung war ich Redaktionsmitglied bei CONTRASTE und habe so manchen Artikel verfaßt. Seitdem sind zehn Jahre vergangen und es ist viel passiert. Heute arbeite ich in einer sicherlich nicht selbstverwalteten Genossenschaft als Abteilungsleiter.

Und weil ich neben meiner Lebensgeschichte auch durch eine Bürgschaft, einen Kredit oder ichweißnichtwas dem Zeitungsprojekt verbunden bin, erhalte ich jeden Monat CONTRASTE kostenlos. Ich glaube, ich habe mir noch keine einzige Ausgabe entgehen lassen. Viele Beiträge haben mich nicht interessiert oder waren schlecht recherchiert bzw. zu langatmig geschrieben. Es waren aber immer mal wieder einzelne Artikel dabei, die ich mit Spannung gelesen habe. Gestört hat mich immer wieder Eure gezielte Verleumdungspolitik.

In dieser Hinsicht schlägt die Februar-Ausgabe wohl alles dagewesene. Mit seinen Beiträgen zur Jugendumweltbewegung tut Jörg Bergstedt einer ganzen Reihe von Menschen Gewalt an, indem er sie persönlich beschimpft und verleumdet. Eine inhaltliche Kritik oder gar dialektische Auseinandersetzung ist nicht erkennbar. Ehrlich gesagt, ich weiß gar nicht, worum es ihm geht, was sein Ziel ist. Wenn er mit seinen Beiträgen für bestimmte Ideen oder Konzepte der Jugendumweltbewegung werben will, ist ihm sicher das Gegenteil gelungen. Das einzige, was ich erkennen kann, ist persönlicher Frust und Ent-Täuschung.

Das mag ja alles angehen und sein persönliches Problem sein. Daß ihr aber hierfür seitenweise Platz zur Verfügung stellt, ohne den verleumderischen und beleidigten Menschen in der selben Ausgabe die Möglichkeit einer Stellungnahme zu geben, empört mich.

Mir reichts jetzt. Ich möchte mit CONTRASTE nichts mehr zu tun haben. Bitte löscht meine Adresse aus dem Vereteiler. Sollte noch irgendwelches Geld in der CONTRASTE stecken, das mir zusteht, schickt mir bitte einen Scheck. Ich werde das Geld an ein selbstverwaltetes Projekt meiner Wahl, das menschlichen Mindestanforderungen entspricht, weitergeben.

Jochen Reinalda, Frankfurt

DOKUMENTATIONS- UND INFORMATIONSZENTRUM DROHT AUFLÖSUNG

Wer »Rassismus« eingibt, landet schnell in Marburg

Das Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung (D.I.R) in Marburg bietet weltweit den umfangreichsten Informationsdienst zum Thema Rassismus im Internet. Jeden Monat wird die Datei mehr als 23 000mal genutzt. Doch der Einrichtung droht nun die Auflösung aus finanziellen Gründen. Den nachfolgenden Beitrag von Gesa Coordes haben wir der Frankfurter Rundschau vom 23.1.1998 entnommen.

MARBURG ● Das kleine Büro mit den billigen Holzregalen wirkt durchaus nicht wie der Sitz einer bundesweit tätigen Anlaufstelle. Gerade mal eine vom Arbeitsamt finanzierte ABM-Kraft ist bei den Rassismusspezialisten tätig. Die übrige Arbeit wird von sieben ehrenamtlichen Mitarbeitern erledigt. Träger des Zentrums ist ein Verein aus 70 zahlenden Mitgliedern, die aus ganz Deutschland stammen – sie kommen überwiegend aus dem Bereich der Universitäten.

Nach dem Europäischen Jahr gegen Rassismus droht der Einrichtung nun die Auflösung. Um Miete, Telefon, Arbeitsmaterialien und Personalkosten zu decken, bräuchte der Trägerverein nach Angaben des Vorsitzenden Jürgen Schlicher in diesem Jahr 158.000 Mark. Durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Gelder des Arbeitsamtes gesichert seien bislang jedoch nur 30.000 Mark. Angesichts dieser Deckungslücke »wissen wir nicht mehr weiter«, sagt Schlicher, der »Bittbriefe« an Ministerien und Landeskirchen verschickt hat.

Der finanzielle Engpaß hängt mit der ausgelaufenen Projektförderung durch das Bundesbildungsministerium, nachlassender Spendenbereitschaft und dem gestiegenen Arbeitsaufkommen zusammen. Allein im vergangenen Jahr beantworteten die Experten 760 Anfragen, von denen jede fünfte aus dem Ausland kam.

Dabei gibt es die Einrichtung erst seit 1994. Aufgerüttelt von den Überfällen und Brandanschlägen gegen Ausländer hatten sich damals mehrere Studierende zusammengetan. Ihnen war aufgefallen, daß es in Deutschland keine institutionalisierte Rassismusforschung gibt, wie sie beispielsweise in den Niederlanden verankert ist, berichtet Schlicher. Deshalb mußten sich die Marburger auch ihre erste Adressenliste der verschiedenen deutschen Vereinigungen von der Anne-Frank-Stiftung in Amsterdam holen.

In Deutschland gibt es eine Vielzahl von oft regionalen oder kurzlebigen Initiativen, aber es gab keine zentrale Anlaufstelle für Gruppen und Einzelpersonen, die sich um die Themen Rassismus, Neofaschismus und Rechtsextremismus kümmern. Die Überlegung der Initiatoren: »Antirassistische Arbeit braucht einen Pool, in dem Ideen und Konzepte entwickelt, gesammelt und ausgetauscht werden können.« Damit die Aktiven besser voneinander profitieren können, wurde das Dokumentationszentrum gegründet.

Freilich war es anfangs gar nicht so einfach, Vorbehalte und Berührungsängste zwischen den verschiedenen Gruppen zu überwinden, obgleich sich die Mitarbeiter der Marburger Einrichtung in keine politische Ecke drängen lassen wollen. Doch diese Schwierigkeiten sind mittlerweile überwunden. Heute ist die Sammlung der Selbstdarstellungen von rund 50 regional geordneten Gruppen und die Vorstellung der Projekte der Stolz des Dokumentationszentrums.

Zu finden ist dies alles im Internet. Das Informationssystem wurde schnell zum Schwerpunkt der Einrichtung, da im D.I.R. mehrere Computerspezialisten vertreten sind. Wer heute an einer internationalen Suchmaschine das Stichwort »Rassismus« eingibt, landet ziemlich schnell bei den Marburger Spezialisten. Daneben erstellten sie beispielsweise eine Wanderausstellung mit antirassistischen Plakaten und sorgten für die deutsche Übersetzung des UN-Berichtes über die gegenwärtigen Formen des Rassismus in Deutschland.

Auf ihren insgesamt 700 WWW-Seiten finden sich Hinweise auf Literatur, Filme, Seminare, Ausstellungen, Initiativen an Hochschulen und Kongresse. Gesammelt werden Rezensionen, Statistiken, Definitionen von Rassismus, grundsätzlich Erklärungen und Dokumente.

Zudem bietet das D.I.R. eine Art elektronischen Ausschneidedienst, mit dem Online-Zeitungen und Zeitschriften nach dem Thema Rassismus durchforstet werden. 1.750 Artikel wurden mittlerweile eingespeist. Dabei ist den Experten auch aufgefallen, daß das Interesse der Medien an dem Thema nachläßt. Über viele Übergriffe gegen Ausländer werde in den Zeitungen nicht mehr berichtet, insbesondere dann, wenn sie in den alten Bundesländern stattfänden, meint Schlicher. Dagegen werde über rassistische Vorfälle im Osten Deutschlands fast immer berichtet. Der Diplompolitologe vermutet: »Das bestätigt bestimmte Thesen, die man im Kopf hat.«

Daß monatlich 23.000mal auf die Internet-Seiten des Zentrums zurückgegriffen wird, erstaunt sogar die Mitarbeiter. Jürgen Schlicher: »Es gibt offensichtlich ein unglaubliches Interesse an diesem Thema im Internet.« Aktuelle Informationen werden auch über eine »Mailing-List« versendet, woran zur Zeit mehr als 400 Gruppen und Einzelpersonen teilnehmen.

760 Anfragen (Überwiegend per E-mail) wurden 1997 an das Zentrum gerichtet – von Wissenschaftlern, aber auch von Menschen, die ethnisch diskriminiert wurden, und Hilfe suchen. Häufig kommen auch Schmähbriefe von Rechtsextremen, die gegen die angebliche »Nestbeschmutzung« der Antirassisten wettern. Selbst Angriffe auf die Einrichtung und ihre führenden Mitglieder sind schon angekündigt worden. Deswegen firmiert das Zentrum nur noch unter einer Postfachadresse.●

Nähere Informationen: Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung, Postfach 1221, D-35002 Marburg, Telefon 06421/37722 (Sprechzeiten Dienstag und Mittwoch von 9 bis 18 Uhr). Email: dir@mailer.uni-marburg.de. Internet: http:/ /www.uni-marburg.de/dir.
Spendenkonto: Sparkasse Marburg-Biedenkopf (BLZ 533 500 00), Kontonummer 101 100 7518.

SCHULEN OHNE NOTEN

Zeugnisse zu Asche, Noten zu Staub

Am 30. 1. 1998 fand auf dem Breitscheidplatz um 12.00 Uhr eine Zeugnisverbrennung statt. Die Aktion wurde von der Linken SchülerInnen Aktion (LiSA) Berlin organisiert. Ca. 70 Schülerinnen und Schüler verbrannten Kopien von ihren Zeugnissen, um somit auf die Ungerechtigkeit und die Funktion von Noten aufmerksam zu machen. Sie schloß sich damit der Tradition, autoritäre Papiere zu verbrennen, an. Beispiele dafür sind die Verbrennungen von Wehrmachtsausweisen in den 50er Jahren aus Protest gegen die Wiederbewaffnung der Bundeswehr, von Einberufungsbescheiden 1990 gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Berlin, die Verbrennungen von Volkszählungsbögen 1986/87 und von Spezialausweisen für Nichtweiße in Südafrika nach der Unabhängigkeit.

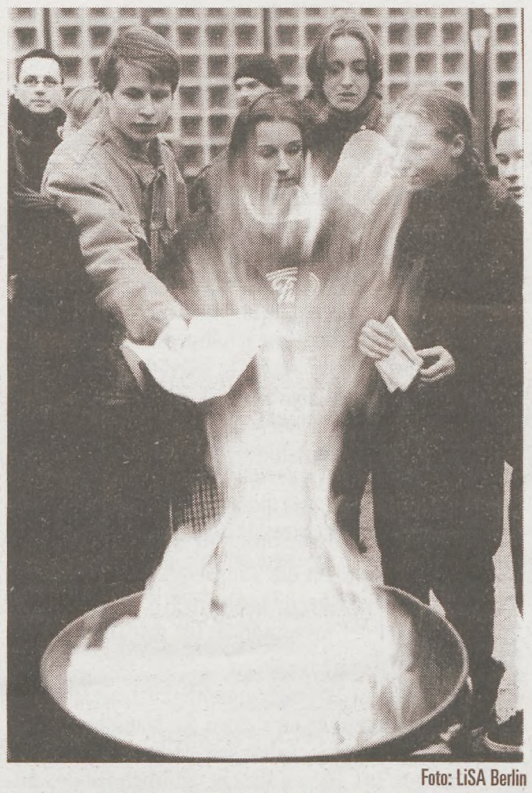


Foto: LiSA Berlin

LiSA Berlin ● Bereits vor einiger Zeit forderte die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) die Abschaffung der Halbjahreszeugnisse und Ersetzung der Noten durch verbale Beurteilungen. Die LiSA geht aber noch einen Schritt weiter:

Wir fordern die Abschaffung jeglicher Art von Bewertung in der Schule!

Diese Bewertungen entscheiden, wer später in welchen Bereichen der Gesellschaft eine Chance eingeräumt bekommt und wer nicht. Bei der Bewerbung um einen Ausbildungs- oder Studienplatz entscheiden Schulabschluß und Notendurchschnitt. In dieser Gesellschaft gibt es unterschiedlich entlohnte und anerkannte Arbeitsbereiche. Die Schule hat die brutale Aufgabe, die Lebenschancen vorzusortieren. Eine Schule, in der alle Schülerinnen und Schüler gefördert werden, ist gar nicht erwünscht.

Um die Interessen, Wünsche und Bedürfnisse der Lernenden geht es nicht. Der Unterrichtsstoff soll geschluckt und bei der nächsten Arbeit ordentlich wiedergegeben werden. Das wird dann mit guten oder schlechten Noten belohnt. Angeblich zeigen sie den Schülerinnen und Schülern, wie und ob sie den Stoff verstanden haben. Durch den Druck, eine gute Note bekommen zu müssen, geht es nicht darum, das vermittelte Wissen zu verstehen, sondern zu pauken und wiederaufzuschreiben. Was danach passiert, ist egal – Hauptsache, die Eins steht auf dem Zeugnis. Und Schülerinnen und Schüler, die eine Sechs haben, bekommen den Stoff nicht etwa neu erklärt; sie können höchstens beim nächsten Mal versuchen, den »Patzer« wieder auszubügeln. Noten fördern nicht das Verständnis für den Lerngegenstand, sondern das Lernen für das Kurzzeitgedächtnis. Es wird immer nur für den nächsten Test oder die nächste Arbeit gelernt.

Auch ungleiche Ausgangsbedingungen werden nicht berücksichtigt. Wer z.B. kein eigenes Zimmer hat oder nach der Schule im Haushalt helfen muß, hat es schwer. Auch wer die Sprache nicht oder nicht so gut kann, fällt hinten runter. Trotzdem ist der Gradmesser bei der Notengebung der gleiche. Daß Noten nur scheinbar objektiv sind, kommt noch hinzu. Sie sind abhängig von denen, die sie geben. Auch Lehrerinnen und Lehrer sind nur Menschen mit Vorlieben und Abneigungen gegenüber bestimmten Schülerinnen und Schülern und lassen diese unbewußt oder auch absichtlich in ihre Noten einfließen.

Noten sichern die Autorität der Lehrerinnen und Lehrer und dienen ihnen oft als Disziplinierungsmittel. Dieses Machtverhältnis wird durch den scheinbar objektiven Charakter der Noten vertuscht, es verliert dadurch aber keinesfalls seine Wirkung. Noten sichern die schulische Hierarchie ab.

Die Zeugnisverbrennung war der erste Schritt, sich dagegen zu wehren: Nicht nur gegen Ungerechtigkeit, verschärfte Auslese und die anderen Schweinereien, sondern auch gegen eine »Gerechtigkeit«, die für den Großteil der Schülerinnen und Schüler ein Leben in Konkurrenz und ungewollter Maloche bereithält.

Kritisiert man Noten, wird einem häufig die Forderung entgegengehalten, man solle doch Alternativen

zur Benotung aufzeigen. Noten existieren aber nicht im luftleeren Raum, – durch sie soll die für unsere gesamte Gesellschaft grundlegende Praxis von Leistung und Zwang verinnerlicht und vermittelt werden. Schülerinnen und Schüler lernen etwas zu tun, dessen Sinn sie nicht einsehen und dessen Inhalt uninteressant ist. Bestehende Herrschaftsverhältnisse werden so aufrecht erhalten und Kritik daran verhindert. Noten, ob in Form von Zahlen oder »Worturteilen«, als notwendig zu bezeichnen, heißt, Leistungsdruck, Konkurrenz und Ausbeutung als selbstverständlich zu akzeptieren und zu unterstützen.

Dabei *ist* Lernen auch anders möglich! Natürlich nicht innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen. Deshalb heißt Noten abschaffen: Gesellschaft verändern! Uns würde vieles einfallen, Lernen anders zu organisieren: fächerübergreifend, nach den Interessen der Schülerinnen und Schüler, ohne Noten (auch nicht verkappt als Lernberichte), ohne Streß, Angst und Auslese.

Was man in der Schule lernt, mag »abgehoben«, »uninteressant« oder »lebensfremd« sein. *Wie* man lernt, ist aber verdammt nah am Leben: Konkurrenz, Auslese, Zeitdisziplin und das Abarbeiten vorgeschriebener Tätigkeiten und Inhalte. Eine Schule, in der Lernen und Leben selbstbestimmt und ohne Zwang möglich ist, braucht überhaupt keine Noten mehr!●

Kontakt über: JungdemokratInnen/Junge Linke, Rosa-Luxemburg-Straße 19, D-10178 Berlin

SACHSEN: STROMZÄHLERSTREIT

Rückwärtslaufender Stromzähler unter Polizeieinsatz entfernt

Am 12. Dezember 1997 um 6 Uhr früh stürmten Feuerwehr und 15 Polizisten mit sechs Einsatzfahrzeugen das Wohnhaus der Familie Blochberger im sächsischen Obereifersdorf, um sich Zutritt zum Stromzähler der Familie zu beschaffen. Das Haus wurde mit Brecheisen, Hämmern und Spezialgeräten bearbeitet. Türen und Fenster waren jedoch gut gesichert und hielten 30 Minuten stand. Schließlich wurde ein altes Fenster ausgehebelt und das Haus eingenommen.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Die Familie (Jens, Angela und die zwei Kinder Max und Julius) versammelte sich vor ihrem Stromzähler und wurde gewaltsam von der Polizei vom Zählerplatz abgedrängt. Ein Film mit Beweisaufnahmen wurde aus dem Fotoapparat genommen, das Telefon unbrauchbar gemacht und die Bankkonten gesperrt. Die Familie soll für Gerichtskosten, Gerichtsvollzieher und den Polizeieinsatz aufkommen.

Der Grund für die Polizeiaktion: Der Energieversorgung Sachsen Ost AG (ESAG) gefiel der rückwärtslaufende Stromzähler der Familie nicht (mehr), über den die Solarpioniere der ehemaligen DDR Strom aus der eigenen Solaranlage ins Netz einspeisen konnten.

1990 waren die Blochbergs als erste DDR-BürgerInnen mit einer eigenen Photovoltaikanlage am Netz und der Stromzähler durfte bei Stromüberschuß offiziell rückwärts laufen. Die Solaranlage auf dem Dach liefert soviel Strom, daß ein Teil ins öffentliche Netz eingespeist werden kann. Bezogen Blochbergers Strom, drehte sich der Zähler vorwärts, beim Einspeisen entsprechend rückwärts – eine Vergütung von 1:1. Das hatte der DDR-Stromversorger ESAG (vormals VEB Energiekombinat EKD Dresden) mit Schreiben vom 26.9.1990 erlaubt. Und der sächsische Wirtschaftsminister Dr. Kajo Schommer (CDU) betonte bei dem Symposium »Kommunale Energiekonzepte« in Zittau im April 1991 noch: »Die Sonnenstrom-Netzeinspeisung soll einfach und unbürokratisch erfolgen, über die Schuko-Steckdose und mit rücklaufenden E-Werkszählern.«

Die ESAG veränderte den Zählerplatz bei ihrem Sturmeinsatz nun so, daß der von Blochbergers gelieferte Strom nun überhaupt nicht mehr registriert werden kann und somit auch keine Vergütung desselben erfolgt – ein eindeutiger Verstoß gegen das Stromeinspeisungsgesetz. Die ESAG will nun 23 Pfennige für eine Kilowattstunde kassieren und für den eingespeisten Strom den gesetzlich festgelegten Mindestpreis bezahlen: 17,1 Pfennige.

Sonnenenergieaktivist und Gründer von Eurosolar-DDR – des einzigen (illegalen) Solarenergievereins der DDR, Jens Blochberger, hat in Oberseifersdorf auch ein besuchenswertes Solarzentrum errichtet, das nun wirtschaftlich äußerst gefährdet ist.●

BERLIN: JUGENDZENTREN AM ENDE?

Drugstore und Potse droht das Aus

Den beiden letzten selbstverwalteten Jugendzentren in Westberlin droht jetzt der Verlust ihrer Räume in der Potsdamer Straße im Bezirk Schöneberg.

Christoph Wiesner, jW ● Die beiden Jugendeinrichtungen Drugstore und Potse sollen in kleinere Räumlichkeiten umziehen - wahrscheinlich in die Räume des im gleichen Gebäudeteil untergebrachten Jugendcafes, das Ende März geschlossen werden soll. Ziel ist es, »den Bereich Jugend von Kosten zu entlasten und neue Gestaltungsspielräume zu eröffnen«, so die CDU Schöneberg. Der Bezirk Schöneberg soll ab 1998 jährlich weitere 275.000 DM im Jugendbereich einsparen. Die endgültige Entscheidung über die Zukunft der Jugendeinrichtungen vertagte der Jugendhilfeausschuß am Dienstag auf den 10. März.

Der Komplex, in dem sich insgesamt vier Jugendeinrichtungen befinden, war bis 1987 Eigentum des Bezirks und wurde dann für den symbolischen Preis von einer DM an die Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) übertragen. Die landeseigene BVG erhöhte die Mieten erheblich und versuchte 1994 sogar eine Mieterhöhung um 150 Prozent durchzudrücken, was aber nach Protesten der Betroffenen teilweise wieder zurückgenommen werden mußte.

Das Jugendzentrum Drugstore, das ausschließlich kostenlose Veranstaltungen organisiert, ist seit 25 Jahren selbstverwaltet. Es bietet vielen Jugendliche »einen Freiraum ohne Rassismus und Sexismus. Für viele von uns ist er fast zur zweiten Heimat geworden«, erklärt Birgit, die den Drugstore seit neun Jahren regelmäßig besucht. Sie betont, daß der Umzug das Auseinanderbrechen des Kollektivs bedeuten würde, da die angebotenen Ersatzräume für die Aktivitäten des Drugstores völlig ungeeignet wären. So könnten zum Beispiel Großveranstaltungen als Hauptteil des Angebotes nicht mehr stattfinden.

Die 22jährige sieht in den Kürzungen auch den Versuch, politisch unliebsame Jugendliche ruhigzustellen. Schon 1991 wurde den im Antifa-Bereich aktiven Jugendlichen von der BVG gekündigt. Grund war das Aufhängen eines Transparentes gegen den Golfkrieg. Damals gelang es den Jugendlichen, durch Proteste die Rücknahme der Kündigung zu erreichen.

Auch diesmal geben sie sich kämpferisch: »Wir lassen uns unser Jugendzentrum nicht nehmen. Das könnte denen da oben so passen!«●

Aus: junge Welt, 12.2.98

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

OB blockiert club alpha 60

Der »Löwenkeller«, das bisherige Domizil — Foto: club alpha 60

... ist mit der alten Wildbadquelle nicht gleichwertig, schwer realisierbar und geht auch verkehrspoltitisch in die völlig falsche Richtung. Dies würde die Schließung des Bahnhofes bedeuten. Die Planung für den Umzug in die alte Wildbadquelle ist dagegen schon detailliert vorbereitet.

OB Pelgrim begründet seine Blockadepolitik mit Engpässen im Haushalt. Für andere Kulturprojekte, z.B. für die Sanierung der Gebäude im Umfeld des entstehenden Würthmuseums, aber sind Millionenbeträge verfügbar und im Haushalt vorgesehen. Während bisher das Land noch 1/3 der Umzugskosten übernehmen würde, ist absehbar daß in ein paar Jahren diese Zuschüsse so nicht mehr existieren. Der OB erklärte sogar öffentlich, daß er bereit sei, auf diese Zuschüsse zu verzichten. Pelgrim lehnte es bei den Beratungen zum Haushalt 1998 ab, eine Finanzierung des Umzuges zu beschließen. Anträge von AL/Grüne und vielen Privatpersonen wurden von der Mehrheit des Gemeinderates abgelehnt. Pelgrims Haltung macht seine Kultur- und Jugendpolitik unglaubwürdig und bedroht den club alpha existentiell. Wer so Politik betreibt, darf sich über Politikverdrossenheit bei Jugendlichen nicht wundern!

Der *club alpha 60* fordert den Haller Gemeinderat und Oberbürgermeister Pelgrim auf, den Umzug endlich in die Tat umzusetzten. Im Nachtragshaushalt 1998 muß die Finanzierung festgeschrieben werden.●

Kontakt:
club alpha 60 e.V., Pfarrgasse 3, D-74523 Schwäbisch Hall, Tel.: (07 91) 66 65

BUCHVORSTELLUNG

New Work – Wir haben die Lösung!

... ja echt! die 20 Jahre Experimente der Hippies, Ökos, Landkommunen, Bioläden und Aussteiger waren nicht umsonst. Nur ein Unterschied allerdings, die Zeit der Spielwiesen ist vorbei. Jetzt geht es darum mit dem alternativen Knowhow auf einem höheren Level von Technologie, Wissenschaft und Betriebswirtschaft ernst zu machen.

Von Herrmann Cropp, Packpapierverlag ● Das Problem: Globalisierung, Lohnarbeit wird abgeschafft, vagabundierendes Kapital, Arbeitslosigkeit ... kennen wir! Die Lösung? Eine Revolution? Diktatur des Proletariats? Grenzen zu und nationales Bauernglück? – alles geschenkt! Neue Ideen: lokale Ökonomie, soziale Ökonomie, Tauschringe, New Work und Selbstversorgung.

Arbeitsethik, Ursache des Wohlstands

Welche Vorstellung die Menschen vom Sinn und Zweck ihrer Arbeit haben, läßt sie ganz verschiedene Anstrengungen zur Erreichung ihres Ziels unternehmen und ist für den Erfolg entscheidend. Verschiedene Epochen werden von einer grundverschiedenen Arbeitsethik beherrscht, und in ihrer Folge entstehen ganze Wirtschaftssysteme zur Verwertung dieser Arbeit. Wir stehen heute am Beginn einer neuen Epoche einer solchen Arbeitsauffassung. Die Einstellung der Menschen zu ihrer Arbeit ist grade dabei sich gründlich zu ändern.

Während, außer vielleicht in dem sagenhaften Urkommunismus, die Arbeit immer eine Last für die Menschen war, wurde in Europa mit dem Calvinismus und Protestantismus die Arbeit zu einer religiösen Pflicht oder Berufung, durch deren Ausübung man gewissermaßen des Paradieses teilhaftig wurde. Max Weber nannte dies den »Geist des Kapitalismus«, der erst den regulären Kapitalismus (im Gegensatz zum nur geldgierigen Kapitalismus) hervorbrachte. In diesem Sinne bezeichnete JG. Fichte die Arbeit als eine »Pflicht der sittlichen und Existenzbedingung der physischen Persönlichkeit.«

Der moderne Kapitalismus beruht nicht bloß auf einem entsprechenden »Wirtschaftsgebahren« sondern vor allem auf der kapitalistischen »Wirtschaftsgesinnung«, die Ursachen sind also nicht materiell sondern geistig. Kapitalistisches Gewinnstreben und ein entsprechendes Wirtschaftsgebahren hat es schon immer gegeben, aber erst das disziplinierte, planende Erwerbsstreben brachte den modernen Kapitalismus hervor.

Die anfängliche, religiöse Motivation ist schon lange aus dem Bewußtsein der Menschen verschwunden. Gehalten oder entwickelt hat sich dafür eine Arbeitsmoral mit großer Disziplin, Pünktlichkeit von der Arbeitszeit bis zur Logistik, Qualitätsbewußtsein, Zuverlässigkeit, Gehorsam, Entfremdung und Fremdbestimmung. Eben dies hat den Menschen einen nie gekannten Wohlstand beschert. Auch wenn es eine Arbeiterbewegung gab, die die Arbeit als Ausbeutung anprangerte und angeblich das System dieser Arbeit grundlegend ändern wollte, tat sie das doch gerade nicht, sondern etablierte die soziale Marktwirtschaft oder vergleichbare Gebilde in andern Ländern. Ein ähnlicher Irrtum ist die Fortschritts- und Maschinenfeindlichkeit der Arbeiter, ein bei Intellektuellen beliebter Mythos, der wie der Aufstand der schlesischen Weber zu einem allgemeinen Kulturgut geworden ist. Marx und die Vorkämpfer für den Sozialismus hatten nicht genug Erfahrung mit der Industriearbeit ihrer Zeit. Erst später erkannte man, daß die Arbeiter zwar über Mechanisierung klagen, aber noch mehr gegen Monotonie in der Arbeit protestieren, die genauso gut von Maschinen geleistet werden könnte.

Es gäbe noch mehr Beispiele, die zeigen, wie umstritten die wichtigste menschliche Tätigkeit ist. Unzweifelhaft fest steht aber, daß uns die Arbeit ausgeht, weil die Maschinen sie für uns machen. Und das wollen wir eigentlich auch – nur, was machen wir dann?

Selbstorganisiert & Selbstbestimmt – Selbstverwirklichung durch Arbeit

Eine neue Auffassung von Arbeit muß her, und es gibt sie teilweise schon, flexibel, fulltime, mehrgleisig und vor allem selbstorganisiert und selbstbestimmt. Nach Meinung von Karl Marx ist die Selbstverwirklichung durch die Arbeit das Ziel überhaupt. Bloß behauptete er, daß diese Selbstverwirklichung nur im Kommunismus möglich sei.

Erstaunlicherweise sind grade jetzt soviele Leute dabei sich in ihrer Arbeit selbst zu verwirklichen. Seit etwa 20 Jahren wird in der sogenannten alternativen Szene mit Fleiß und Lustprinzip, mit Hightech und Steinzeittechnologie herum experimentiert. Das war eigentlich noch die Zeit des ungebremsten Wohlstands, und keiner hätte es nötig gehabt auf einen Kotten oder in die Pyrenäen zu ziehen und dort unter großen Entbehrungen 16 Stunden am Tag zu arbeiten. Genauso war es bei den selbstverwalteten Projekten, Betrieben und Bioläden in der BRD.

Selbstausbeutung – beklagte Rolf Schwendter, der wichtigste akademische Tutor dieser alternativen Ökonomie den Zustand. Aber ich erinnere mich zu gut, daß wir gerade die Entbehrungen gewollt haben, und daß der Schwendter das nicht einsehen wollte, obwohl er sonst ein lieber Mensch ist. Was er jedoch genauso wenig wie wir ahnte, daß es mal so kommen würde, daß alle so arbeiten werden und es sogar wollen. Das hätte er nicht gedacht, und wir Ex-Hippies auch nicht.

Seit 20 Jahren sind in den westlichen Ländern alternative ökonomische Strukturen entstanden, in denen eine Arbeit entwickelt wurde, die den Menschen mehr Freiheit gibt, mehr Selbsterfüllung, neue Branchen wurden aufgebaut, neue Technologien oder verlorene Technologien wiederbelebt, und insgesamt war das sehr innovativ.

Stets geht es dabei um Selbstbestimmtheit und Selbstorganisation, und die langen Arbeitszeiten werden eher als eine höhere Berufung angesehen. Natürlich kenne ich genug Bioladnerinnen beispielsweise, die mir klagen, sie hätten zu nichts mehr Zeit, kein Buch zu lesen und nichts. Außerdem bringt so ein Laden selten den großen Schnitt, und Frauen neigen übrigens eher zu wirtschaftlicher Vernunft, weshalb sie vor allem den Vorteil ihrer Unabhängigkeit schätzen. So wie früher will auf Dauer keiner mehr arbeiten. Maschinenarbeit wird als entwürdigend empfunden, und so wie die Produktion intelligenter wird, wird die Arbeit immer intelligenter. Die Menschen haben sich geändert und suchen eine neue Arbeit, und ihr **neues Arbeitsethos heißt Selbstbestimmtheit**. Die Schreckensvision, soviel steht fest, von hirnlosen Heloten in unterirdischen Fabrikations-KZs, wird es nicht geben.

Von der Politik und den Wirtschaftswissenschaften wurden diese Bestrebungen lange ignoriert, heute eigentlich auch noch. Man hatte das Bild einer großen Politik, einer Gesamtwirtschaft und eines Mainstreams im Kopf, und da waren die Aussteiger bloß Träumer oder Querköpfe. Daß die Gesellschaft eine komplexe, pluralistische Mischkultur ist, und daß die große Wirtschaft durchsetzt ist mit kleinen Experimenten, paßt auch heute den meisten noch nicht.

Aus den Experimenten haben sich inzwischen verschiedene Konzepte entwickelt, die wissenschaftlich up to date sind und aktueller als die SPD-Debatte um Keynes' Staatsregulierung. Neoliberalismus und Globalisierung sind keine angstbesetzen Fremdworte, sondern die Liberalisierung wird wenn, dann für alle, und vor allem für Kleingewerbe gefordert, und die Globalisierung soll ergänzt werden durch Regionalisierung.

Die neuen Konzepte und Ideen heißen:

1. Tauschringe – das ist vielleicht nicht »die« Lösung, aber jedenfalls eine attraktive und ohne große Umstände aufzubauende Selbsthilfeeinrichtung. Eigentlich handelt es sich um eine aktualisierte Form der alten nachbarschaftlichen Hilfe. Und ihre ökonomische Tragweite steht noch(!) weit zurück hinter der mehr sozialen Funktion solcher Einrichtungen – was aber noch kommen kann.
2. Die Projekte der Lokalen Ökonomie betonen einen kommunalpolitischen Zusammenhang. Erfolgreiche Projekte vor allem in England, Anfänge in Holland, Frankreich und Deutschland (ua. Regionale Entwicklungszentren).
3. Soziale Ökonomie legt das Schwergewicht auf verschiedene Aspekte der Sozialarbeit, ABM und sozialen Ausgleich. Hier geht es vor allem um die soziale Verträglichkeit von Wirtschaft.
4. New Work ist der vierte Strang neuer ökonomischer Ansätze, man verzichtet mehr oder weniger auf politische Unterstützung und Sozialarbeit und setzt auf die eigene Kraft und Phantasie.

Neue Arbeit, die Idee

Die Idee kommt aus Amerika. Der Philosoph Frithjof Bergmann, Professor an der Universität von Michigan, hat in Detroit praktische Projekte aufgebaut, die er auch betreut. In Deutschland gibt es mehrere Initiativen, die nach diesem Modell arbeiten bzw. arbeiten wollen in Mülheim, Chemnitz, Aachen und Stuttgart.

Im Gegensatz zu den andern neuen Konzepten, die zwar auch von zentralen Punkten der neuen Ökonomie ausgehen (sozialer Ausgleich, Austausch, Regionalismus/Lokalismus), beginnt New Work bei der Arbeitsethik und gibt den Menschen einen neuen Begriff von Arbeit. Auch dies ist als Tendenz in Amerika schon länger sichtbar, während wir in Deutschland hinterherzuckeln: parallel zur modernen Vereinzelung und Individualisierung entwickeln die Menschen einen selbstbestimmten Altruismus (Selbstlosigkeit). Obwohl die alten nachbarschaftlichen, familiären und überhaupt die traditionellen Hilfssysteme gegenseitige Unterstützung zerfallen, beginnt jetzt nicht ein raubtierhafter Egoismus. An deren Stelle entwickeln sich neue Einrichtungen der Gegenseitigkeit, die jedoch dem Bedürfnis des Einzelnen nach persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung Rechnung tragen.

Neue Arbeit definiert die Tätigkeitsbereiche des Menschen neu, um die bisher nicht als Arbeit bezeichneten Tätigkeiten neben der Erwerbsarbeit für den Lebensunterhalt einzusetzen.

1. Erwerbsarbeit ist die bisher ausschließlich als Arbeit bezeichnete. Bei dieser Arbeit werden die Menschen in Zukunft viel weniger Zeit verbringen, vielleicht ein Drittel der bisherigen Zeit. Das verursacht natürlich Lohneinbußen, die aber durch die anderen Tätigkeitsbereiche ausgeglichen werden können.
2. Eigenarbeit kennt jeder, macht jeder, aber sie wird nicht bezahlt. Da man sie für sich selber tut, braucht man auch niemand dafür zu bezahlen und hat durch die Einsparung ein indirektes Einkommen. Diese Eigenarbeit kann ausgedehnt werden auf beispielsweise Selbstversorgung im Garten, Eigenarbeit am Haus und jegliche Hausarbeit. Eigenarbeit ist kreativ, Einzelanfertigungen sind möglich, die sonst unbezahlbar wären, und die Entfremdung ist geringer. Möglicherweise lassen sich über die Hälfte der zum Leben nötigen Produkte in Eigenarbeit herstellen und erzeugen. Bei der Selbstversorgung fügt F. Bergmann allerding ein High-Tech an, high-technological-selfproviding.
3. Austauscharbeit ist nachbarschaftliche Hilfe. Bei Tauschringen kann man sowohl fremde Leistungen, wie Maschinen und Geräte oder gleich den Fachmann samt seinem Gerät bekommen. Auch Car-Sharing oder gemeinsamer Maschinenkauf ist denkbar. Die Arbeit in diesem Bereich könnte ebenfalls bis zu einem Drittel der bisherigen Arbeitszeit und entsprechenden Einkommens ausmachen.
4. Berufungsarbeit ist alle Arbeit, zu der man sich berufen fühlt, das kann ein Hobby oder eine Geschäftsidee sein, kulturelle oder künstlerische Aktivitäten oder soziale Leistungen für die Mitmenschen.

Die Aufteilung der Arbeit in drei oder vier Bereiche wird verschieden gehandhabt. In Flint (USA) wurde von einem Fifty-Fifty-Modell ausgegangen, nach dem auf ein halbes Jahr Arbeit ein halbes Jahr »Freizeit« folgte. In diesem halben Jahr bestand die Möglichkeit Neues zu erproben, bei der lokalen Ökonomie mitzumachen und beispielsweise Häuser zu bauen.

Raus aus dem Selbstversorger-Ghetto!

Endlich gibt es die schon lange fällige betriebswirtschaftliche Untersuchung und Bewertung der Selbstversorgung.
Was ist wie wirtschaftlich?
Was ist bloß Träumerei?
Welche Entwicklungschancen, welche politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sind erforderlich? usw.
Die Diskussion um Selbstversorgung scheiterte in der Vergangenheit immer an dem totalen Anspruch alles selber machen zu wollen oder zu sollen, sonst sei es vor andern oder einem selbst nicht glaubwürdig. Dabei ging es immer ums Grundsätzliche, um die Philosophie und um die Menschheit. Und eigentlich war klar, daß die ganze Entwicklung nicht richtig ist, und eigentlich kann man da als Einzelner auch nichts gegen setzen. Aber man tut es trotzdem, solange man irgendwie zurecht kommt.

In Marth, ein Stück hinter Göttingen, aber schon in Thüringen, ist der Kastanienhof. Die Bewohner des Hofes haben die betriebswirtschaftliche Berechnung ihres Selbstversorgerhofes geschrieben und als Buch herausgegeben. Heraus kommt, wie teuer eine Mohrübe sein müßte und daß es sich nicht lohnt, sie auf den Markt zu bringen. Überhaupt lohnt sich das alles nicht, jedenfalls wenn die Produkte auf dem regulären Markt verkauft werden sollen.

Aber erstens lohnt es sich der »Ideale und Träumereien« wegen auf dem Kastanienhof zu leben, und zweitens zeigt die Untersuchung, was »sich verwirklichen läßt, ohne allzu viele Kompromisse mit den marktwirtschaftlichen Verhältnissen einzugehen.« Schließlich zeigt sich, daß die Erzeugung der Produkte des Hofes durchaus wirtschaftlich ist, wenn sie als Eigenarbeit oder Austauscharbeit betrieben wird.

Götz Papke, einer der Kastanienhofleute, hat in einem weiteren Buch »Dauerhafte Arbeit – Neue Arbeit durch Selbstversorgung« außerdem eine allgemeine Konzeption der neuen Arbeit für den ländlichen Raum vorgenommen. Endlich stellt jemand klar, daß es bei Selbstversorgung nicht um ein Zurück geht, sondern um ein neues Ökonomieverständnis. Die bisherige Arbeit wird wie bei New Work neu konzipiert und geteilt in Erwerbsarbeit und Eigenarbeit, wobei unter Eigenarbeit alle zusätzlichen wirtschaftlichen Tätigkeiten fallen, die nicht von vornherein unter die normale Erwerbsarbeit fallen.

Minderhandwerk, Kleingewerbe, Schattenwirtschaft, Selbsthilfewerkstätten, Marktverkehr, Reisegewerbe, Nebenbetrieb, aber auch Fragen wie die Anrechenbarkeit von Eigenarbeit auf Sozial- und Arbeitslosenleistung stellt Götz in die Konzeption einer Neuen Arbeit. Visionen und Strategien für die Durchsetzung und Entwicklungsmöglichkeit überlegt er genauso wie die sehr realistischen Fragen nach einer Veränderung der rechtlichen, politischen und steuerlichen Rahmenbedingungen. Oben erwähnter Johann Gottlieb Fichte forderte vom preußischen Staat, die Arbeit staatlich zu garantieren. Und es würde schon reichen, wenn rechtliche und steuerliche Hindernisse beseitigt würden.

Man fragt sich, warum nicht schon lange jemand auf die Idee gekommen ist, so eine sympathische Theorie der alternativen wirtschaftlichen Projekte aufzustellen. Denn die Selbstversorgerprojekte und die ganze alternative Szene war doch vorhanden – sie mußte nur konzeptionell zusammen gefaßt werden.

Kurz gesagt, ich bin begeistert! Denn seit etlichen Jahren drucke ich nun Bücher über diese anarchische Selbstversorgerei und bin irgendwie sauer, daß das nicht voran kommt. Es bleibt bei der Spielwiese. Zwar gibt es auf ihr bunte Blumen und Ideen satt, und die Erfindungsgabe der Leute ist bewundernswert, aber irgendwie kränkt es mich, wenn es immer nur ein Selbstversorger-Ghetto bleibt. Hinzukommt nämlich noch, daß jene Leute, die es irgendwann nicht mehr aushalten, mit Recht sagen, außer Vergnügen nichts gewesen – das heißt, es fehlt ein Konzept für einen gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang – fehlte! Jetzt haben wir die Lösung und können alle beruhigen, die 20 Jahre ihrer Biografie mit Experimenten vertan haben – Leute, jetzt geht's erst richtig los!●

Na und deshalb hab ich das Buch von Götz gedruckt und jetzt ist es erhältlich: Götz Papke »Dauerhafte Arbeit« 120 Seiten, 12,50 DM, Packpapier Verlag, Box 1811, D-49008 Osnabrück

CONTRASTE: AUFRUF ZUR BETEILIGUNG

Berichte von Projekten Neuer Arbeit gesucht !

Auf dem Hintergrund der anhaltenden Krise der Privatwirtschaft gibt es etliche neue Versuche, einen praktischen kapitalismus-überwindenden Kurs zu finden. CONTRASTE möchte sich mit Projekt- und Betriebsberichten und kontroversen Konzeptbeiträgen daran beteiligen. In der Juni-Ausgabe planen wir einen Schwerpunkt »Neue Arbeit«. In Deutschland haben sich in den letzten beiden Jahren einige kleine Neue-Arbeit-Gruppen gebildet. Sie beziehen sich unter anderem positiv oder positiv-kritisch auf das New-Work-Konzept von Prof. Frithjof Bergmann (Michigan, USA). Er geht davon aus, daß durch die momentan rasant eingeführten neuen Technologien auf Grundlage von Privatwirtschaft und (Welt-)warenmarkt immer mehr Lohnarbeitsplätze abgebaut werden. Auch Teilzeit und Arbeitszeitverkürzung kann diese Entwicklung nur bremsen, zumal viele Menschen von »halben Stellen« nicht mehr leben können. Was sollen Menschen machen, die dauerhaft keine Lohnarbeit mehr bekommen?

Längst haben Gruppen in diesem Land angefangen, mit solidarischer Hilfe untereinander neue selbstverwaltete Projekte aufzubauen, um Erfahrungsräume für neue Arbeitsarten zu eröffnen. z.B. »Häuser der Eigenarbeit« entstehen, Selbsthilfe steht im Mittelpunkt. Kleinere Privatbetriebe setzen das New-Work-Konzept um, um Entlassungen zu vermeiden. Einerseits wird der Warenmarkt bedient, um zunächst zu überleben. Andererseits will man hier und da von den Zwängen des Warenmarktes weg.

Wir bitten Einzelne und Gruppen, die Neue Arbeit in irgendeiner Weise anfangen auszuprobieren, sich zu melden und von ihrem Ansatz zu berichten.

Es wird auch ein Interview mit Frithjof Bergmann geben. Ebenfalls sind Beiträge, die sich kritisch oder unterstützend darauf beziehen, ausdrücklich erwünscht.●

Kontakt: CONTRASTE-Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34, D-22763 Hamburg

FREIGELDEXPERIMENT 1930

WÄRA – Eine Alternative für heute?

Schon in den dreißiger Jahren haben sich Thüringer BürgerInnen Gedanken gemacht, was man alles bewegen kann, mit eigenem Tauschgeld »WÄRA« als Alternative zur Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe. (In Thüringen gibt es z.Z. ca. 10 Tauschringe).

Norbert Schneider, Saalfeld ● Am Anfang stand die Gründung der »WÄRA-Tauschgesellschaft« in Erfurt. Ihrer Satzung zufolge verstand sie sich als eine private »Vereinigung zur Bekämpfung von Absatzstockung und Arbeitslosigkeit«. Ihr Ziel war die Erleichterung des Waren- und Leistungsaustausches durch die Ausgabe von Tauschbons. Nach zwei Jahren gehörten der Tauschgesellschaft bereits mehr als eintausend Firmen aus allen Teilen des Deutschen Reiches als Mitglieder an. Diese Firmen führten das Hinweisschild »Hier wird WÄRA angenommen«. WÄRA war die Bezeichnung für die Tauschbons, die die Gesellschaft auf Anforderung gegen Reichsmark oder sonstige Devisen oder gegen Quittung und Sicherheitsleistung an öffentliche Wechselstellen ausgab. Solche Wechselstellen gab es unter anderem in Berlin, Chemnitz, Düsseldorf, Eisenach, Erfurt, Halle, Hamburg, Köln, Leipzig und Nürnberg. Sie händigten die WÄRA-Scheine – wiederum gegen Reichsmark, sonstige Devisen oder hinreichende Sicherheiten – in der gewünschten Höhe an Firmen und Einzelpersonen aus. Zwischen diesen Firmen und Einzelpersonen lief nunmehr die WÄRA anstelle der Reichsmark als Tauschmittel um. Die Firmen bezahlten (zumindest teilweise) die Löhne und Gehälter in WÄRA aus, und mit derselben WÄRA kauften sich die Einzelpersonen die gewünschten Güter. So entstand innerhalb der deutschen Wirtschaft allmählich ein kleiner separater Kreislauf von Ersatzzahlungsmitteln neben dem von krisenhaften Stockungen gestörten Kreislauf der Reichsmark.

Gemäß den Vorstellungen Gesells waren diese WÄRA-Scheine mit einem Umlaufantrieb ausgestattet, der ihre krisenhafte Hortung verhindern sollte. Die Scheine waren nämlich auf ihrer Rückseite mit zwölf Feldern bedruckt, auf die an jedem Monatsende jeweils eine Marke von einem Prozent des Nennwertes aufgeklebt werden mußte. Die Mitglieder der Tauschgesellschaft mußten also für die in ihren Händen befindlichen WÄRA-Scheine Marken bei den Wechselstellen erwerben und auf die Scheine aufkleben, um sicherzugehen, daß ihre WÄRA-Scheine weiterhin zum vollen Nennwert als Zahlungsmittel angenommen werden. Die Marken stellten demnach eine Art »Strafgebühr für die Nichtbenutzung der WÄRA als Tauschmittel« dar.

Diese konnten die Mitglieder nur vermeiden oder wenigstens auf ein Minimum begrenzen, wenn sie die WÄRA für Warenkäufe verwendeten oder als Ersparnisse bei der Geschäftsstelle hinterlegten, die sie ihrerseits in Form von Krediten weiterleiten konnte.

Aus dem Bestreben, der Strafgebühr möglichst zu entgehen, resultierte im Endeffekt der für alle Beteiligten vorteilhafte stetige Umlauf der WÄRA.

Experiment im Bayerischen Wald

Internationales Aufsehen erregte dieses erste praktische Freigeldexperiment, als der bis dahin noch kleine überregionale WÄRA-Kreislauf sich gegen Ende des Jahres 1930 in der 500 Einwohner zählenden niederbayerischen Ortschaft Schwanenkirchen durchsetzte. Dort gab es ein Braunkohlebergwerk, das die Stadt Deggendorf und danach eine private AG betrieben hatten. Als es Absatzschwierigkeiten bekam und die Halden immer größer wurden, wurde es 1927 stillgelegt. Da es der größte Arbeitgeber in dieser Gegend war, kam das gesamte Wirtschaftsleben rasch zum Erliegen.

Während sich im Herbst 1930 die Weltwirtschaft mitten in ihrer großen Deflationskrise befand, fanden Schwanenkirchen und seine Nachbargemeinden Hengersberg und Schöllnach einen Ausweg aus der Krise. Zwischenzeitlich hatte nämlich der Bergbauingenieur Hebecker das Bergwerk erworben. Er erhielt von der WÄRA-Tauschgesellschaft einen Kredit in Höhe von 50.000 WÄRA. Mit diesem Geld konnte Hebecker das Bergwerk wieder in Betrieb nehmen –, er beschäftigte zunächst 60 Bergleute und stellte bald darauf weitere ein. 90% ihres Lohnes wurden in WÄRA und die restlichen 10% in Reichsmark ausbezahlt.

Die örtlichen Geschäftsleute waren gegenüber dem ungewöhnlichen Geld skeptisch und weigerten sich zunächst, es als Zahlungsmittel anzunehmen. Als er aber begann, sich von mitteldeutschen Mitgliedsfirmen der Tauschgesellschaft mit Waren beliefern zu lassen und diese in der Werkskantine gegen WÄRA zu verkaufen, erkannten sie, daß ihnen ein gutes Geschäft entging und erklärten sich zur Annahme der WÄRA bereit. Während die Arbeitslosen andernorts große Not zu leiden hatten, kam die lokale Wirtschaft in Schwanenkirchen, Hengsbach und Schöllnach wieder in Gang. Alsbald war die Rede von der »WÄRA-Insel im Bayrischen Wald«, wo die Arbeitslosigkeit gebannt war.

Die von den Initiatoren der Tauschgesellschaft in die WÄRA gesetzten Erwartungen schienen sich zu erfüllen. Die Idee eines umlaufgesicherten Geldes hatte bei der praktischen Erprobung ihre Richtigkeit bewiesen, und das Schwanenkirchener Beispiel wurde in der deutschen Öffentlichkeit beachtet. Der Erfolg der WÄRA weckte jedoch den Argwohn der Deutschen Reichsbank. Sie befürchteten, daß durch eine weitere Verbreitung zugleich die Reichsmark als offizielles Zahlungsmittel verdrängt würde.

Es kam ihr deshalb sehr gelegen, daß der Reichsfinanzminister H. Dietrich im Zuge der Brüningschen Notverordnungen die Herstellung, Ausgabe und Benutzung jeglichen Notgeldes im Oktober 1931 durch eine Verordnung verbot. Damit waren auch sie von diesem Verbot betroffen. Trotz seines verheißungsvollen Beginns mußte das Freigeldexperiment von Schwanenkirchen Ende 1931 abgebrochen werden.

Hebecker war gezwungen, sein Bergwerk wieder zu schließen. Die WÄRA-Insel mit ihren drei Dörfern wurde von Krisenwellen überflutet. In Anbetracht dieser Auswirkungen der Verbotsverordnung ist es geradezu makaber, daß sie ausgerechnet die Bezeichnung »Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen« trug.

Nachdem dieser in kleinem Rahmen bewährte und durchaus erfolgversprechende Weg aus der Krise versperrt und die damalige Regierung Brüning mit ihren berüchtigten Notverordnungen der Wirtschaft eine noch größere Not verordnete, nahm die Arbeitslosigkeit unaufhaltsam zu. Sie trieb die verzweifelten Menschen in die Arme der Nationalsozialisten, die sie dann mit leeren Versprechungen in die Irre führen konnten.●

Aus: Karussell, Nr. 8, Dez. 1997

TAUSCHRING-MUSTERSCHECKHEFT AUS HALLE

Nutzungsanleitung:

1) Bei jedem Tauschvorgang werden immer die Hefte beider Tauschpartner ausgefüllt.
2) Die Person, die eine Leistung gegeben hat, erhält eine Gutschrift, die andere eine Lastschrift.
3) Auf einer Seite können nur Tauschvorgänge aus einem Monat eingetragen werden. Füllen Sie bitte auf jeder neuen Seite die Spalten "Monat" und "Jahr" aus. Übertragen Sie den letzten Kontostand der vorherigen Seite in das Feld "Gesamtsumme".
4) Bei allen Tauschgeschäften
- tragen Sie das Datum und die Art der Leistung ein,
- füllen Sie entweder die Spalten unter "Leistung erhalten von Mitglied" oder "Leistung gegeben an Mitglied" aus,
- tragen Sie die neue Gesamtsumme (aktueller Kontostand) ein,
- lassen Sie Ihren Tauschpartner unterschreiben und
- unterschreiben Sie bei Ihrem Tauschpartner.

Ich brauche: | Ich kann:

Monat:		Jahr:		Leistungen erhalten von Mitglied			Leistungen gegeben an Mitglied			Gesamtsumme	Unterschrift des
Datum	Art der Leistung			Nr.	Name	Betrag	Nr.	Name	Betrag		Tauschpartners
						-			+		
						-			+		
						-			+		
						-			+		
						-			+		
						-			+		
						-			+		
						-			+		
	Umlaufsicherung				Tauschzentrale	-					

Ein Musterheft für Tauschringe hat der döMak-Tauschring in Halle herausgegeben. In dem gut gestalteten Heft lassen sich die Leistungen der TauschpartnerInnen und die Umlaufsicherung des Tauschringes monatlich übersichtlich festhalten. Das uns vorliegende Musterheft enthält eine Mustersatzung und kann auch anderen oder neuen Tauschringen als Anregung und Hilfe dienen. Das Heft ist eine Reaktion der Hallenser auf den Rechtstrouble und die Probleme der PC-Verbuchung. Kontakt: döMak-Tauschring, Jugendbildungsstätte »Villa Jühling«, Semmelweisstr. 6, D-06120 Halle, Tel. (03 45) 551 16 99, Fax 550 85 98, E-Mail: doemak@top.east.de

TAUSCHKREIS-TAGUNG IN SALZBURG

Das Geschäft mit dem Geld

Was geschieht mit Geld, wenn wir es uns leisten können, es nicht auszugeben? Es wächst und vermehrt sich! Wer sein Geld »arbeiten« läßt, wird mit Zinsen belohnt. Die Bedingungen für das Geschäft mit dem Geld sind heute so gut wie nie: In den letzten 10 Jahren haben sich die Umsätze im internationalen Wertpapier- und Devisenhandel mehr als verzehnfacht! Unvorstellbare Summen werden transferiert: An einem einzigen Tag werden allein Währungen im Wert von 1,5 Billionen Dollar ver- und gekauft – so viel wie die Jahresleistung der gesamten deutschen Wirtschaft! Dazu kommen ähnliche Umsätze mit Aktien, Anleihen und anderen Anlageformen.

In diesem Wettbewerb zählt allein die Rendite, die bestmögliche Verzinsung des angelegten Kapitals. Nutznießer im Geschäft mit dem Geld ist eine kleine, wohlhabende Minderheit: Nur zehn Prozent der Bevölkerung besitzen genügend Kapital, um von der Zinswirtschaft zu profitieren. Der große Rest zahlt auf die eine oder andere Weise drauf – und weiß es oft nicht einmal!

Es geht auch anders: Talente- /Tauschkreise

Immer mehr Menschen, die das Geld- und Zinssystem als ungerecht empfinden, suchen nach Alternativen. Ein erprobtes Gegenmodell sind Tauschkreise, die das zinsbelastete Tauschmittel »Geld« durch eine eigene, gerechtere Währung ersetzen. Sind solche Tauschkreise eine zukunftsträchtige Alternative zur »normalen« Wirtschaft? Haben sie gesellschaftspolitische Bedeutung, weil sie Arbeitslosen neue Möglichkeiten eröffnen? Oder sind sie nur gutgemeinte, aber etwas naive Träumereien, die in Gefahr sind, mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten, weil sie »Schwarzarbeit« fördern?

In dieser Tagung vom 17. bis 19. April 1998 im Salzburger Bildungshaus St. Virgil werden diese und andere Fragen, sowie die Geschichte der Tauschkreise und ihre gegenwärtige Bedeutung in den Ländern der EU und speziell in Österreich diskutiert. Ebenso wird die politische und soziale Bedeutung sowie die rechtliche Situation betrachtet.

Anmeldung & Information: TKS –TauschKreisService, Mag. Reinhard Pichler, Saileräckergasse 40/2/8, A-1190 Wien, Tel: 0043/1/36 400 63, FAX: 369 84 81●

LOKALE ÖKONOMIE IN BERLIN-WEDDING:

Arbeit und Nachbarschaft

Unter diesem Titel findet die nächste Kommunalpolitische Konferenz des Berliner »Kommunalen Forum Wedding e.V.« am 7. März 1998 in der Volkshochschule Wedding statt.

»Wachstum ohne Beschäftigung«, »Spaltung der Ökonomie«, »Herausbildung von Problemgebieten« in der Stadt – diese Schlagworte haben eine weite Verbreitung in der öffentlichen Diskussion über die gegenwärtige gesellschaftliche Situation und die Zukunft der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Berlin, Deutschland und Europa gefunden. In benachteiligten Stadtquartieren wird der gesellschaftliche Skandal besonders augenscheinlich, daß einmal die Zahl der Arbeitslosen immer mehr zunimmt und diese Menschen zum Nichtstun verdammt sind, während gleichzeitig viele notwendige Arbeiten nicht getan werden. Was tun? Alte Rezepte helfen nicht mehr weiter. Gebraucht werden neue Politikformen, die auf einer breiten Beteiligung vieler gesellschaftlicher Gruppen beruhen. Ein Ansatz dafür ist die kürzlich gegründete Lokale Partnerschaft Wedding. Auf der kommunalpolitischen Konferenz soll der Stand der Arbeit der Lokalen Partnerschaft Wedding einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und in Beziehung zu ähnlichen Ansätzen andernorts gesetzt werden, um Anregungen für die Arbeit vor Ort zu erlangen und hoffentlich weitere Bündnispartner zu gewinnen.

Die Ausgangspunkte für die Veranstaltung bilden folgende Thesen:

● In der Entwicklung von Tätigkeiten, die unmittelbar der Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation der BewohnerInnen von benachteiligten Stadtquartieren dienen, liegt ein großes Beschäftigungspotential, das durch integrierte, gebietsbezogene Handlungskonzepte, gemeinwesenorientierte Betriebe und eine zielgerichtetete Qualifizierung der lokalen Akteure aktiviert werden kann.
● Für diese Tätigkeiten gibt es gerade in benachteiligten Stadtquartieren nicht nur einen großen Bedarf, sondern auch Finanzierungsmöglichkeiten, wenn es gelingt, öffentliche, private und im Gemeinwesen vorhandene Ressourcen zu verknüpfen.
● Voraussetzung dafür ist, daß erstens die Anwohner, die ortsansässigen Einrichtungen, städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Unternehmen, sozialen Projekte und die öffentliche Hand spürbaren Nutzen für sich erwarten können und daß sie zweitens auf der Grundlage ihrer jeweiligen Interessenslage miteinander kooperieren.
● Die Stabilität und dauerhafte Tragfähigkeit von entsprechenden Initiativen hängt neben einer verbindlichen Kooperationsstruktur und »-kultur« davon ab, daß es gelingt, Beteiligung, Eigeninitiative und Selbsthilfe der Anwohner und Nachbarschaften anzuregen. Dazu müssen Verbesserungen und der eigene Anteil an positiven Veränderungen erfahrbar sein.

Auf der Konferenz sollen insbesondere folgende Fragen diskutiert werden:

● Auf welche Weise kann ein politischer Wille für die Entwicklung und Umsetzung solcher Konzepte konkret werden – gerade auch angesichts knapper Kassen?
● Neue demokratische Beteiligungsformen, die Kooperation und breite Kommunikation zwischen unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen braucht Zeit – was bedeutet dies für diese Prozesse, wenn gleichzeitig Handlungsdruck und Erfolgszwang bestehen?
● Wenn es um die Einübung einer neuen Praxis geht – welche Lernprozesse sind damit für alle Beteiligten verbunden und welche Qualifizierung ist für welche Gruppen vonnöten?
● Welches ist die sinnvollste Form der Moderation dieser Prozesse?
● Und natürlich: Was müssen Förderprogramme ermöglichen, die auf die Entwicklung und Umsetzung solcher Handlungskonzepte abzielen?

Weitere Informationen und Anmeldung über Kommunales Forum Wedding e.V., Wiesenstr. 29, D-13357 Berlin, Tel. (0 30) 46 50 73 55, Fax 462 94 47

SPENDENAUFRUF FÜR »INSTITUT FÜR NEUE ARBEIT«

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir von der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim (SSM) und unser UnterstützerInnenkreis haben viel vor und benötigen Spenden. Seit Ende der siebziger Jahre haben wir in Selbsthilfe eine leerstehende Fabrik in Eigenleistung umgebaut zum Wohnen und zum gemeinsamen Arbeiten. Gleichzeitig haben wir den Selbsthilfegedanken stets in weitere Vorhaben im Stadtteil einfließen lassen.

Wir sind davon überzeugt, daß in der strukturellen Krise der Arbeitsgesellschaft mittels kooperativer, vernetzter Eigenversorgung und vielfältiger gesellschaftlicher Eigenaktivität ein drohender gesellschaftlicher Zerfall verhindert werden kann. Dies war für uns der Anlaß, vor einem Jahr das provisorische »INSTITUT FÜR NEUE ARBEIT« zu gründen. Vor dem Hintergrund unserer eigenen praktischen Erfahrungen und unseres Wirkens im Stadtteil Mülheim sollen hier Vorstellungen, Projektwissen, Ansätze und Theorien gemeinwesenorientierter Vergesellschaftung gesammelt, vorgetragen, untersucht und diskutiert werden. Zielvorstellung ist es, Praxis wissenschaftlich auszuwerten, neue Projekte zu beraten und zu vernetzen und zu tragfähigen gesellschaftlichen Handlungskonzepten von Krisenbewältigung beizutragen.

Eine Fachbibliothek, ein Archiv, Büro, Computertechnik (Intranet und Internet), ein Veranstaltungsraum und Gästezimmer sollen aufgebaut bzw. eingerichtet werden. Zum räumlichen Aufbau und zur Infrastruktur unseres Institutes bekommen wir keine öffentlichen Gelder und bisher auch keine sonstige finanzielle Unterstützung.

Wir benötigen mittelfristig 200.000 DM als Gesamtanschubfinanzierung. Als Starthilfe bitten wir um Ihre Spende. Wir sind für jede kleinere Unterstützung sehr dankbar, damit wir den Aufbau schon einmal beginnen können. Unserer Meinung nach könnten wir diesen sogar in langwieriger Eigenleistung selbst vollbringen. Hinsichtlich der anwachsenden gesellschaftlichen Krise streben wir allerdings einen baldigen regulären Institutsbetrieb an.

Unser Förderverein »MACH MIT e.V.« ist als gemeinnützig anerkannt. Bitte vermerken Sie auf Ihrer Überweisung den Zusatz »Institut für Neue Arbeit«.

Spendenkonto: MACH MIT e.V., Postbank Köln, Ktonr. 259082-507, BLZ 37010050

Auf Anfrage senden wir gerne unsere Informationsmappe zu Zielen und Aktivitäten der SSM, der unterstützten Projekte und des INA zu. Wir würden uns über Ihren Besuch freuen, um Ihnen unsere Pläne vor Ort zeigen zu können.

Mit freundlichem Gruß

Sozialistische Selbsthilfe Mülheim

Kontakt: SSM, Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln, Tel. und Fax 0221-6403152

OSTE TALENTE

Hoch im Norden – Ein Tauschring macht Schlagzeilen

Gerade ein Jahr war er alt und hatte doch schon etwas erreicht, was den anderen gut 150 Tauschringen in der Bundesrepublik bisher versagt geblieben ist: bundesweite Schlagzeilen. Doch stolz darauf waren die Mitglieder des Tauschringes Oste Talente (TOSTA) nicht, denn es handelte sich um ausgesprochene Negativschlagzeilen, die die Hauptinitiatoren der Gruppe, Alfred H. Beyer und seine Frau Sigrid aus Osten, in Verbindung mit der extremen Rechten brachten.

Volkmar Wölk ● Am 18. August 1997 gab es, veranlaßt durch die Aussagen dreier bisheriger Mitglieder des Tauschrings, die ersten kritischen Berichte in der Lokalpresse. Dem größten Teil der Mitglieder waren die Vorwürfe offenkundig gleichgültig, denn zu einer Mitgliederversammlung, bei der diese zur Sprache kommen sollten, erschienen lediglich fünfzehn der rund 80 Mitglieder. Diese allerdings positionierten sich eindeutig: mit übergroßer Mehrheit wurde der letzte verbliebene der drei Kritiker ausgeschlossen, in Leserbriefen bekundeten Mitglieder der Kerngruppe – des faktischen Vorstandes – lautstark ihre Solidarität mit dem Ehepaar Beyer.

Besonders Uwe Groß, ehemaliger Kreisvorsitzender der Grünen in Cuxhaven, der auch als Internet-Kontaktadresse für den TOSTA dient, stellte sich immer wieder schützend vor Alfred Beyer. Einerseits bestätigte er die Vorwürfe, indem er zugab, er selbst habe »von Alfred auf persönlicher Ebene Artikel der Deutschlandbewegung und über die umstrittene Wehrmachtsausstellung erhalten«, beteuerte andererseits aber gleichzeitig, dies habe nichts mit dem Tauschring zu tun. Die Bösen sind für ihn die Kritiker. Sie hätten unbefugt Mitgliederlisten mißbraucht, um persönliche politische Meinungen zu verbreiten – ihre Vorwürfe gegen Beyer nämlich. Einmal davon abgesehen, daß der Grünen-Funktionär mit dem Adjektiv »umstritten« für die Ausstellung »Vernichtungskrieg« des Reemtsma-Instituts die sprachlichen Vorgaben der extremen Rechten übernimmt, begibt er sich auch in Punkto Datenschutz auf sehr dünnes Eis. Einerseits nämlich waren Guthaben und Miese innerhalb des Tauschringes über die eigene »Marktzeitung« für jeden einsehbar (so als ob eine Bank die aktuellen Kontostände der Kunden ins Schaufenster hängt), andererseits war »aus Datenschutzgründen« (so Sigrid Beyer) die Öffentlichkeit bei jener Sitzung ausgeschlossen, bei der über die neofaschistischen Verbindungen der Beyers gesprochen werden sollte und statt dessen der letzte Kritiker ausgeschlossen wurde.

Stutzig war ein Mitglied geworden, als sie im Mai von Alfred Beyer, einem Bauingenieur und ehemaligen Lufthansa-Beschäftigten, gebeten wurde, per Computer ein Logo für die Deutschland-Bewegung zu entwerfen. Sie habe zwar »Igel im Bauch« gehabt, diesem Wunsch aber letztlich entsprochen. Erst später habe sie erfahren, was sich hinter der Deutschland-Bewegung des »Nationalpazifisten« Alfred Mechtersheimer verberge.

Ein weiteres Mitglied interessierte sich für einen von Beyer angebotenen Nietzsche-Arbeitskreis. Als Einführungsmaterial erhielt sie das Buch »Neues Licht über Zarathustra« des Franzosen Robert Dun. Schnell erkannte sie: Das Buch ist »rassistisch, undemokratisch und frauenfeindlich«. Ihre folgenden Recherchen ergaben: Dun ist ehemaliger Waffen-SSler, Funktionär in mehreren neuheidnisch-faschistischen Gruppierungen und »Ritterorden« sowie Autor in zahlreichen einschlägigen Zeitschriften. Pierre Vial, langjähriger Spitzenfunktionär des GRECE, bezeichnet ihn als »sicheren Weg- und Kampfgefährten«. Der deutsche Herausgeber der Schrift, die Tempelhofgesellschaft des ehemaligen Polizisten und langjährigen neofaschistischen Aktivisten Hans-Günter Fröhlich (Bad Homburg), fordert zu dem Band ausdrücklich: »Nur zu Studienzwekken! Nur zur alleinigen Kenntnis des Beziehers!« Vorsichtshalber ist jeder Band nummeriert.

Ein dritter Kritiker wiederum hatte sich Beyers Aphorismenband »Geld ist Macht – macht nichts« angeschaut, den dieser unter dem Pseudonym Wieland von Steindorf (In diesen Kreisen geben die Decknamen fast immer eine adlige Herkunft vor. Man ist schließlich die Elite!) veröffentlicht hatte, und dort jede Menge »rechtschauvinistische Sprüche« gefunden. Ein weiteres Mitglied schließlich gab an, Beyer auf dessen Wunsch in die Lüneburger Heide zu einem Treffen des neofaschistischen und heidnischen Bund der Goden gefahren zu haben, wo als einer der Referenten der Terrorist Manfred Roeder auftrat. Aber was ist daran schon schlimm? Der referiert ja schließlich auch bei der Führungsakademie der Bundeswehr! Zu allem Überfluß wurde dann auch noch bekannt, daß die Witwe des Neonazis Edgar Geiss, Lilo, unter ihrem Geburtsnamen in der Mitgliedsliste geführt wurde.

Für die Kerngruppe des Tauschrings waren all diese Vorwürfe belanglos. Die Lokalpresse wurde mit Leserbriefen bombardiert. »An den Haaren herbeigezogen« sei das alles. »Wir denken, daß es unzählbare Menschen sind, denen er geholfen hat. (...) Aber von Rechtsradikalität kann keine Rede sein, nur weil man an eine bessere Welt glaubt ohne Umweltgifte, ohne Krieg, ohne Negativem.« Man habe Beyer als »einen tiefsinnigen, eigenwilligen Zeitgenossen« kennengelernt, »dem es ein Anliegen ist, Menschen immer wieder zum Nachdenken zu bewegen.« Auf den Inhalt der Vorwürfe wurde durch Beyers UnterstützerInnen, allesamt aus dem grün-alternativen Spektrum stammend, mit keiner Silbe eingegangen. Beyer selbst führte die gesamte Auseinandersetzung in einer ersten Stellungnahme auf rein materielle Angelegenheiten zurück. Der eigentliche Anlaß seien Differenzen um Abrechnungsmodalitäten im Tauschring. Die Vorwürfe seien eine »Sauerei« und grenzten an »Rufmord«, das Ehepaar überlege sich juristische Schritte.

Nahezu ein Vierteljahr wogte die Auseinandersetzung auf regionaler Ebene hin und her. Dann begannen auch die überregionalen Medien, sich für die Vorgänge hoch im Norden zu interessieren. Nicht nur »Spiegel« und »Fakt« (MDR), sondern auch die ARD-»Tagesthemen« kamen zu eindeutigen Einschätzungen: »Der Hemmoorer Tauschring ist keine rechtsextreme Organisation, aber für die Verbreitung dieses Gedankenguts ist er geschickt mißbraucht worden.« Dies war auch das Ergebnis einer Veranstaltung der örtlichen Grünen zum Thema, die das Klima vor Ort endgültig zum Kippen brachte, da die vorgelegten Fakten zu eindeutig waren.

Beyer war mit Ehefrau Sigrid ebenfalls dort aufgetaucht. Im Gegensatz zu seinen grün-alternativen VerteidigerInnen, die der Informationsveranstaltung ihrer ParteifreundInnen lieber fernblieben. Und Beyer tat sein möglichstes, die Berechtigung der Vorwürfe zu belegen. Hatte er im Vorfeld noch behauptet, sich für Mechtersheimers Deutschland-Bewegung lediglich »einmal interessiert« zu haben, so gestand er jetzt ein, im Oktober bei deren Wartburgfest in Eisenach zum Thema Tauschringe referiert zu haben. Der Posten eines Regionalbeauftragten für das Weser-Ems-Gebiet sei ihm »einmal angetragen« worden. Zu dem Vorhalt, daß nicht irgendein Mensch, der mit der Bewegung nichts zu tun hat, oder ein beliebiges Mitglied mit einem solchen Amt betraut wird, schwieg er lieber. Den alten Ökofaschisten Baldur Springmann bezeichnete er offen als »meinen Freund«. Zu ihm hat er bereits seit den achtziger Jahren nachweisbare Kontakte. Er mag es auch gewesen sein, der Beyers Vortrag über »positives Denken« beim Bundestreffen der Unabhängigen Ökologen Deutschlands in Hildesheim 1994 vermittelt hat.

Den gleichen Vortrag hielt er dann wegen des großen Erfolgs auch bei der Hetendorfer Tagungswoche des Vereinsklüngels um den Hamburger Neo-Nazianwalt Jürgen Rieger. Auch der ist schließlich ein alter Bekannter. Sigrid Beyer gehörte nämlich ebenso wie ihr geschiedener Ehemann Gerd Rothe lange Jahre der heidnischen Artgemeinschaft an, die durch Rieger geführt wird. Bei einem weiteren von Riegers Vereinen, der rassistischen Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung, trat sie in den 80er Jahren als Referentin auf. Daß Sigrid Rothe nicht nur Riegers heidnische Ansichten teilt sondern auch die geschichtsrevisionistischen, unterstrich sie gegenüber einer Lokalzeitung und auch direkt nach der Veranstaltung der Grünen. Man müsse sich mit dem Revisionismus auseinandersetzen, so Sigrid Beyer. Ihr Tip: »Schauen Sie mal ins Internet. Da gibt es viele Sachen, die genau das Gegenteil sagen.«

Eines kann man den Beyers sicherlich nicht vorwerfen: daß sie damit hinter dem Berg gehalten hätten, was für sie die eigentliche ideologische Grundlage des Tauschrings sein sollte. Das Denken des Sozialdarwinisten und Eugenik-Befürworters Silvio Gesell nämlich. Zu den ersten Veranstaltungen des Tauschrings gehörte nämlich eine, bei der Gesells Denken ausführlich dargestellt wurde. Sigrid Beyer beklagte sich anschließend bitterlich über die geringe Beteiligung.

Es hätte eigentlich auch auffallen können, daß in das Logo des »Tosta« eine Hagal-Rune eingebaut worden war. Diese Rune symbolisiert in heidnischen Kreisen den Lauf der Sonne während des Jahres, den ewigen Kreislauf von Werden und Vergehen. So wie in einem Tauschring Nehmen und Geben sich auf Dauer wieder ausgleichen. In der Vergangenheit war die Hagal-Rune sowohl das Abzeichen der 6. Waffen-SS Gebirgsdivision »Nord« als auch der heidnischen Nordischen Glaubensbewegung gewesen.

Beyer hatte das Kennzeichen nicht extra für den Tauschring entwerfen müssen. Er hatte es einfach vom Burgenring – Europäischer Kulturkreis in Stadt und Land e.V. übernommen, einem Verein, den er von Ende 1982 bis zur Auflösung Mitte 1987 geleitet hatte. Bereits damals war auch seine heutige Frau Sigrid mit dabei. Zielsetzung der Gruppe laut Satzung: »Es soll gleichgesinnten Menschen die Möglichkeit geboten werden, sich durch freiwillige, sinnvolle Aufbauarbeit wieder in die Naturabläufe einzugliedern. Dadurch soll der bedrängten Natur geholfen und auch dem Menschen die Möglichkeit verschafft werden, an Körper, Geist und Seele zu gesunden.« Geplant in diesem Zusammenhang war auch die Gründung einer »Lebensschule für Jedermann«. Schon in diesem Verein gab es Seminare über Gesells Wirtschaftsvorstellungen, damals von der einschlägig bekannten Gesima Vogel (»Aufbruch in eine neue Welt«, Hamburg 1990), Kontakte zum Waerlandbund und zum Verein für das Deutschtum im Ausland, Teilnahme an Veranstaltungen des Weltbund zum Schutze des Lebens in Rothenburg an der Wümme und auch in Vlotho.

Aber nach eigener Aussage hat Alfred Beyer nichts mit Politik zu tun. Ihn unterstützend Susanne Franzen-Groß, die Ehefrau des ehemaligen Grünen-Kreisvorsitzenden: »Wir wollen nachbarschaftliche Beziehungen aufbauen und Waren und Dienstleistungen miteinander tauschen, und ganz nebenbei entstehen auch freundschaftliche Beziehungen, und man unterhält sich auch über Lebensphilosophien und Lebensweisheiten.« Das unterscheidet einen Tauschring eben von den üblichen Wirtschaftsbeziehungen: Mit einem x-beliebigen Handwerker unterhalte ich mich nicht unbedingt über »Lebensphilosophien«. Aber die Struktur der Tauschringe begünstigt es nicht nur, daß engere persönliche Beziehungen unter den Mitgliedern entstehen, sondern macht es sogar notwendig. Die Struktur ermöglicht aber auch die Entwicklung von Gruppendruck. Einrichtungen wie die allgemeine Einsicht in den Kontostand jedes Mitglieds liefern die Handhabe dazu, da ähnlich wie bei jeder normalen Bank ein bestimmtes Kreditvolumen nicht überschritten werden darf. Worte wie »Schmarotzer« sind hier auch in den offiziellen Veröffentlichungen der Tauschringe schnell zur Hand. Tauschringe werden so zu einer Form der sozialen Kontrolle.

Der Tauschring Oste-Talente mag eine Ausnahme in Hinsicht auf eine offenkundige versuchte Unterwanderung durch neofaschistische Kräfte sein. Er ist sicher keine Ausnahme bei der Naivität einer grün-alternativen Klientel, mit den Infiltrationsversuchen der Gesell-Anhänger umzugehen. Führende Theoretiker der Freiwirtschaftslehre wie Georg Otto (Eberholzen) oder Hans Kühn (Osterode) sind noch immer Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, haben dort sogar ihren eigenen Liberalsozialen Arbeitskreis. Sie wissen aber auch, daß ihr Tun oftmals mißtrauisch beobachtet wird. Deshalb wohl auch, trotz aller offenen Bezüge im Internet, die Anweisung bei einem Tauschringtreffen in Kassel, Gesells Ideologie zunächst nicht zu sehr in den Vordergrund zu stellen und eher die praktischen Aspekte der Arbeit zu betonen. Nach einiger Zeit wird man ohnehin erkennen, wer für die Ideologie ansprechbar ist und wer nicht. Die Struktur der Tauschringe ist ein Garant dafür.

Sowohl die zunehmende Armut als auch die Sehnsucht nach sozialer Nähe und nicht zuletzt die Suche nach praktikablen Alternativen zum allgegenwärtigen Neoliberalismus werden Modelle wie die Tauschringe zunehmend attraktiv machen. Eine tatsächliche Alternative sind sie jedoch nicht: gerade der Markt hat in Gesells Lehre eine gottgleiche Stellung. Auf der Linken aber sind einige ebenfalls wieder auf der Suche nach dem berühmten Weg jenseits von Kapitalismus und Sozialismus. Ein Aufsatz über Tauschringe in der sozialwissenschaftlichen Zeitschrift »Das Argument« im Sommer 1997 lief zwar unter der Rahmenüberschrift »Flattern im Zeitgeist«, nannte aber den Namen Gesells in diesem Zusammenhang noch nicht einmal. Ähnlich die »Politische Ökologie« in ihrer Nr. 53 (September/ Oktober 1997), die sich mit dem »Zusammenhang zwischen Geld und Ökologie« beschäftigte. Zwar etwas distanziert, aber durchaus freundlich wurden hier die »freiwirtschaftlichen« Ansätze in der Nachfolge Gesells debattiert. Unter Einbeziehung seiner Anhänger, versteht sich. Man ist schließlich ökologisch und tolerant. Und so durfte auch Helmut Creutz (Aachen) wieder einmal seine Sicht der Dinge darstellen. Erwähnt wurde, daß Creutz Mitbegründer der Grünen war, verschwiegen wurde vorsichtshalber, daß er auch häufiger Autor in der Zeitschrift des NPD-nahen Deutschen Arbeitnehmer-Verbandes ist. Schließlich geht es um Wirtschaftsfragen. Und die haben mit Politik rein gar nichts zu tun.
Oder? ●

Aus: Antifaschistische Nachrichten, Köln

AUFGELÖST

Der Tauschring OSte Talente (TOSTA) hat sich am 27.1.98 aufgelöst. Einige der bisherigen Mitglieder haben mit einigen Interessierten das Netzwerk C&F gegründet. C&F steht für change and fun (Tauschen mit Spaß). Nähere Informationen gibt es unter http://www.cux-land.de/netzwerk oder per E-Mail netzwerk_cuf@privacy1.ohz.north.de

Anzeige

Brandneu!

Ralf Burnicki
Anarchie als Direktdemokratie
96 Seiten, DM 14,90
ISBN 3-00-002097-7

In diesem brandneuen Titel geht es um den wichtigsten Aspekt des Anarchismus, das Streben nach Direktdemokratie. Was bedeutet anarchistische Direktdemokratie? Wie funktioniert sie? Der Titel versucht, verschiedene Ansätze anarchistischer Direktdemokratie zu umreißen, sowohl in wirtschaftlicher als auch in politisch-sozialer Hinsicht.

Im Buchhandel oder direkt über:

Syndikat-A-Medienvertrieb
Bismarckstraße 41 a · 47443 Moers
Bestelltelefon/-Fax 0 28 41 / 53 73 16
e-mail: faumo1@anarch.free.de

Syndikat
anarchosyndikalistischer Medienvertrieb
damit euch nicht Hören und Sehen vergeht...

Anzeige

Klas Ewert Everwyn
Der Dormagener Störfall
Eine Real-Fiction und ihre realen Folgen

Der Schriftsteller Klas Ewert Everwyn hat seine Vision eines Chemie-GAUs am Niederrhein als Auftragsarbeit zum Literaturpreis der Stadt Dormagen im Jahre 1980 verfaßt. Auf Betreiben des BAYER-Konzerns wurde der Originaltext zensiert, die Veröffentlichung behindert. Jetzt zum ersten Mal im Buchhandel erhältlich.

144 Seiten, 29.80 DM, gebunden,
herausgegeben von der Coordination gegen BAYER-Gefahren,
ISBN 3-89657-410-8, Schmetterling Verlag. Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt bei der Herausgeberin: Coordination gegen BAYER-Gefahren,
PF 150 418, 400 81 Düsseldorf

10 JAHRE BANAFAIR

Fairer Handel

Handel(n) für eine bessere Zukunft

Von Rudi Pfeifer, BanaFair ● Eigentlich sollte 1997 ein Jubiläum gefeiert werden: »Zehn Jahre BanaFair«. Doch eigentlich stimmt das gar nicht, mit den zehn Jahren. Eigentlich sind es zwölf, denn angefangen hat die Bananen-Geschichte bei uns 1985 mit dem US-amerikanischen Handelsembargo gegen das revolutionäre Nicaragua. Oder auch nur acht, denn der Name *BanaFair*, der als Begriff die dahinterstehende Arbeit zum Ausdruck bringt, wurde wiederum erst 1989 geboren. Eigentlich also ...., acht oder zwölf, je nachdem, oder doch zehn Jahre, weil das so schön in der Mitte liegt? Dabei ist es uns gerade um die Mitte nie gegangen. Im Dschungel der Bananenwirtschaft hat *BanaFair* von Anfang an Partei ergriffen: gegen ungerechte Handelsstrukturen, für die nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, für die Kehrtwende hin zu einer sozial und ökologisch verträglichen Bananenwirtschaft.

Bananen sind gelb, krumm, nahrhaft und meistens billig. Wie kommt man/frau überhaupt dazu, sich ernsthaft mit dieser Banalität unseres Alltags zu befassen? Für *BanaFair* fing es mit einem ausgefallenen Kaffee-Seminar an (»Boykottiert die Kaffee-Konzerne!«), das vom Hessischen Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen fallengelassen wurde, um ein ebenso brennendes Thema aufzugreifen, das urplötzlich in die entwicklungspolitische Diskussion eingetreten war: Bananen!

Erinnert sich jemand? Es war im Mai 1985, als US-Präsident Reagan nach dem von Kanzler Kohl veranlaßten Besuch der SS-Gräber auf dem Bitburger Soldatenfriedhof den totalen Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua erklärte. Von dem kleinen Land, das sich gerade an einer Revolution versuchte, sah die Weltmacht USA ihre Interessen in ihrem »Hinterhof« Zentralamerika bedroht. Das totale Handelsembargo zwang Nicaragua über Nacht dazu, seine gesamte Exportwirtschaft auf andere Märkte auszurichten. Auch den Bananen, mit etwa 10% an den Deviseneinnahmen des Landes beteiligt, war der traditionelle Absatzmarkt in den USA verschlossen. Notgedrungen blieb Europa die einzige Alternative (wer ißt sonst schon Bananen?). Was zunächst unfreiwillig und als Kriegsfolge erschien, entwickelte sich zu einem der hoffnungsvollsten Experimente in der Geschichte der Bananenproduktion. Denn es gelang dem Land, nahezu ein Jahrzehnt lang (nicht nur) seine Bananengeschichte selbst in die Hand zu nehmen. »Wir haben aufgehört, eine Bananenrepublik zu sein«, so Daniel Ortega, der damalige sandinistische Präsident. Erstmals gab es nun in Europa Bananen aus Zentralamerika, die nicht von den großen Konzernen, sondern vom Land selbst produziert und vermarktet wurden. Die »Nica-Banane« war da – eine politische Frucht mit klarer Botschaft und Geburtshelferin des alternativen Bananenhandels.

Es ist schon merkwürdig, die Sache mit der Banane: wer einmal »angebissen« hat, kommt kaum mehr davon los. So ging es in der Folgezeit vielen Personen und Gruppen aus dem damaligen Spektrum der Nica-Solidarität, von christlich bis antiimperialistisch, die sich unter dem Slogan »Wenn schon Bananen, dann aus Nicaragua« vereinten. Mit Power und Fantasie entwickelten sie vielfältige Aktivitäten, um die Nica-Bananen »unter's Volk« zu bringen.

Auch Solidaritätsarbeit braucht Strukturen. Aus dem Kreis der ersten AktivistInnen entstand die Arbeitsgemeinschaft Nicaragua-Bananen (kurz: AG Nica-Bananen, später in *gebana Deutschland* umbenannt), unter deren Dach *BanaFair* und *Liberación* als zunächst regional zuständige Koordinierungsstellen den praktischen Handel im Verbund mit einer umfangreichen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit vorantrieben. Daneben entwickelte sich rasch eine intensive Zusammenarbeit mit der Pionierorganisation der Bananenarbeit, der Schweizer gebana.

Etwa eine halbe Million Mark kam so durch den alternativen Bananenhandel zwischen 1986 und 1993 an »Solidaritätsbeiträgen« zusammen. Finanziert wurden mit dieser Mehrpreiszahlung verschiedene Sozial-Projekte in der Bananenregion Nicaraguas sowie die Arbeit der LandarbeiterInnengewerkschaft ATC.

Was wir alle in dieser Zeit gelernt haben ist die Erkenntnis, daß es nicht nur um »Nicaragua« geht. Nicht umsonst spricht Eduardo Galeano von der »Bananisierung Zentralamerikas« und meint damit die Degradierung einer ganzen Region zu den sprichwörtlichen »Bananen-Republiken«: die totale Durchdringung sämtlicher ökonomischer und politischer Strukturen von den Interessen der transnationalen Konzerne. Denn seit mehr als einem Jahrhundert ist das Geschäft mit dem »gelben Gold« in der Hand weniger Multis, deren Namen jedem von uns geläufig sind: *Chiquita, Dole* und *Del Monte*. Nur ein Bruchteil dessen, was Bananen im Handel kosten, fließt in die Produzentenländer zurück. Den Preis für unsere billigen Bananen zahlen Hunderttausende von PlantagenarbeiterInnen, mit niedrigen Löhnen, gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen und der Vergiftung ihrer Umwelt. Die Banane ist eine klassische Kolonialware. Unabänderlich?

Es gibt immer wieder Initiativen und Aufbrüche, die

Rudi Pfeifer, BanaFair

an den scheinbar zementierten Strukturen rütteln. Nachdem sich nach dem Regierungs- und Politikwechsel in Nicaragua wieder der US-Multi Dole festsetzen konnte, startete 1993 eine Gruppe mittelgroßer privater Produzenten aus Costa Rica mit Ihrer Eigen-Marke »*Pablitos*« einen weiteren Versuch in die Unabhängigkeit. Auch im Alternativ-Handel wurden diese Bananen akzeptiert, wenn auch Abstriche in den produktbezogenen Kriterien zu machen waren. Immerhin erschienen sie als Beste aller real existierenden Möglichkeiten. Und daß die Banane, die »paradiesische Frucht« (Musa paradisiaca) in Wirklichkeit nicht von dort kommt, ist eine sehr profane, aber notwendige Erkenntnis. Vielleicht war die »*Pablitos*«-Banane gerade deswegen so gut für die *BanaFair*-Arbeit geeignet, weil sie neben den positiven Ansätzen alle Ungereimtheiten, Widersprüche und Probleme der Bananenwelt in sich trug? Entwicklungspolitisches Lernen gelingt eben nur entlang der Brüche der Realität.

Mit den Bananen aus Costa Rica wurden auch die Kontakte dorthin intensiviert. Der größte Teil der »Solidaritätsbeiträge« floß ab 1994 in soziale und politische Befreiungsprojekte der Menschen und Organisationen, die am stärksten von den Negativauswirkungen der herkömmlichen Bananenindustrie betroffen sind. Nicht nur mit Geld wurden die Gewerkschaften der BananenarbeiterInnen und das Netzwerk von Basisorganisationen Foro Emaús unterstützt. Hier wird eines der zentralen Merkmale der *BanaFair*-Arbeit deutlich: Ziel ist nicht eine ausschließliche Begünstigung weniger ausgewählter ProduzentInnen, sondern eine strukturelle Veränderung in der Bananenindustrie. Fairer Handel hat seine Grenzen.

BanaFair arbeitet exemplarisch. Der alternative Handel ist eingebettet in eine entwicklungspolitisch qualifizierte Informationsarbeit, die bei den KonsumentInnen das Bewußtsein für ungerechte Handelsstrukturen schärfen soll. Mittlerweile stellen die von *BanaFair* (mit)initiierte Bananen-Kampagne und die Auseinandersetzung mit der EU-Bananenmarktordnung einen besonderen Arbeitsschwerpunkt dar. Die Einführung der EU-Marktordnung hat durch ihre quotenbedingte Umverteilung von Absatzmärkten den Kampf um Marktanteile weiter verschärft. Kostendruck im Markt wird in die Produktion weitergegeben. Auf den Plantagen wird rationalisiert und noch mehr Produktivität aus den ArbeiterInnen herausgepreßt. Die Einkommen von unabhängigen Kleinbauern sinken. Selbst etwas größere private Produzenten können dem Preisdruck der Bananenmultis nicht standhalten. Politische Forderung *BanaFairs* im Verbund der Bananen-Kampagne und des europäischen Netzwerkes *EUROBAN* ist daher eine entwicklungspolitisch sinnvolle Reform der Marktordnung. Bananen, die unter Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards produziert und fair gehandelt werden, sollen dadurch bessere Absatzmöglichkeiten erhalten. Wieweit das jüngste WTO-Urteil gegen die Marktordnung dafür noch Spielraum läßt, bleibt fraglich.

BanaFair hat sich in den Jahren seiner Geschichte konsolidieren und als qualifizierte Fair-Trade-Organisation mit politischer Zielsetzung etablieren können. Der alternative Handel ist dabei die ökonomische Basis für alle Vereinsaktivitäten, die umfangreiche Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die anerkannte Projektarbeit in Zentralamerika, die vielfältigen Versuche, tragfähige politische und ökonomische Alternativen zu entwickeln. Die Verbindung von alternativem Handel mit bewußtseinsbildender Begleitarbeit in der Öffentlichkeit und entwicklungspolitischer Projektarbeit vor Ort steht als Konzept genuin hinter *BanaFair*. (Alltags)handeln ist als politisches Handeln zu begreifen. Dies unterscheidet uns von kommerziell durchaus erfolgreicheren Fair-Trade-Initiativen im Kontext der Siegelorganisation *Max Havelaar* in Holland und der Schweiz. *BanaFair* hat diese Dimension sicher nicht in den fairen Handel eingeführt, hält aber beharrlich an ihr fest.

Veränderungen allerdings wird es erneut beim Produkt geben. War der Schritt von den »Nica«-Bananen zu den »*Pablitos*« im Jahre 1993 noch eher ein unfreiwilliger, so wird derzeit die Einführung einer »anderen Banane« aktiv vorangetrieben. Diese Weiterentwicklung der Handelspraxis geschieht auf dem Hintergrund einer konsequenten Umsetzung der entwicklungspolitischen Zielvorstellungen von *BanaFair*. Der beispielhafte Ansatz erlaubt, jeweils mit den ProduzentInnen zusammenzuarbeiten, mit denen aus historischen, praktischen oder politischen Gründen die größte Übereinstimmung in entwicklungspolitische Kategorien zu erzielen ist.

Im besten Sinne des Wortes geht es dabei um Entwicklungsprozesse, bei denen die solidarische Kooperation auf eine langfristige Veränderung abzielt. Das Wunder, daß unmittelbar etwas Gutes passiert, wenn man/frau in eine faire Banane beißt, ist auch künftig nicht zu erwarten. Der »faire Handel« bleibt auch beim Produkt Banane nicht frei von Widersprüchen. Doch: verstanden als Bündnis von kritischen KonsumentInnen mit Organisationen der BananenarbeiterInnen und kleineren ProduzentInnen ist er zumindest ein lohnenswerter Versuch, die Bedingungen für ein Stück mehr an Gerechtigkeit zu verbessern. Oder, wie es Doris Calvo vom Frauensekretariat der costaricanischen Gewerkschaften formuliert: »Ich wünsche mir, daß die Menschen, die eine Banane in die Hand nehmen, daran denken, daß hinter jeder Frucht Schicksale stehen. Und daß wir, die Arbeiterinnen und Arbeiter, es auch verdienen, gut zu leben.« ●

Foto: BanaFair e.V.

DAS FORUM BANANE IV

Faire Bananen in den (Super-)Markt ?

Mit den Chancen und Risiken der Einführung fair gehandelter Bananen im kommerziellen Handel beschäftigte sich das »FORUM BANANE IV«, zu dem die Bananen-Kampagne nach Nürnberg einlud. Dabei sollten Engagierte aus der entwicklungspolitischen Basis auf den aktuellen Stand der Diskussion gebracht und ein Konzept für das weitere Vorgehen der Kampagne erörtert werden. Im Zentrum des Forums stand die Frage, ob es eine Zusammenarbeit mit dem kommerziellen Handel geben soll. Und vor allem: Unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Erfolgsaussichten?

Stefan Zech, Weltladen Marburg ● Seit ihrer Gründung arbeitet die Bananen-Kampagne daran, Sozial- und Umweltstandards in der Bananenproduktion durchzusetzen und den fairen Handel mit den Früchten zu fördern. Weil soziale und ökologische Mindeststandards in der Bananenproduktion innerhalb der EU-Marktordnung derzeit nicht durchsetzbar sind, ist es nun die Strategie der Bananen-Kampagne, dafür BündnispartnerInnen im kommerziellen Handel zu finden. Wie kann der deutsche Bananenmarkt reformiert werden, so daß der tonnenweise Konsum der krummen Frucht nicht die Ausbeutung der Arbeitenden und der Umwelt nach sich zieht?

Die TeilnehmerInnen des Forums bezeichneten eine Öffnung zum kommerziellen Handel als notwendig, um aus der Nische zu treten. Es liegt ein Widerspruch darin, mit rein marktwirtschaftlichen Strukturen zusammenzuarbeiten, die man eigentlich verändern will. Wenn man mit dem Handel essen geht, wird man kaum selbst das Restaurant aussuchen können und wird außerdem wahrscheinlich stolz als die neue Freundin vorgeführt. Kann man dann noch kritische Informationsarbeit leisten? Und schiebt man die Verantwortung für ausbeuterische Strukturen nicht auf den/die böseN PlantagenbesitzerIn ab und macht den Bock zum Gärtner?

Es kommt also auf die Rahmenbedingungen an, wie eine solche Öffnung angegangen wird. Dabei verständigte sich das Forum auf drei notwendige Handlungsrichtungen: Erstens eine Intensivierung der Öffentlichkeits- und Pressearbeit, um den Rummel um eine Markteinführung zur Bewußtseinsbildung nutzen zu können. Zweitens die Entwicklung eines FairTrade-Siegels, das auch den kommerziellen Handel in die Pflicht nimmt. Und drittens die Weiterentwicklung des »alternativen Handels« als strukturverändernes Modell. Daneben soll die politische Arbeit für soziale und ökologische Normen fortgeführt werden.

Der Wettlauf zur »Fair-Siegelung« der Banane hat inzwischen begonnen, denn der Transfair e.V. hat auch ein Auge auf die Banane geworfen. Ein einheitliches, unabhängig kontrolliertes Siegel ist wohl nötig, damit Worte wie »gerecht« oder »fair« nicht zu reinen Marketing-Luftblasen werden und zur Imagekosmetik mißbraucht werden können. (Mit einer Werbekampagne versucht der Chiquita-Konzern beispielsweise derzeit, sich ein positives Öko-Image zu geben. An der Umweltbelastung auf den Plantagen hat sich jedoch sehr wenig verändert, die sozialen Bedingungen wurden sogar ganz ausgeblendet.)

Bei der Formulierung von Siegelkriterien besteht die Schwierigkeit, daß es unterschiedliche Ansätze eines gerechteren Bananenhandels gibt, die die Früchte unterschiedlich teuer machen: Eine Bananenplantage ist derzeit schon lobenswert, wenn auf ihr immerhin das Arbeitsrecht (Normen der Internationalen Arbeitsorganisotion ILO) und grundlegendste Umweltstandards eingehalten werden. Der Ansatz des fairen Handels geht allerdings darüber hinaus. U.a. bevorzugt er KleinbäuerInnen und trägt zur Verbesserung ihres Lebensstandards durch »fairere« Konditionen und die Unterstützung konkreter Projekte bei. Der alternative Handel hat sich darüber hinaus die Veränderung der Handelsstrukturen durch politische Öffentlichkeits- und Bewußtseinsarbeit und den Aufbau partnerschaftlicher Handelsstrukturen zum Ziel gesetzt. Zu diesen zählt eine konzernunabhängige Produktion und Vermarktung, eine langfristige Zusammenarbeit und die Mitfinanzierung sozialer und politischer Projekte (z.B. Aufbau von Gewerkschaften).

Als Leitmotiv für die Kriterien wird die soziale und ökologische Nachhaltigkeit bezeichnet. Was das für die Bananenproduktion heißt, soll in einem gemeinsamen Diskussionsprozeß mit Zusammenschlüssen von BananenproduzentInnen geklärt werden. Zu den noch offenen Fragen zählt auch, ob und unter welchen Bedingungen eine Kooperation mit Transfair möglich bzw. überhaupt vermeidbar ist und welche Ansprüche an die Praxis der Handelsunternehmen gestellt werden müssen bzw. können. Generell ist es in diesem Prozeß wichtig, die ProduzentInnen nicht zu Objekten unserer politischen Arbeit und unseres guten Willens zu machen, sondern sie gleichberechtigt miteinzubeziehen. Für den »Zusammenschluß der Kleinbauern von Talamanca« (APPTA) in Costa Rica, die biologische Bananen und Kakao anbauen und vermarkten, äußerte Walter Rodriguez seine Erwartungen an den fairen Handel auf dem Forum. Seine Genossenschaft ist v.a. auf einen sicheren Absatz zu gerechten Preisen angewiesen.

Der Flirt mit dem kommerziellen Handel hat begonnen. Zwei mittelständische Fruchthändler wurden zu einem ersten Rendezvous in Form einer Podiumsdiskussion geladen, um zu sehen, ob auch sie Herzklopfen ver-

Fortsetzung auf Seite 8

EL ROJITO, HAMBURG

Fairer Handel

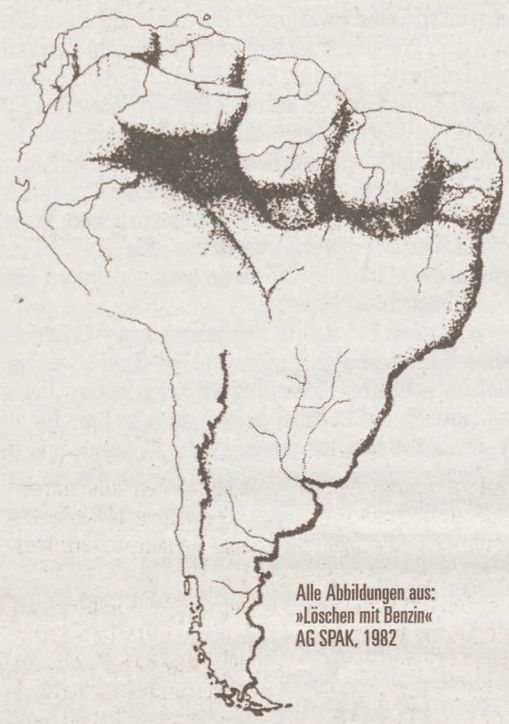
Der politische Kaffeehandel

El Rojito (deutsch: 'kleine rote Kaffeekirsche' oder 'der kleine Rote') hat sich 1987 als Solidaritätsgruppe mit der sandinistischen Revolution in Nicaragua gegründet. Es ist ein Verein, der jetzt 10 Jahre lang über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Nicaragua informiert hat. Inzwischen dehnt sich die Info-Arbeit auf andere Länder Lateinamerikas aus.

Trotz starker Umsatzsteigerungen arbeiten die Leute (immer etwa 8 bis 10 Menschen) seither als selbstorganisiertes Kollektiv. Zwei Männer (P., Erzieher, Holzfäller und Student seit 2 Jahren und U. , ein Sozialpädagoge, seit 10 Jahren) haben jeder eine halbe Stelle (gleiche Bezahlung, incl. aller Sozialleistungen) und haben sich über die Jahre, z.B. in die EDV, den Handel oder den Darlehensbereich eingearbeitet. Darüber hinaus gibt es »Soli«-Mitglieder des Vereins, die als Aushilfskräfte mitarbeiten. Die beiden Teilzeitkräfte arbeiten im Laden/Lager, das an zwei Tagen auch zum Direktverkauf (verschiedene Kaffeesorten, frisches Mahlen, Tassen, Schokolade, Rum, Zeitungen, Info-Broschüren etc.) geöffnet ist. Da auch die Bioläden im Stadtteil El Rojito Kaffee im Sortiment haben, hält sich der Ladenverkauf in engen Grenzen. Die »Werbung« von El Rojito spricht für sich: »Wir verkaufen keinen Kaffee, sondern eine Idee.«

Die Kaffee-Kooperative gibt ein regelmäßiges Info zum Kaffehandel heraus, um aktuelle Informationen über den auf den Kaffeetüten abgedruckten Text hinaus zu geben. 1994 wurde diese Öffentlichkeitsarbeit plötzlich eingestellt, als die Gruppe in eine schwere Krise geriet. Damals wurde der Gruppe und in der Öffentlichkeit bekannt, daß ein Gruppenmitglied eine Frau vergewaltigt hat. Im Verlauf der folgenden gruppeninternen Diskussion drohte die Gruppe auseinander zu fallen. Wer sich näher für die in diesem Zusammenhang geführten in- und externen Diskussionen interessiert, kann dazu eine Dokumentation anfordern. Nachfolgend veröffentlichen wir den Text des nach drei Jahren erschienenen aktuellen Infos zur Arbeit der Kooperative:

»Wir haben mit einer Bestandsaufnahme der Beziehungen zu unseren HandelspartnerInnen und den von



Alle Abbildungen aus: »Löschen mit Benzin« AG SPAK, 1982

uns unterstützten Projekten begonnen. Einige Ergebnisse daraus sind in diesem Info zu finden. Die Bilanz hat uns zu einer Neubewertung unseres Handels geführt: Eine gezielte Unterstützung revolutionärer oder radikal strukturverändernder Bewegungen ist aus mehreren Gründen nicht mehr möglich; damit verliert der Handel einen Teil seines politischen Anspruchs. Er kann aber weiterhin ein Beispiel für ethisch vertretbaren wirtschaftlichen Austausch und Mittel zur Entwicklung möglicherweise zukunftsweisender Strukturen drüben und hier sein. Auch dazu mehr in diesem Text.

Wie richtig diese Einschätzung war, wie weit wir aber von einer Umsetzung noch entfernt sind, zeigten die Ereignisse im Kaffeehandel dieses Jahres, die im Mitka-Info treffend mit »Pleiten, Pech und Pannen« überschrieben sind. Was passiert ist und wie wir darauf reagiert haben, ist ein Schwerpunkt dieses Infos.

Wie wir hoffen, können wir damit allen an »Entwicklungs«fragen und alternativem Handel Interessierten spannende Beispiele für Entwicklungen geben, die wir so nie befürchtet haben, die aber vielleicht Anlaß zum Lernen und Weiter»entwickeln« bei uns sein können. Entwicklungen, die wir damit höchstens am Rande meinen: Uli, unser Hauptamtlicher und Buchhalter, ist ausgeschieden und organisiert jetzt als Geschäftsführer der MITKA für mehrere Gruppen den Kaffeeimport und die Verteilung; der Handelsbereich funktioniert nun auch bei uns weitgehend auf Basis bezahlter Arbeit und nicht mehr ehrenamtlich. Hier sind hauptamtlich jetzt Pyt und Magnus die Ansprechpartner. Unsere politische und Infoarbeit wird natürlich weiter ehrenamtlich gemacht.

Handel, Handelspartner und Projekte

Um alle wieder auf den aktuellen Stand zu bringen und über wesentliche Veränderungen in den letzten Jahren zu informieren, möchten wir unsere Handelsform, unsere Partner und Projekte kurz vorstellen. Während des Sandinismus wurde als Aktion mit hohem politischem Symbolwert Nicakaffee von der staatlichen Außenhandelsorganisation bezogen. Damals (1987) sollte ein direkter Beitrag zur Unterstützung der Revolution geleistet und vor allem gegen die US- und BRD-Politik gegenüber Nicaragua protestiert werden. Seitdem hat sich unser Handel allerdings ziemlich gewandelt.

Handelsform

Unser Kaffeehandel soll aber auch heute noch völlig anders funktionieren als der »normale«:

- wir importieren direkt und ohne Zwischenhandel im Produktionsland oder in der BRD, d.h. ohne Beteiligung der Kaffeekonzerne;
- wir kalkulieren nach dem Selbstkostenprinzip, also ohne Gewinnabsicht;
- wir kaufen nur bei Kooperativen ein;
- wir finanzieren die Ernte teilweise vor, um die Produzentinnen nicht in die Verschuldung bei unseriösen Zwischenhändlern zu treiben;
- wir zahlen einen stabilen und garantierten Mindestpreis (1,32 $/452g), der zeitweise (z.B. im Mai 1993 doppelt so hoch war, wie der Weltmarktpreis. Sollte der Weltmarktpreis diese Höhe erreichen, zahlen wir 10% mehr. Damit können die ProduzentInnen ihre Existenz sichern und es bleiben Mittel zum Aufbau materieller und sozialer Projekte. Für den biologisch angebauten Kaffee ist der Mehrpreis noch etwas höher. Dadurch wurde diese Produktionsform für einige der Fincas erst möglich;
- wir erheben eine zusätzliche Spende, mit der LandbesetzerInnen unterstützt werden. Ein kleiner Teil kommt auch unserer Öffentlichkeitsarbeit zugute.

Handelspartner

Bisher haben wir den Kaffee hauptsächlich von vier Lieferantengruppen bezogen. In diesem Jahr sollte ein weiterer Verband einbezogen werden.

AGROCAFE

Nach der Wahlniederlage der Sandinisten 1991 sollten gesellschaftliche Kräfte unterstützt werden, die neoliberalen Umwälzungen durch Organisation größerer Bevölkerungsgruppen eine Gegenmacht entgegenstellen könnten; besonders sollte die Reprivatisierung kollektiven Eigentums verhindert werden.

Im Kaffeehandelsbereich bot sich die LandarbeiterInnengewerkschaft ATC als bereits bekannter Partner und starke Organisation an. Die Gewerkschaft übernahm einige der ehemaligen Staatsbetriebe und wandelte sie in Genossenschaftsbetriebe unter einem gemeinsamen Dach (AGROCAFE) um. Damit begann ein nichtendenwollendes Tauziehen mit der Regierung um dieses Land. Zum Teil konnte das Land inzwischen gekauft und damit legalisiert werden, z.T. droht noch heute eine Rückgabe an die ehemaligen Großgrundbesitzer.

Die Mehrpreisgelder wurden verwendet für produktive Investitionen, Nothilfe, Bildung, Kindertagesstätten und Frauenkliniken. Die Öffentlichkeitsarbeit hier sollte nun am Beispiel Kaffee über den ausbeuterischen Charakter des Weltmarktes informieren. Als Anknüpfungspunkt für inhaltliche Diskussionen sollte die Situation selbstverwalteter Betriebe da und hier dienen. Die Gewerkschaftsarbeit und die Genossenschaftsbetriebe entwickelten sich jedoch in eine andere Rich-

FORUM BANANEN IV:

Anmerkungen einer Teilnehmerin

Marion Diehl, Weltladen Unterwegs e.V., Mainz ● »Die Bananen-Kampagne plant die Einführung einer fairen Banane auf dem (Super-)Markt, die sowohl ökologische als auch soziale Kriterien erfüllt.« Mit diesem Satz in der Einladung zu diesem Forum, das im März 1997 in Nürnberg stattfand, wurde klargestellt, worüber nicht diskutiert wird: ob eine »faire« Banane im Supermarkt eingeführt werden soll. Es ging und geht um das wie: welche Kriterien muß eine »faire« Banane erfüllen, wie kann der Fruchthandel von dem Sinn und Zweck einer »fairen« Banane überzeugt und zur Mitarbeit gewonnen werden, welche Chancen hat diese Banane, wie geht der Alternative Handel damit um, ...

Wieder einmal werden vor allem zwei Argumente herangezogen, um den »notwendigen« Gang in den Supermarkt zu begründen: die Interessen der ProduzentInnen, die nach größeren Absatzchancen suchen und der Wunsch (die Notwendigkeit?), die »faire« Handelsschiene auszudehnen, mehr KonsumentInnen zu erreichen, die Marktnische zu vergrößern. Legitim sind diese Gründe allemal und aus Erfahrungen der Vergangenheit wurde gelernt: statt sich in Diskussionen über den (politischen) Sinn und Zweck für den Gang in den Supermarkt zu zerreiben, wird ganz pragmatisch über die Methode diskutiert. Die Weltläden und Aktionsgruppen sind in diesen Diskussionsprozeß eingebunden, denn sie konnten ja nach Nürnberg kommen und ihre Meinung kundtun. Damit mich jetzt niemand falsch versteht: Ich begrüße eine »faire« Banane im Supermarkt (wundere mich höchstens über das ausbleibende Getöse in der »Bewegung«), denn sie ebnet den Weltläden und Aktionsgruppen den Weg, sich positiv im KundInnenbewußtsein zu verankern.

Aus folgendem Grund: Die Vereinbarung der Kriterien für ein »faire« Banane findet zwischen den ProduzentInnen, der Bananen-Kampagne und den hiesigen FruchthändlerInnen statt. In diesem Diskussionsprozeß werden alle von ihren Interessen/Forderungen ein wenig abgeben müssen, sonst kann eine Vereinbarung nicht erzielt werden. Wie ein solches Ergebnis aussehen kann, hat uns TransFair vor Augen geführt. Anders als die gepa bei der Einführung des Trans-Fair-Siegels wird sich banafair nicht an die »faire« Banane dran hängen. Konkret: banafair wird weiterhin eine »alternative« Banane ausschließlich im Vertriebsbereich Weltläden/Aktionsgruppen anbieten. Den Weltläden/Aktionsgruppen erwächst also eine »faire« Konkurrenz, gegen die es sich abzusetzen gilt, indem die Unterschiede deutlich gemacht werden. Unsere Chance besteht aus meiner Sicht darin, daß wir als Einzelhandelsgeschäfte wie als Aktionsgruppen, direkten KundInnenkontakt haben. Unsere Werbe-, Marketingstrategie über alle denkbaren Veranstaltungen kann sich, wohltuend, weil anders aufgemacht von der Werbestrategie für die »faire« Banane abheben - ohne sie schlecht zu machen. Und trotzdem können wir die Einführung einer »fairen« Banane im Supermarkt nutzen, um uns »dranzuhängen«: Wir werben eben nicht damit, daß auch wir eine »faire« Banane verkaufen, sondern daß unsere Banane eine Alternative darstellt.

Nach dem Höhenflug zurück auf den Boden der Tatsachen: positiv absetzen, den eventuellen Run auf die »faire« Banane im Supermarkt für unsere »alternative« Banane nutzen – wer zahlt die Werbekampagne? Dieses Mal wird es keinen Anteil von Lizenzgeldern geben. Und: können wir uns die Begriffsverwirrung - hier »fair«, dort »alternativ« erlauben? Wen erreichen wir noch als KundInnen? Diejenigen, die zuhören wollen (und können!), kaufen eh bei uns ein. Also eine Ausweitung unserer Kundschaft mit Hilfe der Banane – eine Utopie?●

FORTSETZUNG VON SEITE 7

spüren. Angesichts des erotischen Reizes zusätzlicher Kundschaft blinzelten beide unzweideutig mit den Augen. »Faire« Arbeitsbedingungen seien ja nun wirklich ein unterstützenswertes Ziel. Hingebungsvolle Liebe lag allerdings nicht in ihren Augen: Der Gedanke, daß sie für die Produktionsbedingungen der von ihnen gehandelten Früchte mitverantwortlich seien, lag für sie jenseits ihres betriebswirtschaftlichen Horizontes.

Die Gesprächsbereitschaft des kommerziellen Handels bietet neue Perspektiven, verwundert allerdings auch nicht. Schließlich ist man in der Welt der Massenproduktion darauf angewiesen, immer neue scheinbare Unterscheidungsmerkmale der Marken (was ist besser Chiquita oder Tropical Eden?) schaffen zu können. Zur Schaffung eines positiven Images wird das Bedürfnis vieler KonsumentInnen, beim Einkaufen ethisch und umweltbewußt zu handeln, gerne ausgenutzt. Die Realität bleibt meist hinter den geschickten PR-Kampagnen zurück. Die Bananen-Kampagne muß in diesem Umfeld klare Kriterien im Umgang mit dem real existierenden Lebensmittelhandel finden und eine Strategie entwickeln, in der die Veränderung unhaltbarer Strukturen das oberste Ziel bleibt.●

INFORMATION:

Die hier abgedruckten Infos zu BanaFair stammen aus dem BanaFair-Info 10/97. Dieses Infoheft und weitere Materialien können bestellt werden über: BanaFair e.V., Langgasse 41, D-63571 Gelnhausen, Tel. (0 60 51) 1 63 50, Fax 1 62 60, E-Mail: banafair@link-f.rhein-main.de

WER IST BANAFAIR ?

Nachdem 1985 das Handelsembargo der USA die nicaraguanischen Bananen auf den europäischen Markt gezwungen hatte, griffen in der BRD eine Reihe von Gruppen, Organisationen und engagierten Einzelpersonen eine Schweizer Aktionsidee auf: »Wenn schon Bananen, dann aus Nicaragua!« Erstmals gab es Bananen aus Zentralamerika, die nicht von einem der Bananen-Multis, sondern vom Land selbst, in eigener Verantwortung, produziert und vermarktet wurden.

Die Arbeitsgemeinschaft Nicaragua-Bananen wurde zur Koordinierung und organisatorischen Absicherung der Bananen-Arbeit gebildet. Ihr Ziel: die Absatzchancen für die Nica-Bananen zu verbessern, bei KonsumentInnen beispielhaft das Bewußtsein für ungerechte Welthandelsstrukturen zu schärfen und konkrete Solidaritätsarbeit zugunsten der ArbeiterInnen in den Plantagen Nicaraguas zu leisten.

Die praktische Umsetzung lag in der Hand regional zuständiger und verantwortlicher Büros, darunter BanaFair e.V. in Gelnhausen. Der Verein übernahm neben einer umfassenden Informations- und Öffentlichkeitsarbeit auch die Verantwortung für den Aufbau alternativer Handelsstrukturen.

Im Jahr 1993 hat sich die AG Nica-Bananen als bundesweite »Dachorganisation« in Arbeitsgemeinschaft Gerechter Bananenhandel (gebana) umbenannt. Sie arbeitet eng mit der gleichnamigen schweizerischen Organisation zusammen, u.a. im Bereich der Projekt- und Grundsatzarbeit.

Ebenfalls in 1993 mußte Nicaragua aus ökonomischen Gründen seinen eigenständigen Export nach Europa aufgeben, der US-Multi Dole kauft seither wieder die Produktion auf. Auch im Alternativ-Handel gibt es daher keine Nica-Bananen mehr: seit Herbst 1993 werden statt dessen Bananen von kleineren/mittleren nationalen Produzenten aus Costa Rica importiert und mit einem Aufschlag für soziale und politische Projekte zugunsten der ArbeiterInnen verkauft.

Schwerpunkte der Arbeit von BanaFair sind derzeit:

- Unterstützung der Gewerkschaften in Zentralamerika
- Ausbau von weiteren Kontakten zu Kleinproduzenten in Zentralamerika und in der Karibik
- Auseinandersetzung mit dem Thema EU-Binnenmarkt
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in der BRD
- Ausweitung der Diskussion um den »fairen Handel« mit Bananen
- Zusammenarbeit mit entwicklungspolitischen Organisationen in der BRD bzw. innerhalb Europas.

Bei BanaFair ist die Koordinationsstelle der bundesdeutschen Bananen-Kampagne angesiedelt.

BanaFair ist Kontaktstelle für die Arbeitsgemeinschaft Gerechter Bananenhandel (gebana) in Deutschland und Mitglied des europäischen Bananen-Netzwerkes EUROBAN (European Banana Action Network).

BanaFair finanziert sich zwar weitgehend aus dem alternativen Handel, ist aber zur Absicherung der Arbeit dringend auf Spenden angewiesen. Vor allem die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit ist uns wichtig, aber teuer. Deshalb bitten wir um Unterstützung durch Deine/Eure/Ihre Spende:

Kto.Nr. 716 057, Raiffeisenbank Nordspessart, BLZ 507 631 89

BanaFair ist ein eingetragener und gemeinnütziger Verein. Spendenbescheinigungen werden automatisch zum Jahreswechsel ausgestellt.●

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Fairer Handel

Die Erde gehört allen nicht den Reichen

tung, als von uns erhofft. Die Gewerkschaft ATC wurde nie zu einer wirklichen Vertretung der LandarbeiterInnen.

Die Beteiligung der LandarbeiterInnen an ihren Betrieben wurde nicht basisnah, sondern zentralistisch organisiert. Die ArbeiterInnen wurden nicht gemeinsam BesitzerInnen ihrer Finca, sondern »AktionärInnen« am Gesamtbetrieb. Damit wurde ein starker Vorstand geschaffen, der mit den Regierungsstellen hart verhandeln konnte.. Der früher angekündigte und von uns erhoffte Aufbau einer breiten Genossenschaftsbewegung kam nicht zustande. Die Leitung konzentrierte sich auf den Gesamtbetrieb und handelte so, daß es für ihn vorteilhaft war, aber zuweilen einzelne Fincas und erst recht nicht angeschlossene besetzte Betriebe im Stich gelassen wurden. Außerdem schufen einzelne FunktionärInnen für sich persönlich sehr vorteilhafte Posten und es kam zu Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Mehrpreisgeldern. Ob durch eine andere Organisationsform eine positivere Entwicklung möglich gewesen wäre, oder es zu einer schnellen Zerschlagung des Verbandes gekommen wäre, ist natürlich völlig offen.

Zeitweilig herrschte eine äußerst gespannte Atmosphäre zwischen unserem Vertreter in Nicaragua und FunktionärInnen von AGROCAFE. Nach einem Vorstandswechsel bei AGROCAFE und einer realistischeren Sichtweise der Handlungsmöglichkeiten eines solchen Verbandes scheint eine begrenzte Zusammenarbeit wieder möglich.

ECOCOONIC

Von diesem Kooperativenzusammenschluß beziehen wir unseren Biokaffee, den Organico. Die Kooperativen sind aus der sandinistischen Landreform hervorgegangen und haben selbst den Entschluß zum Bioanbau gefaßt. Die MITKA, unsere Einkaufsorganisation, war der erste ausländische Abnehmer und hat damit den Bioanbau stabilisiert und ausbaufähig gemacht. Inzwischen werden die Kooperativen von Interessierten aus ganz Mittelamerika besucht, um Verfahren und Chancen des Anbaus kennenzulernen. Wir haben die Handelsbeziehungen weniger aus politischen Gründen aufgenommen, sondern weil wir den von Koops eingeschlagenen Weg für erfolgversprechend und beispielhaft hielten.

Die Zertifizierung erfolgt, soweit dies die EU-Richtlinien zulassen, durch eine einheimische Organisation (CENIPAE). Der Mehrpreis für den Organico ist bisher vorwiegend in die Verbesserung der Pflanzungen, die Verarbeitungsanlagen und Wohnungen der Mitglieder geflossen. Zum Teil profitieren aber auch die Gemeinden durch Infrastrukturprojekte wie Wasserpumpe, Schule oder Wege. Zum Organico gibt es eine schon etwas ältere Produktinformation. Gelegentliche Probleme in der Zusammenarbeit sind nicht grundsätzlicher Natür, sondern eher der Person des etwas selbstherrlichen Ex-Geschäftsführers von ECOCOONIC und Schwächen auch in der MITKA-Geschäftsführung zuzuschreiben.

JIPROCOOP

JIPROCOOP wurde 1992 mit der Absicht gegründet, eine eigenständige Struktur für Kooperativen im Departamento Jinotega aufzubauen. Diese sind in einer vergleichsweise schlechten Lage, weil sie fast alle in den ehemaligen Hauptkriegsgebieten liegen, in denen es auch noch heute bewaffnete Auseinandersetzungen gibt. Der Verband entstand aus der Unzufriedenheit mit dem Kleinbauernverband UNAG, der sich immer mehr von den Bedürfnissen der kleinen ProduzentInnen entfernt hatte. Zur Zeit sind 39 Kooperativen organisiert. 1996 hatten wir erstmals eine kleine Menge Kaffee dieses Verbandes bezogen.

SOCRA und FESACORA

Aus El Salvador beziehen wir den Kaffee für unsere Marke La Cortadora von den Exportorganisationen zweier Kooperativenzusammenschlüsse. Der Vertrieb erfolgt zusammen mit der Kaffeekampagne El Salvador. Die Mehrpreisgelder werden ebenfalls von den Kooperativenverbänden nach eigener Entscheidung für Infrastruktur oder soziale Maßnahmen eingesetzt. Auch zum La Cortadora gibt es eine eigene Produktinformation.

Projekte

Zusätzlich zum Kaffeepreis sammeln wir eine Zusatzspende als Aufschlag auf den Kaffeepreis ein. Sie dient zur Finanzierung von Projekten, die gewöhnlich über das Infobüro Nicaragua in Wuppertal abgewickelt werden. Im Moment steht die Unterstützung der Fincas en Conflicto im Vordergrund der Projektarbeit. Es werden Kooperativen unterstützt, die Land besetzt haben, das ihnen aber von Alteigentümern oder der Regierung streitig gemacht wird. Die BewohnerInnen behaupten sich unter einfachsten Bedingungen abgeschnitten von z.B. Bankkrediten für Pflanzungen oder Werkzeugen. Schwerpunkte der Unterstützung sind Beratung durch CENIPAE und Einrichtung eines Kreditfonds. Hierzu gibt es auch ein Projektinfo.

Die Zusatzspende für La Cortadora, unseren Kaffee aus El Salvador, geht an die Gewerkschaft der ArbeiterInnen in den Kaffeeverarbeitungsanlagen. Diese befinden sich in der Hand von Groß(grund)besitzerInnen, die mit allen Mitteln versuchen eine gewerkschaftliche Organisation zu verhindern.

1997 – Krisenjahr auch für unseren Kaffeehandel

Bei unseren diesjährigen Importen gab es eine Reihe von Problemen. Alle ProduzentInnen hatten mit den schlechten klimatischen Bedingungen zu kämpfen. Vor der Ernte vernichtete ein Hurrikan einen Teil der Pflanzungen. Danach verzögerte sich die Weiterverarbeitung durch anhaltenden Regen, wodurch ein Teil der Ernte verdarb. Darüber hinaus waren große Teile der Kaffeepflanzungen in Nicaragua von Schädlingsbefall betroffen. Zu diesen allgemeinen Problemen kamen spezielle bei AGROCAFE und JIPROCOOP. Bei JIPROCOOP wurden 1.250 Sack Rohkaffee bestellt (dies entspricht einer Menge von 72,5 t Röstkaffee). Dieser Kaffee wurde von der MITKA gemäß unseren Handelsrichtlinien auch vorfinanziert. Die Ware wurde jedoch nie geliefert! Als wir noch vertröstet wurden, war der Kaffee längst an ZwischenhändlerInnen verkauft. Die Kontrakte waren ebenfalls schon vor der Ernte geschlossen worden. Dieser vorzeitige Verkauf ist auf die wirtschaftliche Notlage der einzelnen Kooperativen bei gleichzeitigem organisatorischen Chaos und persönlicher Bereicherung in der Verbandsspitze zurückzuführen.

Für uns ist es dabei kein Trost, daß auch andere Handelsorganisationen und -firmen wie GEPA und TRANSFAIR-Siegel-Nehmer auf die solide Fassade der Geschäftsführung reingefallen sind. Inzwischen ist unter direkter Beteiligung der ausländischen Gläubiger eine Exportfirma SOPPEXCCA gegründet worden, die die angefallenen Schulden übernommen hat und durch die nächsten Ernten abtragen will. Für uns heißt das, daß das Geld nicht verloren zu sein scheint, wir aber Jahre an die Lieferanten gebunden sind, und ihnen jede Menge Kaffee abnehmen müssen.

Daß AGROCAFE parallel die vereinbarte Liefermenge von 500 Sack eigenmächtig auf 250 reduziert hat und diese dann auch noch auf dem Weg zum Hafen gestohlen wurden, hat das Faß endgültig zum Leerlaufen gebracht. Wir standen im Frühjahr ohne konventionell angebauten Kaffee aus Nicaragua da. Lediglich der Organico kam, allerdings durch die Mißernte auch in geringerer Menge und mit z.T. enormen Verspätungen. Um unseren Handel auch dieses Jahr aufrecht erhalten zu können, sind wir damit bis zur neuen Ernte gezwungen, anderen Kaffee als üblich zu verkaufen. Er stammt aus drei Quellen: Während wir auf der Suche nach Ersatzkaffee waren, mußten wir Nicaraguakaffee vom Weltmarkt kaufen. Dieses tat uns in unserer Fairtradeseele weh, aber wie wir den KundInnen auch schon mitgeteilt hatten, war dieses die einzige Möglichkeit, dem gesamtem Projekt ein Fortbestehen zu ermöglichen. Aus Nicaragua ließ sich kein Ersatz beschaffen, aber in Peru ergaben sich Möglichkeiten. Es handelt sich um Kooperativenkaffee, den wir für die Zeit, in der wir keinen Nica SHG Kaffee haben, für die Sorten Sandino Dröhnung, Sandino Suave und Espresso verwenden. Für den Simpatico benutzen wir El Salvador Kaffee von unseren langjährigen Partnern (s.o.). Für den Organico hat die MITKA, unsere Importfirma, Ersatz aus Peru und Bolivien beschafft (mehr dazu im MITKA Info). Diese Importe dienen alle nur dazu, das Loch zu füllen, das unsere Nicaraguaprobleme dieses Jahr gerissen haben. Bei der Auswahl der ProduzentInnen zählte deshalb nur, daß es sich um Kooperativen handelt.

Veränderungen in Konzept und Praxis

Spätestens mit den Problemen, die sich in der Zusammenarbeit mit unseren HandelspartnerInnen auftaten, mußten wir unser politisches Konzept überdenken. Erste Überlegungen und Schlußfolgerungen wollen wir Euch in diesem Artikel vorstellen.

Von der ATC in Nicaragua ...

Unser politisches Konzept war bisher sehr eng mit dem Handel verbunden. Vor 10 Jahren, als sich unsere Gruppe gründete, war der Handel mit Kaffee aus dem revolutionären Nicaragua unsere politische Praxis. Gekoppelt mit einer Öffentlichkeitsarbeit zu Nicaragua bildete der Handel für uns die politische Grundlage unserer Internationalismusarbeit, denn er unterstützte die Revolution und erreichte als alltägliches Konsumprodukt hier eine relativ breite Öffentlichkeit. Nach der Niederlage der Sandinisten mußten wir diese Grundlage neu bestimmen. Von der Zielrichtung änderte sich wenig. Unsere Handelspartnerin war jetzt die ATC, die LandarbeiterInnengewerkschaft. So sollte der Handel den Austausch mit einer strukturverändernden Organisation ermöglichen. Außerdem war so gewährleistet, daß der Mehrpreis und andere Vorteile des alternativen Handels einem größeren politischen Projekt dienten. Das unterschied unseren Kaffee auch im wesentlichen von dem damals neu aufkommenden Transfair-Kaffee, der mehr oder weniger beliebige Kooperativen unterstützt und so keine breitere und strukturverändernde Wirkung hat.

Schon mit dem Organico haben wir das Konzept, auf »strukturverändernde« Organisationen zu setzen, verlassen. ECOCOONIC, und jetzt auch JIPROCOOP, sind Kooperativenverbände, die keine allgemeinpolitischen Ziele vertreten. Mit der ATC fand keine Kommunikation mehr statt. Wir steckten in unseren eigenen Problemen und haben so die Veränderungen in Nicaragua kaum noch registriert. Es kam zu den oben beschriebenen Entwicklungen, die uns deswegen so kalt erwischten, weil der Handel, und damit auch unsere HandelspartnerInnen, immer noch eine zentrale Rolle in unserem politischen Selbstverständnis einnahmen. Wir hatten bisher unser eigenes politisches Eingreifen im Handel gesehen und damit auch auf revolutionäre Organisationen in Nicaragua oder El Salvador projiziert. Es wurde also höchste Zeit, den Handel neu zu bewerten und die eigene Verantwortung zu bestimmen.

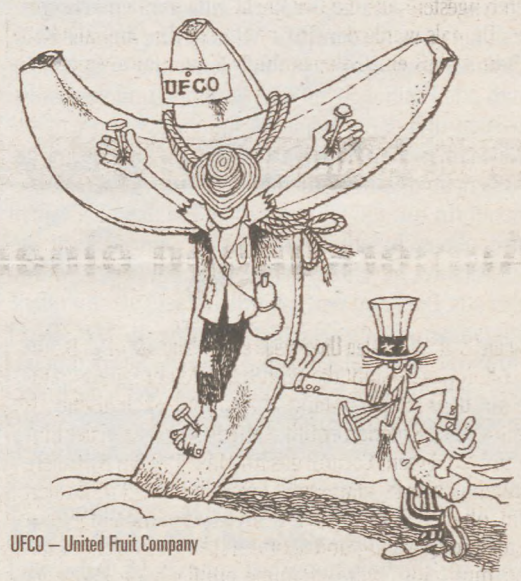
Nach wir vor ist der Handel natürlich eine wichtige Basis für unser Projekt. Es ist uns wichtig, mit wem wir zusammenarbeiten. Die Idee des Kollektivs ist für uns zentral. Wie die Kooperativen diese Idee in die Praxis umsetzen, ist für uns interessant. Wir werden uns weiter damit beschäftigen und eine Kommunikation anstreben, die über die reine Handelsbeziehung hinausgeht. Allerdings ist diese Kommunikation eben auch durch das »Geschäft« vorbelastet. Es gibt Abhängigkeiten, die eine offene Diskussion behindern, und Welten, die unseren von ihrem Alltag unterscheiden. Ein Austausch mit HandelspartnerInnen ist deshalb anscheinend hauptsächlich ein Austausch von Geld und Waren. Er eignet sich nicht zur gemeinsamen Erreichung kurz- oder mittelfristiger hochgesteckter politischer Ziele. Trotzdem behält er einen politischen Charakter durch seine Andersartigkeit. Die Handelsform ist anders (s.o.) und die Organisation der Handelnden – gemeinsamer Besitz statt Privatbesitz, Selbstorganisation statt Fremdbestimmung – ebenfalls. Der Handel soll allerdings für uns nicht die einzige Form politischer Betätigung sein. Gerade unsere Erfahrungen auf dem Gebiet der »Soliarbeit« zeigen, daß Internationalismus nicht heißen kann, sich seine politischen Freunde und Gegner möglichst weit weg zu suchen, sondern hier. Denn daß es einen engen Zusammenhang von kaputten und zerstörten Hütten drüben und friedlichen Palästen hier geben kann, muß hier gezeigt und bekämpft werden. Neue Formen des Agierens hier haben wir allerdings noch nicht entwickelt.

... zur MRTA in Peru?

Sie waren Gegenstand unserer Diskussion, als das Kommando Edgar Sanchez der MRTA in Peru die japanische Residenz besetzte, um die Freiheit von politischen Gefangenen durchzusetzen. Seit Jahren haben wir ein sehr persönliches Verhältnis zu Mitgliedern der MRTA hier in Hamburg. Nachdem zuerst einzelne aus der Gruppe sie in ihrer Arbeit unterstützt haben, hat schließlich die Gruppe als Ganzes beschlossen, die interne Diskussion zu unterbrechen und zeitlich befristet in die Arbeit für die politischen Gefangenen in Peru einzusteigen. Zu kraß scheinen uns die systematischen Menschenrechtsverletzungen in Peru und zu gleichgültig demgegenüber die öffentliche Meinung hier in der BRD, als daß wir uns weiter um uns selbst drehen können. Hier vorübergehend einen politischen Schwerpunkt zu setzen, sollte uns auch auf dem Weg zu einem eigenem Eingreifen weiterbringen. Deswegen starteten wir eine Kampagne für schwerkranke politische Gefangene in Peru. Außerdem organisierten wir eine gemeinsame Rundreise der Madres de Plaza de Mayo und VertreterInnen einer Mütterorganisation aus Peru. In Peru selber gibt es keine Organisation der Angehörigen von politischen Gefangenen, die diese direkt unterstützen. Es gibt zwar Menschenrechtsorganisationen wie APRODEH oder die CNDDHH. Deren Arbeit liegt aber eher im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, eine direkte Hilfe für einzelne Gefangene können sie nicht leisten. Organisationen von Angehörigen sind kriminalisiert worden und auch jetzt nach der gewaltsamen Stürmung der japanischen Residenz werden Angehörige wieder verfolgt und verhaftet. Um der drohenden Verhaftung zu entgehen, sind viele Familien von politischen Gefangenen nach Chile ausgewandert. Dort haben sie sich als Casa Andina de Solidaridad organisiert und betreiben neben der Unterstützung von peruanischen ImmigrantInnen eine direkte Hilfe für Gefangene in Peru (s. Kasten).

Im Zusammenhang mit unserer Entscheidung, für die politischen Gefangenen in Peru zu arbeiten, entschlossen wir uns, selber eine direkte Hilfe für die Gefangenen zu organisieren. Deswegen wird dynamo trikont die Zusatzspende, die el rojito seit dem 1.6.97 mit dem Verkauf von Peru-Kaffee einnimmt, zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Peru verwenden. Unser Schritt bedeutete nicht, das Ziel unserer Solidarität von Nicaragua nach Peru zu verlegen. Sich für die Gefangenen einzusetzen ist aber in der damaligen hochgeputschten Situation eine klare Entscheidung gewesen. Die Gefangenenfrage sollte eigentlich kleinster gemeinsamer Nenner aller fortschrittlichen Menschen sein. Für uns ist dieses Engagement aber befristet, um nicht unreflektiert in das nächste »Soliprojekt« zu geraten.●

Kontakt: El Rojito, Große Brunnenstr. 74 (HH), D-22763 Hamburg, Tel. (0 40) 390 68 98, Fax 390 45 12, E-Mail: EL_ROJITO@cl-hh.comlink.de



UFCO – United Fruit Company

PERU

Die Casa Andina de Solidaridad ist eine regierungsunabhängige Menschenrechtsorganisation. Sie wurde im Januar 1996 in Santiago de Chile von Angehörigen und Freunden der politischen Gefangenen in Peru gegründet und arbeitet auf verschiedenen Feldern. Im Vordergrund steht die direkte Unterstützung der politischen Gefangenen in Peru. Da die peruanische Regierung lediglich 60 cents für die tägliche Versorgung eines jeden Gefangenen bereitstellt, müssen deren Angehörige diese mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Medikamenten zum größten Teil selber versorgen. In diesem Bereich leistet die Casa Andina wertvolle materielle Unterstützung. Hinzukommt die Organisierung von Rechtsbeiständen für einzelne Gefangene. Daneben werden die Angehörigen von Gefangenen juristisch beraten. Aufgrund der staatlichen Repression ist es diesen bisher nicht gelungen, sich kollektiv zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten. Außerdem setzt sich die Casa Andina für das Recht auf Asyl von PeruanerInnen in Uruguay und Bolivien ein. Hierunter fällt sowohl eine juristische wie materielle Unterstützung dieser Gefangenen, Eingaben vor dem Menschenrechtsausschuß des bolivianischen Kongresses und Koordinierung mit dem bolivianischen Roten Kreuz, um die Auslieferung dieser Personen an Peru zu verhindern. Schließlich wird auch Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Hierunter fallen die Sammlung und Verbreitung von Informationen über die Haftbedingungen, die politischen Prozesse, die Politik der peruanischen Regierung und die Menschenrechtssituation in Peru. Es wurde eine nationale Kampagne zur Situation der politischen Gefangenen durchgeführt. Es besteht ein Kontakt zu den parlamentarischen Menschenrechtskommissionen in Uruguay, Chile und Kolumbien, die informiert und zum Eingreifen aufgefordert wurden. Außerdem wird sich für einen Besuch von Berichterstattern der Vereinten Nationen in Peru eingesetzt.●

MODERATION, MEDIATION UND ZUKUNFTSWERKSTÄTTEN:

Moderne Herrschafts- & Beruhigungsinstrumente ?

Jörg Bergstedt, Reiskirchen ● Aus Sicht der Politik und der Wirtschaft war es oft wichtig, auch die noch Widerstand leistenden Gruppen zu »zähmen«. Insbesondere bei Großprojekten wie Deponien, Kraftwerken, Müllverbrennungsanlagen, Flughäfen oder Chemiefirmen entstand oftmals erbitterter Widerstand der allgemeinen Bevölkerung. Würden diese Gruppen einfach durch Nichtbeachtung brüskiert, könnte sich der Widerstand verhärten. Daher wurden Konzepte der Befriedung entwickelt. Sie sind kaum zu unterscheiden von solchen Instrumenten, die tatsächlich eine bessere Beteiligung der Bevölkerung erreichen wollen, aber es in der Regel auch nicht tun, z.B. runde Tische und spezielle Planungsverfahren. Denn: Das Konzept der Befriedung von BürgerInnenprotest hat seinen wesentlichen Schwerpunkt darin, ausgewählte VertreterInnen dieses Protestes von der Straße an den Verhandlungstisch zu holen. Nach dem Motto »Solange wir miteinander reden, bekämpfen wir uns nicht« wird versucht, dem Widerstand die Härte zu nehmen und direkte Protestformen abzuwehren.

Zur Einbindung von potentiellen Widerstandsgruppen sind verschiedene Formen der Beteiligung entwikkelt worden. Sie alle lassen sich auch dafür verwenden, tatsächliche Fortschritte der Beteiligung zu erzielen, dann müssen sie aber um einige Kriterien ergänzt werden. Das wichtigste ist die Schaffung echter Mitbestimmung, d.h. die Beteiligungsformen dürfen keine reinen Debattierrunden sein, sondern müssen tatsächliche Mitspracherechte haben.

Im Mittelpunkt aller Verfahren steht eine professionelle und (scheinbar) neutrale Moderation. Sie bedeutet, daß Gruppenprozesse nicht von Führungsfiguren gelenkt, aber auch nicht aus der Gruppe heraus organisiert werden. Eine in der Regel außenstehende und bezahlte Person bestimmt die Abläufe. Ihre Aufgabe ist es, Diskussionsprozesse zu koordinieren und so zu lenken, daß alle Positionen zu Wort kommen und verstanden werden und dann möglichst faire, ergebnisorientierte Debatten laufen. Im positiven Fall kann dieses auch gelingen, im negativen allerdings übernimmt der/die ModeratorIn nur die Führungsrolle, übt diese aber nicht mit offensichtlich hierarchischen, sondern mit geschickteren, psychologischen oder ähnlichen Methoden aus. Das kann weit gefährlicher sein als eine offene Hierarchie. ModeratorInnen werden in der Regel durch die jeweils Mächtigen eingesetzt, die erkannt haben, daß Führung besser funktioniert, wenn die Untergebenen nicht nur BefehlsempfängerInnen sind, sondern ihre eigenen Ideen einbringen können und sich so mit dem Ziel, das in der Regel vorgegeben ist, besser identifizieren. Moderation ist eine Herrschaftsform.

Moderationsmethoden werden heute in weiten Bereichen der Umweltschutzarbeit angewendet. Dabei wird übersehen, daß die Förderung einer Selbstverwaltung und Selbstorganisation von Gruppen auf diesem Wege nicht gelingen kann. Moderationen können gruppeninterne Probleme lösen, sie können aber nicht dazu beitragen, die Selbstbestimmung zu fördern. Statt dessen geraten die Gruppen in die Abhängigkeit geschulter Personen, die die Gruppenprozesse statt einer Organisation »von unten« übernehmen. Zusätzlich haben Moderationen die Wirkung, daß Bedenken, Ängste usw. (z.B. bei der Vorbereitung von Projekten) durch die ModeratorInnen gestärkt und zum Mittelpunkt des Gruppenprozesses werden. Das führt zu einer Schwächung der Aktionsfähigkeit und verhindert inhaltlich klare und energische Aktionen. Statt Moderationsschulungen u.ä. sollten diejenigen, die für Selbstverwaltung und Selbstorganisation eintreten, lieber Modelle entwickeln und verbreiten, die Gruppenprozesse ohne solche Fremdsteuerung verbessern.

● **Runder Tisch:** Bei diesem Prinzip setzen sich VertreterInnen der verschiedenen Interessengruppen gemeinsam an einen Tisch und diskutieren (angeblich) gleichberechtigt. Im günstigen Falle organisiert die Menschengruppe am Runden Tisch den Gesprächsablauf und die Arbeitsform selbst. Wichtig ist die Zusammensetzung sowie die Inhalte und Ziele, doch hier beginnen in der Praxis die Probleme: Meist gibt es keinen klaren Arbeitsauftrag, ebenso hapert es bei der Zusammensetzung. Die Runden Tische sind nicht transparent, nicht alle haben den gleichen Zugang zu Informationen und Personen. Zudem gibt es meist keine Regelungen, was mit den Ergebnissen geschehen soll. Oft ist sogar unklar, ob überhaupt Ergebnisse erzielt werden sollen, welche und in welchem Zeitrahmen.

● **Agenda 21:** Agendaprozesse sind die häufigsten Fälle von »Runden Tischen«. Der Titel »Agenda« ist dabei Markenzeichen. Da die Agenda (neben konkreten Forderungen z.B. nach Ausbau der Atom- und Gentechnik) vor allem »Wischiwaschi«-Formulierungen enthält, ist eine logische Folge, daß auch die Agendaprozesse keine klaren Ziele und auch keine Kompetenzen haben. Agendaprozesse sind die Krönung wirkungsloser Debatten ohne klare Ziele, die ausschließlich der Integration dienen, d.h. potentielle Widerstandsgruppen lähmen sollen. Das gelingt auch auf breiter Front. Hinzu kommt, daß die Agendaarbeit inzwischen mit massiven Geldmitteln gepuscht wird, so daß wieder der bekannte Effekt eintritt, daß eine Berufssparte entsteht, die hauptamtlich für sich selbst einzutreten beginnt.

● **Planungszelle:** Hier werden nach repräsentativen Merkmalen bislang unbeteiligte Menschen zusammengebracht, um ein konkretes Problem zu erörtern. Eine Beeinflussung kann zwar stattfinden z.B. durch die Auswahl von ReferentInnen, die die Gruppe informieren, die Planungszelle verhindert in der beschriebenen Form aber den direkten Widerstand gegen ein naturzerstörendes Projekt nicht, weil die Widerstandsgruppen meist gar nicht vertreten sind (es sei denn, Personen aus den Gruppen werden bei der repräsentativen Auswahl zufällig benannt). Der Begriff wird von den ErfinderInnen (Uni Wuppertal, Prof. Dienel) sehr restriktiv verwaltet, d.h. eine Benutzung für Verfahren, die den Qualitätskriterien nicht entsprechen, wird untersagt. Die Planungszelle erhöht die Beteiligungsrechte nicht, sie verschleehtert sie aber auch nicht und ist auch kein Integrationstrick für mögliche WiderständlerInnen. Daher ist sie am ehesten geeignet, Planungsprozesse aufzuwerten, ohne die beschriebenen Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

● **Anwaltsplanung:** Eine oder wenige Personen mit planerischer Ausbildung stehen als Anlaufstelle für Fragen, Anregungen und Kritiken bereit. Sie nehmen folglich auch Protest entgegen und geben ihn weiter – verfälscht oder unverfälscht. AnwaltsplanerInnen werden in der Regel vom Staat, der Kommune oder der an einem Eingriff interessierten Firma bezahlt. Ihre Neutralität ist folglich kaum anzunehmen. Je nach ihrem persönlichen Verhalten können sie die Bildung und Arbeit von Protestgruppen fördern (Menschen zusammenbringen und beraten) oder verhindern (nur sich als Weg präsentieren, Kritik einzubringen).

● **Zukunftswerkstatt:** Es gibt verschiedene Vorschläge, Gruppenprozesse so zu gestalten, daß sie kreativer, mutiger und gleichberechtigter verlaufen. Einer der bekanntesten ist die Zukunftswerkstatt (von Robert Jungk). Selbst wenn aber die Ergebnisse durch die Qualität des Verfahrens interessanter werden, ist damit nichts ausgesagt darüber, ob sie auch umgesetzt werden. Zudem ist gerade die Zukunftswerkstatt ein Beispiel dafür, wie Befriedungsstrategien laufen. Das Verfahren ist vom Ablauf her überhaupt nicht geeignet, mutige Entwürfe zu entwickeln. Durch die intensive Moderation werden die Bedenken gestärkt, da ModeratorInnen es häufig als ihre Aufgabe ansehen, auch die letzten Zweifel noch solange auszubreiten, bis ein Ergebnis da ist, an dem niemand mehr Risiken u.ä. sieht. BedenkenträgerInnen und ZweiflerInnen werden gefördert, schließlich entsteht eine Stimmung, bei der aktionistische Vorschläge oder mutige, risikoreiche Konzepte gar nicht mehr vorgebracht werden, weil sie anschließend in langen Debatten zerredet werden. Außerdem hat die Zukunftswerkstatt durch ihren Verlauf bereits den Schritt von den Utopien zur Realpolitik integriert. Die TeilnehmerInnen einer Zukunftswerkstatt sind zwischen der zweiten und dritten Phase geradezu aufgefordert, ihre Utopien als Spinnerei zu bewerten und daraus realisierbare Vorschläge zu entwickeln. Es geht nicht darum, wie die Utopien zu realisieren sind, sondern Utopie- und Realisierungsphase laufen in der Regel als völlig zusammenhangslose Phasen nach dem Motto »Das war jetzt das Träumen, jetzt kommt die Realität« ab. Als Zwangsgruppenprozeß (die Bildung von Teilgruppen, die mehr Mut haben und kreative, risikoreichere Ideen ausprobieren wollen, wird erschwert) und mit Hilfe der Moderation diktiert das Gesetz »Die Ängstlichsten prägen das Geschehen« den Ausgang.

● **Mediation:** Die Steigerung der Idee, Protest zu kanalisieren, ist die moderierte Form des Gesprächsprozesses im Konfliktfall, allgemein als »Mediation« bezeichnet. Hier werden ganz gezielt die Konfliktgruppen zu Gesprächen eingeladen. Eine Auseinandersetzung soll nicht in der Öffentlichkeit stattfinden. Um zudem zu verhindern, daß der Streit im Gesprächsprozeß fortbesteht, werden Personen mit der Gesprächsleitung beauftragt, die geschult sind darin, Streitigkeiten friedlich zu lösen oder Streit zu verhindern. Die politische »Mediation« ist von ihrer Herkunft einzig und allein ein Mittel, Zerstörungsprojekte durchzusetzen und BürgerInnenproteste zu verhindern. Mediation ist parteilich, denn ihr Ziel ist nicht, herauszufinden, ob ein Zerstörungsprojekt überhaupt stattfinden muß, sondern einzig, wie es am konfliktfreiesten umzusetzen ist. Sie hat ihr Ziel erreicht, wenn auch die potentiellen GegnerInnen eines Projektes diesem zustimmen (wobei das Projekt im Gesprächsprozeß leichte Veränderungen erfahren kann, aber nie grundsätzlich zur Disposition steht. Kommt es aber zu einer Einigung, so gibt es kaum noch eine Chance für direkten Widerstand, wenn erstmal die VertreterInnen der Protestgruppen dem Vorhaben zugestimmt haben. Die MediatorInnen verstärken durch ihre Parteilichkeit für das Projekt (es ist ja ihr Auftrag, das Projekt zu ermöglichen) die Ungleichheit zwischen Wirtschaft und Behörden auf der einen sowie den Interessensgruppen auf der anderen Seite. Erstere haben ohnehin schon genauere Informationen und mehr Erfahrung.

Qualitätsanforderungen an Planungsprozesse

1. Beteiligungsverfahren dürfen keine lokalen Ablenkungsmanöver von globalen bzw. überregionalen Verschlechterungsprozessen im Beteiligungsrecht sein.

Zur Zeit erleben wir einen massiven Abbau von Beteiligungsrechten (Investitionserleichterungs- und Beschleunigungsgesetze, Änderungen im Genehmigungsrecht, Vereinfachungen im Widerspruchsrecht usw.). Dem stehen einzelne Beteiligungsformen gegenüber, die vor allem lokal angewendet werden, aber dem Abbau formaler Rechte nichts entgegenstellen. Wer mehr Beteiligung bzw. Mit- und Selbstbestimmung fordert, darf nicht schweigen zum Abbau von Rechten. Deutlich wahrnehmbare Positionen und Vorschläge müssen öffentlich geäußert werden. Wer Beteiligung stärken will, darf sich nicht nur auf das Machbare beschränken, sondern muß den Handlungsrahmen auch ausweiten.

2. Beteiligung ist nur dann sinnvoll, wenn ein Rahmen geschaffen ist, in dem geklärt ist, wie die Ergebnisse der Beteiligung auch verwertet werden sollen. Beteiligungsrechte und -verfahren gehören zusammen. Ohne formale Rechte sind auch die schönsten Verfahren wertlos. Wenn die Verwertung dessen, was mühevoll und »von unten« erarbeitet wird, vom Good-will der »da oben« abhängt, werden Menschen verarscht und als Aushängeschild benutzt. Verfahren ohne tatsächliche Rechte täuschen Beteiligung nur vor. Daher sollte die Einforderung tatsächlicher Beteiligungsrechte spätestens der erste Schritt der tatsächlichen Beteiligung sein. Wer Beteiligungen fördert, darf sich nicht darauf beschränken, daß möglichst viele Leute in möglichst angenehmer Atmosphäre und möglichst gleichberechtigt diskutieren und planen, sondern auch, daß deren Ergebnisse auch tatsächliche Wirkung haben werden. Umgekehrt sind Beteiligungsrechte ohne qualifizierte Verfahren oft reine Abstimmungen, in denen kreative Lösungsprozesse unterbleiben. Wer für Rechte kämpft oder z.B. Bürgerentscheide durchführt, sollte auch darum kämpfen, daß diese in diesen Verfahren zur Anwendung kommen, die auch tatsächlich eine Beteiligung sichern und die Mitsprache nicht nur auf das Ankreuzen von »Ja« oder »Nein« reduzieren.

3. Beteiligungsverfahren dürfen sich nicht auf Nischen zurückdrängen lassen: BürgerInnenbeteiligung ist überall notwendig und nicht nur da, wo unlösbare Konflikte bestehen oder mächtige LobbyistInnen ohnehin kein Interesse haben (soziale Brennpunkte, Industriebrachen usw.). Wo immer Beteiligungsverfahren laufen, müssen diese als zusätzlicher Grund genutzt werden, dafür einzutreten, überall eine Verbesserung der Mit- und Selbstbestimmung zu fördern. Dieses muß politisch und öffentlich eingebracht werden.

4. BürgerInnenbeteiligung darf nicht länger als begleitender Prozeß zum staatlichen Handeln verstanden werden. Mit- und Selbstbestimmung sollten in der Regel von den Ideen und Wünschen derer ausgehen, um die es geht. Zur Zeit geht BürgerInnenbeteiligung von den Mächtigen selbst aus. Diese schaffen den Rahmen, und bestimmen ihn damit. Zugleich legen sie auch den räumlichen Geltungsbereich fest, der sich stark an den bestehenden kommunalpolitischen Strukturen ausrichtet. Dieses entspricht aber oft nicht den Bedürfnissen oder Ideen der Menschen. Politische Strukturen müssen sich so verändern, daß BürgerInnen stärker und auch mit Umsetzungschancen von sich aus und unabhängig von politischen Strukturen aktiv werden. Weniger Staat – mehr Gesellschaft! Für diesen Wandel müssen die, die Beteiligungen fördern wollen, die notwendigen politischen Veränderungen einfordern (direkte Demokratie, Kommunikationsorte und -mittel, Zugang zu Informationen usw.).

5. Der Weg ist nicht das Ziel. Auch wenn viele der in Beteiligungsverfahren diskutierten Inhalte bzw. die Verfahrenstypen selbst sehr unterschiedlich bewertet werden, so muß doch in einem Punkt Klarheit und Konsens herrschen: Beteiligungsrechte und die Qualität der Verfahren sind kein Gut, was der jeweiligen politischen Praxis geopfert werden kann. »Der Weg ist nicht das Ziel« soll bedeuten, daß es nicht gleichgültig ist, welche Rechte zur Durchsetzung bestehen oder welche Qualitäten Beteiligungsverfahren haben. Die Position, das könne sich im Prozeß entwickeln (oder ähnliches) ist unpolitisch und stabilisiert die bestehenden Machtstrukturen. Beteiligungsverfahren werden zur Spielwiese in politischen Nischen. ●

(Thesen von Jörg Bergstedt zur Bundestagung für Beteiligungsverfahren (14.-16.11.1997 in Loccum)

KEHRSEITE DES US-AMERIKANISCHEN-JOBWUNDERS:

Sozialhilfe-»Reform« in den USA

Mit Juli 1997 trat in den USA der »Personal Responsibility Act« in Kraft. Die neue Sozialreformgesetzgebung soll die Abhängigkeit der Armen von der Sozialhilfe verringern und den Übergang von der Sozialhilfe in die Beschäftigung erleichtern. Tatsächlich beschleunigt diese die Auflösung des sozialen Netzes und ersetzt es durch disziplinierende und diskriminierende Maßnahmen, die die Armen der USA in den untersten Bereich des amerikanischen Arbeitsmarktes drängen und jene, die »immer noch Unterstützungsansprüche stellen, streng bevormunden sollen«.

Die Kehrseite des US-amerikanischen Jobwunders ist ein Wohlfahrtsstaat des residualen Typs in Reinform: Leistungen erbringt er für Notleidende nur im Falle eines akuten Versagens des Arbeitsmarktes und der Familie, so z.B. für Mütter mit Kleinkindern, Behinderte und Invalide. Nach dem amerikanischen Modell soll staatliche Wohltätigkeit vor allem die Marktmechanismen stärken und »den sozialen Randgruppen die harte Disziplin schlecht bezahlter Lohnarbeit« aufzwingen.

Unter diesen Bedingungen wird es möglich, bei steigender sozialer Ungleichheit und zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheit den Wirkungsbereich und das Budget für Sozialleistungen kontinuierlich zu reduzieren. Vor allem die Programme zur Armutsbekämpfung gerieten seit der ersten Reagan-Administration 1980 immer wieder ins Kreuzfeuer der Kritik.

Obwohl z.B. die AFDC-Programme (Beihilfen für alleinstehende Mütter) nicht einmal ein Prozent des Bundesbudgets ausmachte, haben sämtliche Regierungen seit Carter die Reduzierung dieser Mittel erfolgreich zu einem zentralen politischen Thema gemacht.

Einsparen durch bürokratische Hindernisse

Bei der Verwirklichung des Ziels, die Sozialausgaben zu drosseln, findet eine weitere Einsparungstechnik Anwendung: Bürokratische Hindernisse und komplizierte Bestimmungen sollen AntragstellerInnen entmutigen und somit vom Leistungsbezug fernhalten. Im Zeitraum von 1972 bis 1984 nahm die Summe der wegen Verfahrensfehlern abgelehnten Bescheide »um beinahe eine Million zu, zwei Drittel davon betrafen Familien mit rechtmäßigem Anspruch«.

»Chumming« nennen die Spezialisten die »Praxis der bürokratischen Schikane«, das mittlerweile als Anteil der ungerechtfertigt abgelehnten Anträge in den Statistiken erfaßt wird. 1973 wurden 81 Prozent der Kinder, die unter der Armutsgrenze lebten, durch AFDC-Programme unterstützt, 1988 erhielten 40 Prozent nicht mehr die finanzielle Hilfe, die ihnen zustand.

In den 90er Jahren strichen einige hochindustrialisierte Bundesstaaten, darunter Massachusetts, Pennsylvania, Michigan und Illinios, das Programm der General Assistance generell. Als Begründung wurde angegeben, daß die SozialhilfeempfängerInnen »aus der selbstverschuldeten Lethargie« gerissen und einem »heilsamen Schock der Entbehrung« ausgesetzt werden müßten, um der »pathologischen Abhängigkeit der Armen« von staatlichen Leistungen ein Ende zu bereiten.

Während die Bundesmittel für Sozialwohnungen von 32 Milliarden 1978 auf 10 Milliarden 1988 vermindert wurden, beliefen sich die Schätzungen der Obdachlosen im selben Zeitraum auf zwischen 600.000 und 4 Millionen Menschen. Im Jahre 1991 wiesen offizielle Statistiken jede dritte amerikanische Familie als »housing poor«, d.h. nicht imstande für Grundbedürfnisse und Wohnung aufzukommen, aus.

Disziplinarstaat statt Wohlfahrtsstaat

Den fortschreitenden Abbau wohlfahrtstaatlicher Funktionen begleitet ein Ausbau disziplinarischer Maßnahmen, zumindest in den unteren Rängen der Gesellschaft. Wo das alte soziale Netz sich auflöst, betreibt der Staat eine Politik, die »die Folgen des eigenen Versagens kriminalisiert«. Diese Vorgangsweise zeichnet sich durch zwei Methoden aus.

Zum einen werden die verbliebenen sozialen Dienste zu Instrumenten der Überwachung und Kontrolle ihrer Klientel eingesetzt. Der Bezug von Sozialhilfe wird an Verhaltensnormen und schikanöse bürokratische Bedingungen geknüpft. WohlfahrtsempfängerInnen müssen jede ihnen angebotene Arbeit annehmen, unabhängig von der Bezahlung und den Arbeitsbedingungen. Bei Ablehnung geht auch der Anspruch auf Sozialhilfe verloren (workfare). Der Bezug der Sozialhilfe für Familien kann auch vom Schulbesuch der Kinder abhängen (learnfare). Die zweite Methode der »repressiven Eindämmung der Armen« liegt in ihrer Verwahrung in Gefängnissen. 1970 saßen 200.000 Menschen in Haftanstalten ein, 1990 waren es bereits 825.000. Das entspricht einem Anstieg von 300 Prozent in zwanzig Jahren. In den amerikanischen Gefängnissen sitzen deutlich mehr Schwarze als Weiße. Die Gefangenenrate der Afro-Amerikaner hat sich in den letzten 12 Jahren verdreifacht und belief sich 1993 auf 1.895 pro 100.000, d.h. sie liegt fast siebenmal höher als in der weißen Bevölkerung (293 pro 100.000) und zwanzigmal höher als im europäischen Durchschnitt.

Für diesen bemerkenswerten Anstieg der Zahl schwarzer Inhaftierter kann der »Krieg gegen die Drogen« verantwortlich gemacht werden, der in Wirklichkeit ein »Kleinkrieg gegen die Dealer auf der Straße« ist. Und das vor dem Hintergrund eines allgemeinen Rückgangs des Drogenkonsums in den USA seit den 70er Jahren. Der Drogenhandel ist in den Ghettos oft die einzige zugängliche Erwerbsquelle für schwarze Jugendliche.

So war es vorhersehbar, daß dieser »Krieg« der Regierung in erster Linie in den armen Vierteln der Städte stattfinden würde. Dort ist die Polizeipräsenz besonders dicht, der illegale Drogenhandel leicht zu treffen und die soziale Ohnmacht der BewohnerInnen lädt geradezu zu repressiven Maßnahmen ein.

Diese Vorgehensweise hat dazu geführt, daß mittlerweile 56 Prozent der Inhaftierten wegen eines Vergehens gegen das Drogengesetz hinter Gittern sind. Diese Masseneinsperrungen bleiben jedoch nicht ohne finanzpolitische Auswirkungen: »Während die nationalen Mittel für Sozialhilfe abgebaut wurden, stiegen die Ausgaben der Bundesregierung für die Kriminaljustiz zwischen 1972 und 1990 um das Fünffache an, von knapp 2 Milliarden auf mehr als 10 Milliarden Dollar.« Das Budget für das Gefängniswesen wurde um das Elffache erhöht.

Die Implementierung des »Gesetzes zur Kontrolle der Gewaltkriminalität« von 1994 geht von einem Anwachsen der Häftlingszahl von 925.000 auf etwa 2,26 Millionen in den nächsten zehn Jahren aus. 100 von insgesamt 351 Milliarden Dollar, die für die Verwahrung von Gefängnisinsassen angewendet werden sollen, sind für die Errichtung neuer Gefängnisse vorgesehen.

Das Ziel der effizienten Nutzung der Mittel für den Strafvollzug führt zu einer wachsenden Privatisierung im Gefängniswesen. Die Zahl der privat geführten Haftanstalten wuchs von 1985 bis 1995 von 1.345 auf 49.154 an. Der strafende Staat setzt jedoch nicht auf die Rehabilitierung seiner Gefangenen. Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme in den Haftanstalten existieren praktisch nicht.

Reform der Sozialhilfe – der »Personal Responsibility Act«

Die Reform der Sozialhilfe, von Präsident Clinton im August 1996 unterzeichnet und ab Juli 1997 in vollem Ausmaß in Kraft, setzt die Politik der Kriminalisierung des Elends fort. Ziel dieser Reformen ist es nicht, die Armut zu verringern, sondern die »sogenannte Abhängigkeit der von den Sozialprogrammen unterstützten Familien zu reduzieren«, indem den Menschen der »Übergang von der Fürsorge zur Arbeit« erleichtert werden soll.

In der Realität fehlt es jedoch sowohl an geeigneten Instrumenten für die Schaffung von Arbeitsplätzen, als auch an berufsbildenden Maßnahmen und an für diesen Zweck bereitgestellten Budgetmitteln. Ein Arbeitsmarkt, der mit billigen Arbeitskräften bereits gesättigt ist, verfügt nicht über die nötigen Kapazitäten ungelernte und stigmatisierte Personen aufzunehmen.

Das Gesetz von 1996 schafft das bestehende Recht auf Unterstützung bedürftiger Familien ab, das seit 1935 gesetzlich verankert war. Es weicht einer Arbeitspflicht der Eltern nach zwei Jahren Unterstützung. Zudem wird der Leistungsanspruch auf maximal fünf Jahre im Leben begrenzt.

Die Verantwortung für die Sozialhilfe wird von der bundesstaatlichen auf die Ebene der 50 Bundesstaaten transferiert und von diesen wiederum auf tausend Counties verteilt, die die Kriterien für die Anspruchsbedingungen selbst bestimmen. Die Vergabekriterien rigoroser zu gestalten, als es das Bundesgesetz vorsieht, ist daher nicht ausgeschlossen.

Diese Kompetenzübertragung ist jedoch nicht mit einem entsprechenden Mitteltransfer verbunden. Die Einzelstaaten sollen vielmehr durch ein System von finanziellen Sanktionen animiert werden, die Zahl der Sozialhilfeempfänger zu reduzieren. Aus Angst vor »Wohlfahrtstourismus« ist zu erwarten, daß sich die einzelnen Bundesstaaten in Sparsamkeit gegenseitig überbieten werden.

Mit Inkrafttreten des »Personal Responsibility Act« im Juli 1997 wird das Lohnniveau des unteren Segments des Arbeitsmarktes weiter unter Druck geraten und die Zahl der »working poor« weiter ansteigen. Dank der Begrenzung des Leistungsanspruches werden drei Millionen bedürftige Kinder im Jahr 2002 aufgrund der Begrenzung des Leistungsanspruches auf fünf Jahre ihre Sozialhilfe verlieren. Schon jetzt weisen die USA die höchste Kinderarmut aller westlichen Länder auf.●

Aus: Kontraste, Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik, Nummer 106 (Sept. 1997; Wien. Quelle des Textes: Wacquant, L.J.D. (1997), Vom wohltätigen Staat zum strafenden Staat. Über den politischen Umgang mit Armut und Elend in den USA. in: Frankfurter Rundschau, Samstag, 12. Juli 1997, Nr. 159. Die vollständige Version des Aufsatzes ist in einem Spezialheft von Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft über »Armut und Unterklasse« (Nr. 1/97) erschienen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

HOFFNUNG FÜR PSYCHIATRIEGESCHÄDIGTE

Stiftungsgründung im Internet

500.000 DM bekam Klaus Peter Löser vom Landgericht Marburg zugesprochen: Entschädigung für eine langjährige rechtswidrige Freiheitsentziehung und falsche psychiatrische Behandlung. Unterstützung erhielt er vom Verein Gesundheit & Ökologie in Kassel. Inzwischen nimmt der Verein wöchentlich drei bis vier Hilferufe aus allen Teilen der Bundesrepublik entgegen, die gegenwärtig in der überwiegenden Zahl der Fälle nur protokolliert werden, bzw. mit knappen Ratschlägen beantwortet werden können.

Die Skala der Beschwerden ist weitreichend. Von der Einzelhandelskauffrau, die sich von ihrem Ehemann terrorisiert fühlt, aber die Erfahrung macht, daß nicht er medizinisch behandelt wird, sondern sie selbst durch Intrigen in eine psychiatrische Klinik zwangseingewiesen wurde, bis zum sprachbehinderten Hilfsarbeiter, der nach zehnjährigem Klinikaufenthalt urplötzlich entlassen wurde und nun von Polizisten, Vermietern und anderen unter Ausnutzung seiner sozialen ‚Schwäche' regelrecht schikaniert wird. Eine Schwäche, die möglicherweise durch eine psychiatrische Fehlbehandlung erst entstanden ist.

Der Psychologe Roderich Elfert und der Soziologe Tobias Fengler, beide Mitarbeiter des Vereins Gesundheit & Ökologie e.V., konnten aufgrund der besonderen Situation nur einen sehr unvollständigen Einblick in die Schicksale gewinnen, die sich hinter den Anfragen verbergen. Dennoch lassen sich aus den bisher über hundert Anfragen ihrer Auffassung nach folgende Aussagen treffen: Behandlungsfehler sind keine Randerscheinung. Formal haben psychisch Kranke genau wie alle anderen Bürger auch das Recht, Ersatz für ihnen zugefügte Schäden zu verlangen und diesen qua Gerichtsurteil auch zu bekommen. Faktisch jedoch sind Anwälte mit dieser speziellen Klientel überfordert: Sie kann sich in der Regel nur schwer verständlich machen und kämpft oft gleichzeitig mit den schweren psychischen Folgen ihres Psychiatrieaufenthaltes.

Das Gemeinsame an allen Fällen, die der Verein Gesundheit & Ökologie bearbeitet hat, ist die oft bestürzende Einsamkeit derjenigen, die ihre Beschwerden vortragen. Scheint eine Beschwerde rechtlich Substanz zu haben, sollte in den meisten Fällen ein Vergleich angestrebt werden, da ein länger andauernder Rechtsstreit immer ein gesundheitliches Risiko darstellt. Neben der Rechtshilfe muß eine weitere spezielle psychosoziale Unterstützung, Beratung und Betreuung erfolgen. Elfert und Fengler sind davon überzeugt, daß es grundsätzlich möglich ist, die rechtliche Benachteiligung von Psychiatriepatienten durch ein speziell auf sie zugeschnittenes Beratungsangebot auszugleichen. Zu diesem Zweck hat der Verein Gesundheit & Ökologie erste Schritte zur Gründung einer Stiftung unternommen, die eingehende Beschwerden sachverständig bearbeiten soll. Ehrenamtlich kann diese Arbeit nicht geleistet werden. Er kommt damit einem Wunsch von Klaus Peter Löser nach, der Menschen helfen will, die ein ähnliches Schicksal hatten wie er.

Die Gründung dieser Stiftung kann, erstmalig in Europa, über eine Seite im Internet verfolgt werden. Der Verein sucht die Kooperation mit Ärzten, Therapeuten und Sozialarbeitern, ohne deren Hilfe eine stärkere Durchsetzung der Rechte psychiatrischer Patienten im psychiatrischen Behandlungssystem nicht möglich ist. Es wird Wert gelegt auf die Feststellung, daß hierbei nicht Konfrontation mit der Ärzteschaft das Ziel ist. Dennoch müßten die psychiatrischen Dienste so weiterentwickelt werden, daß sie in der Wahrnehmung der Betroffenen in einem zunehmenden Maße als Unterstützung und nicht als Gegner erlebt werden können.●

Aus: Forum Sozialpolitik, Nr. 72/73

Kontakt: Verein Gesundheit und Ökologie, Gesundheitsladen Kassel, Mönchebergstr. 33, D-34125 Kassel, Tel. 0561/87 15 68 Fax 87 66 95. http://www.inkassel.com/soz.htm

Anmerkung: Zu unserer Überraschung kommt man auf die Homepage nur über ein Kennwort, d.h. diese ist nur einem geschlossenen Benutzerkreis zugänglich. Diesen Umstand haben wir bis zum Redaktionsschluß nicht klären können.

Die Red.

BÜCHER:

High-Tech und sozialer Verfall?

Daß das Kapital seinem Wesen nach gnadenlos ist, weiß man nach Karl Marx. Im März 1997 gab es große Aufregung in Deutschland, als eines der größten Einzelkakitale ankündigte, ein anderes noch größeres, feindlich, wie es hieß, übernehmen zu wollen (die Krupp/ Hoesch-Thyssen-Affäre).

Im Hintergrund des Geschehens – konnte es anders sein? – standen Großbanken, die die Stahlproduktion in Deutschland neu ordnen wollten, und die längst um diese Produktionen herum organisierten Kapitalmassen noch dazu.

Innerhalb kürzester Zeit kam es zu einer riesigen Demonstration der Stahlarbeiter vor der Deutschen Bank. Eindrucksvoll und rührend war zu sehen, wie da ein bewußter Teil der Arbeiterschaft eines zentralen, einst stolzen Bereiches der modernen Produktion vor die Türme des Finanzkapitals zog, um darum zu bitten, ihre Konzernherren mögen sich doch, bitte schön, gütig darauf einigen, 8.000 von ihnen zu entlassen. Nicht feindlich solle es zugehen dabei, man solle doch miteinander sprechen, sich nicht einfach mit dem Geldsack tothauen. Ein wenig Wut durften die Männer verbal auch ablassen. Man konnte sich vorstellen, wie die Nadelstreifenherren hinter ihren Glas- und Betonfassaden feixten.

Aber gab es eine schonungslose radikale Analyse des Verhältnisses von Produktiv- und Finanzkapital? Erinnerte sich jemand an Karl Marx' Theorie des Kapitals, die er bewußt in der Form einer Kritik abgefaßt hatte? War irgendetwas anderes zu spüren oder zu hören außer dem Wunsch, doch bitte weiter das Kapital schaffen zu dürfen, das einem zum Dank die Ketten der Verwertung der Arbeitskraft anlegt, wozu es halt leider gehört, daß Massen geschickter Hände und kluger Köpfe arbeitslos werden? Der Rezensent war nicht zugegen und weiß die Antworten nicht auf solche Fragen. Doch er befürchtet, dennoch die Richtung recht gut zu ahnen, in der Antworten liegen: theorielos, phantasielos, defensiv, ganz nach dem ritualisierten Arbeitsplatz-Erhaltungs-Gezeter der Gewerkschaft. Wie sollte es auch anders sein in einer Situation, in der ein frömmelnder Landesherr den Arbeitenden schon Hoffnung bedeutet.

Das Finanzkapital, die Banken, spielen erstaunlicherweise vielleicht, auch keine Rolle in Ulrich Briefs' neuem Buch, das es hier mit großem Respekt vor dem alten Kämpen für die Verbesserung der Lage und der Rechte der arbeitenden Klassen anzuzeigen gilt. Das ist vielleicht der eine Punkt, über den man sich wundern mag bei Briefs' Versuch, die immer furchtbareren Erscheinungen des Verfalls auf der einen Seite der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu analysieren, zu erklären und in Ansätze zu einer anderen Politik umzumünzen.

Was hat der alte Gewerkschafter, der Hochschullehrer, der Politiker, der Agitator zahlloser Versammlungen sich da vorgenommen! Man spürt jeder Seite des Buches Briefs' Engagement an, man hört ihn förmlich reden, in seinem stets rascher werdenden Staccato, seine Gedanken türmend und vorwärts drängend, sie miteinander verquickend, stets ein wenig Dialektik durchschimmern lassend, nie den klaren Blick auf das aktuelle Agitationsziel verlierend. Sein Buch wird manchem Hilfestellung bei der Vorbereitung einer Rede für die nächste Betriebs- oder Gewerkschaftsversammlung sein können. Der Betrieb bleibt die Organisationseinheit, der er sich vorwiegend, aber gewiß nicht ausschließlich, widmet.

Doch Ulrich Briefs ist auch ruhiger geworden, distanzierter, sorgenvoller noch. So richtig war er nie in Gefahr, auf den sich selbst in höchster Not »real existierend« nennenden Sozialismus hereinzufallen, ihn als Vorlage für abstrakt-dumme Forderungen im Westen zu benutzen, wie das manche seiner Freunde getan haben. Dennoch wird es ihm nicht leicht gefallen sein, klar zu sagen, daß es heute ein politisches Problem sei, auf der Suche nach Trägern eines neuen gesellschaftlichen Konsenses sich mit der PDS zusammenzutun. Das aber sagt Ulrich Briefs klar und deutlich - für ihn ein mutiger Schritt, einer für den ihm zu danken ist. Nicht deswegen ist ihm zu danken, weil er einem Teil der Linken damit einen kräftigen Satz ins Stammbuch schreibt. Vielmehr dafür, daß er den Mut aufbringt zu einer erstens ungemütlichen Konsequenz aus seiner Analyse, und einer zweitens vielleicht gerade von ihm nicht erwarteten praktischen Zurückhaltung.

Was Ulrich Briefs nämlich vorschlägt, ist ein neuer, umfassender gesellschaftlicher Konsens, der breit von den Akteursgruppen der deutschen Gesellschaft zu tragen sei und für den - Briefs spricht es kaum aus – auf aktueller politischer Ebene fast nichts mehr übrig bleibt als eine große Koalition. Die Linke - für die er ja schreibt, schon der Verlag zeigt das an - müsse die von ihr oft gehaßte, jedenfalls nicht geübte Fähigkeit zur Liberalität gewinnen in einer vielleicht langen Zeit der Defensive, auf die sie sich einrichten müsse. Im Grunde teilt Briefs uns mit, daß die Zeit angebrochen sei, in der die Akteure ihr Handeln bewußt im Rahmen von Prozessen sehen müssen, deren Teil sie selbst sind, denen sie unterworfen sind und die sie nicht steuern können.

»Prozeß« wird zu einer konkreten Bedingung allen Handelns, bleibt nicht die abstrakte Formel, als die er lange diente. Dialektik, so scheint es, ist im gesellschaftlich alltäglichen Tun angelangt.

Mit solcher Einsicht bewegt sich Briefs auf der Ebene

systemischen Denkens. Ohne daß er es ausdrücklich ausspräche, hat er den Standpunkt des außenstehenden Beobachters und Kontrolleurs aufgegeben. Viel fehlte wohl nicht dazu, daß Briefs eine Passage zu der prinzipiellen Unmöglichkeit eingeflochten hätte, als Teil eines Prozesses gezwungenermaßen an dessen Bewegung teilzunehmen, ihn aber gleichzeitig in Distanz genau messen zu wollen, um aus den Messungen dann Schlüsse für das eigene und fremde Handeln im Prozeß zu ziehen.

Doch soweit, die systemische Betrachtung bis zur Autopsie hin zu treiben, wollte Briefs nicht gehen. Sein Buch spricht mehrfach die Notwendigkeit der Theoriebildung an. Doch es ist keineswegs ein bloß theoretisches. Auf seine sympathisch lässige, doch stets konzentrierte Art reiht Briefs viele Fakten aus Statistiken der jüngeren Zeit auf, aus deren Interpretation er mehrfach den Angelpunkt seiner Analyse zieht. In diesem Punkt bleibt er marxistisch, wenn er auch kein Wort von Marx zitiert und nirgends marxistisches Vokabular benutzt.

Die soziale Marktwirtschaft ist am Ende, der breite Konsens der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, der den Grund für deren Aufstieg und Blüte abgab, zerstiebt und zeigt dabei, daß ein klares Konzept gar nicht dahinterstand. Die Anzeichen für den Zerfall dieses sozialen Konsens sind vielfältig, Briefs beschreibt sie nüchtern und in knappen Worten. Die Vereinigung mit der DDR hat den Prozeß des Verfalls beschleunigt, aber keineswegs bewirkt. Die Ursachen liegen längst davor, im Erfolg des westdeutschen Kapitals nämlich.

Dieser Erfolg zeigt sich in den immens gestiegenen Fixkosten der supermodernen Produktion, die in mehreren Wellen und in verschiedenen Branchen unterschiedlich das westdeutsche Kapital zum Exportweltmeister gemacht hat. Das fixe Kapital aber drückt gewaltig und immer mehr auf die Profitrate (das Wort kommt bei Briefs nicht vor), was das Kapital wiederum zur Suche nach Auswegen zwingt. Nicht die Personalkosten, um die es in der öffentlich geführten Debatte ständig geht, sind die Ursache der Schwierigkeiten, sondern die hochmodernen teuren Anlagen. In ihnen liegt Kapital gebunden herum, das seinem einzigen Zweck, nämlich Mehrwert zu hecken, nicht hinlänglich rasch und häufig dienen kann und so zur Krisenursache wird.

Die beliebte Standortdebatte zeigt Briefs von diesem Kernpunkt der Analyse aus als hohl und von den wahren Ursachen ablenkend auf. Den Markt und sein regulierendes Geschehen zieht er nicht in Frage, hält ihn aber auch nicht für die alleinseligmachende Kraft, die alle und jede Anstrengung, bewußt eingreifen zu wollen, von vornherein zunichte macht. Die Marktwirtschaft hat ihre Überlegenheit durchaus demonstriert, nicht zuletzt zeigt es der krachende Zusammenbruch der bürokratischen zentralistischen Staatskapitale des real verlogenen Sozialismus. Jetzt aber erleben wir die Katastrophe der Marktwirtschaft.

Kann es einen archimedischen Punkt geben, an dem der Hebel anzusetzen wäre, um alles zum Guten zu wenden, »zum Guten« naturgemäß nur innerhalb der Schranken kapitalistischer Logik? Briefs' Antwort ist ein klares Nein. Im Dschungel der Marktwirtschaft gibt es keine rettende Planung. Die Kunst muß vielmehr darin bestehen, das freie Spiel des Marktes zuzulassen und dennoch Eingriffe vorzunehmen: aus sozialen, ökologischen, kulturellen Gründen und wegen der Gerechtigkeit. Denn den sozialen Verfall, wie er in der Kälte Deutschlands derzeit zu beobachten ist, kann und will ein moralisch empörter Mensch wie Briefs nicht tatenlos kommentieren. Eingriffe können nicht an einzelnen Parametern der wirtschaftlichen Prozesse ansetzen. Marktwirtschaft kennt kein Gleichgewicht, sie bleibt anarchisch und chaotisch. Deswegen gilt es, den breiteren Kontext zu betrachten, innerhalb dessen dieses Chaos stattfindet. Beeinflussung des Kontextes wird Wirkung auf den Prozeß zeitigen, wenn auch keine kausale.

Als solchem Kontext wendet Briefs sich gegen Ende seines Buches der Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft zu. Bedenken wir doch: »Informatik und Gesellschaft« als ein Thema während des Studiums, als Bezeichnung für Lehrkanzeln, als Name eines Forschungsbereiches ist zwar mittlerweile mehr oder weniger anerkannt, führt aber dennoch ein marginales Dasein, besitzt jedoch einige Hochburgen. Bremen, wo Ulrich Briefs als Honorarprofessor seit langem lehrt, ist eine solche Hochburg. Wien ist eine andere.

Doch selbst dort in Norddeutschland, wo vieles dieser Kritik vielleicht einmal begann, spürt man Tendenzen, »Informatik und Gesellschaft« nicht mehr so zu lesen, wie es einmal gedacht war. In Bremen begann das Studium der Informatik – neben Algorithmik und Mathematik – mit einem Kurs »Rationalisierung und Automatisierung«. In solcher Benennung (und eben nicht bloß »Informatik und Gesellschaft«) drückte sich aus: ein Kurs braucht einen eigenen Gegenstand, einen, bei dem die Dialektik (und das heißt: die Kritik) im Titel bereits mitschwingt. Heute herrscht schon eher die Haltung vor: die Informatik ist eine kräftige und erfolgreiche Disziplin; sie führt leider zu einigen unschönen Erscheinungen, jedenfalls steht sie mit solchen in Berührung; deswegen muß man etwas zu Ethik und Moral sagen; eine Vorlesung hier oder da wäre nicht schlecht, um den Studierenden ihre Verantwortung zu zeigen; am besten die gegenüber dem künftigen Arbeitgeber, garniert mit ein wenig ökologischer Besorgtheit.

Dies mag karrikiert klingen, ist jedoch die Lesart von »Informatik und Gesellschaft«, die von der technischen Disziplin ausgeht und ihr ein wenig an gutem Gewissen, Verantwortungsbewußtsein, Sorge angedeihen läßt.

Die andere Lesart ginge von der Gesellschaft aus, studierte ihre Prozesse und Entwicklungen, ihre Widersprüche, Spaltungen und Gesetzmäßigkeiten und konzentrierte sich dann auf solche Erscheinungen, wie sie die disziplinäre Verengung auf einen Aspekt wie den der Berechenbarkeit und der Informationstechnik mit sich bringt. Von daher wäre wohl ein Begriff von »Informationsgesellschaft« zu finden und eine Kritik am heruntergekommenen Gebrauch dieses Wortes zu führen.

Was für ein aufregendes Studium könnte, ja müßte die Informatik heute sein! Teilzuhaben an technischen Veränderungen historischen Ausmaßes und diese in ihrer historischen Perspektive als Teil gesellschaftlicher Umwälzung zu verstehen! Das »... und Gesellschaft« nicht als einen Appendix zu begreifen, um das Verantwortungsbewußtsein einiger aufgeweckter unter den Studierenden zu erreichen!

In einem knappen Kapitel von fünfzehn Seiten setzt Ulrich Briefs ein paar Anmerkungen zu diesem Thema. Ja, er plädiert für einen klareren, bewußteren Umgang mit dem zarten Pflänzlein »Informatik und Gesellschaft«, an dem ihm ja – man weiß es - sehr viel liegt. Doch dies ist im Rahmen des Buches nur ein Nebenaspekt. Anregend, noch nicht aufregend. Immerhin aber lesen wir sehr Skeptisches zu den Verheißungen, die sich um das Wort der Informationsgesellschaft ranken und die nicht nur in Regierungserklärungen, sondern auch aus Professorenmund zu hören sind.

Ulrich Briefs endet sein Buch mit einem erstaunlichen Szenario. In den Kontext der kapitalistischen Produktion und des Marktes regulierend so eingreifen zu wollen, daß der soziale Verfall aufgehalten, daß im Gegenteil sogar alle an den ständig geschaffenen Reichtümern dieser Gesellschaft teilhaben können - das verlangt einen breit getragenen neuen gesellschaftlichen Konsens. Seine Aktionen müssen auf die Ursachen der Krisen zielen, die nicht prinzipiell zu beseitigen sind, mit denen aber anders umgegangen werden könnte, wenn es zu einem solchen neuen Konsens käme... Er müßte die großen Institutionen und Kräfte der Gesellschaft in einem Diskurs zusammenbringen, den die Politik zu organisieren hätte. Nichts wird leicht fallen dabei. Aber einen Ausweg sieht Ulrich Briefs nicht. Man liest es mit Staunen, leichtem Hoffen, aber doch viel Skepsis. Ist mehr möglich in dieser Zeit ohne Utopie?●

Frieder Nake

Ulrich Briefs: High-Tech und sozialer Verfall? – Das moderne Deutschland nach dem Ende der »sozialen Marktwirtschaft«. Pahl-Rugenstein 1997. 186 Seiten, DM 26,90, ÖS 175, SFR 26,90
Aus: Informatik Forum Bd. 11, 3/97

WIDERSPRUCH – BEITRÄGE ZUR SOZIALISTISCHEN POLITIK

Sozialdemokratie oder ökosozialer Umbau?

Nach den Wahlerfolgen von Lionel Jospin und Tony Blair 1997 hat für Oskar Lafontaine, den SPD-Chef, ein »neues sozialdemokratisches Zeitalter begonnen«, das auch die deutschen Bundestagswahlen im Herbst 1998 bestimmen wird. »Wird Europa sozialdemokratisch?« (Neue Züricher Zeitung) Mit den Chancen und Risiken einer modernisierten Sozialdemokratie, aber ebenso mit den Ansätzen eines ökosozialen Umbaus befaßt sich das neue WIDERSPRUCH-Heft.

Die sozialdemokratische Krisenpolitik der 70er Jahre hat, so *Heinz Kleger*, in Schweden, Großbritannien und Deutschland unterschiedliche Strategien verfolgt, die auch heute neue Wege zwischen der keynesianischen Expansionspolitik von Francois Mitterrand und der monetaristischen Austeritätspolitik von Margaret Thatcher eröffnen. Jospins Linksregierung stößt indessen, wie *Jochen Steinhilber* ausführt, mit ihrem Sozialpakt an ihre Grenzen, bedrängt vom Stabilitätszwang der europäischen Währungsunion auf der einen Seite und den sozialen Protesten im Lande auf der anderen. Die wirtschaftspolitischen Konzepte der SPD-Kandidaten Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine nimmt *Michael Wendl* unter die Lupe. Was kann von ihrem Modernisierungskurs beschäftigungspolitisch erwartet werden? Für die Protagonisten der Zweiten Moderne, Anthony Giddens und Ulrich Beck, entsteht mit Blairs New Labour ein neues Koordinatensystem für die europäische Linke: eine radikale Politik der Mitte – jenseits von links und rechts. Das Dilemma von New Labour zeigt sich nach *Joachim Bischoff* in der Verteilungs- und Sozialpolitik. Und wie *Stefan Howald* berichtet, formiert sich gegen Blairs PIäne die linke Opposition. Für *Alex Demirovic* bleiben in Giddens' Überlegungen zur Neuorientierung der Sozialdemokratie, die auf neue politische Kompromisse baut, die konkreten Risikolagen der Modernisierungsverlierer ausgeblendet.

Auch die Grünen kommen im Zeitalter der Globalisierung nicht darum herum, die Gewichtung ihrer politischen Themen zu überdenken: Keine Ökologie ohne eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik, so fordert *Thomas Heilmann*. Und im Gegensatz zu pragmatischen Tendenzen unter den deutschen Bündnisgrünen, die auf die Innovationskraft der Märkte setzen, umreißt *Frieder Otto Wolf* die gesellschaftspolitischen Kernpunkte eines ökosozialen Umbaus.

Möglichkeiten zur Überwindung der kapitalistischen Arbeits- und Lohngesellschaft sieht *André Gorz* in der Mehrfachtätigkeit, in einer Kulturgesellschaft mit ihren vielfältigen Arbeitsverhältnissen. Eine grundlegende Neuorientierung skizziert *P.M.* mit seiner planetarischen Alternative der Lebenserhaltung und Selbstversorgung. Die Zeit für die Rückgewinnung selbstbestimmter sozialer Beziehungen ist gekommen. Sollte, wie *Michael R. Krätke* vorschlägt, nicht nur das Steuer- und Sozialversicherungssystem reformiert, sondern der Sozialstaat insgesamt sozialisiert werden? Im globalen Kapitalismus muß nach *Hans Schäppi* und *Walter Schöni* auch die Gewerkschaftspolitik ihren Handlungsspielraum neu definieren, wenn sie denn einen sozial-ökologischen Grundkonsens festigen, an arbeits- und sozialpolitischen Regulierungen festhalten und als soziale Bewegung auf transnationaler Ebene starker werden will.

Von der Sozialdemokratisierung oppositioneller Politik und ebenso von revolutionärer Machteroberung unterscheidet sich die Aufstandsbewegung der mexikanischen Zapatisten. Ungewiß ist für *Anne Huffschmid*, ob ihre neuen Vernetzungs- und Kommunikationsstrategien genügen werden, um eine Zivilgesellschaft in Chiapas aufzubauen und sich der drohenden Staats- und Militärgewalt zu entziehen. In Brasilien führt die Landlosenbewegung MST bereits einen jahrelangen Kampf für die Agrarreform; ihre Konflikte und Perspektiven erörtert *Helmut Thielen*. Am Zusammenhang von Frauen, Wissenschaft und Natur zeigen sich, so *Claudia von Werlhof*, die fatalen Irrtümer und Folgen der Emanzipationsthese: Es herrscht Techno-Faschismus, an dem sich auch Frauen theoretisch und praktisch beteiligen. Gegenüber der patriarchalen Totalwissenschaft der Bio- und Gentechnologie plädiert sie für ein frauenorientiertes Wissenschaftsverständnis, für einen neuen Natur- und Geschlechterbegriff.

Marginalien,- Rezensionen zum Themenschwerpunkt und die Zeitschriftenschau schließen das umfangreiche Heft ab.●

ub

WIDERSPRUCH 34: Sozialdemokratie oder ökosozialer Umbau? 212 S., SFr./DM 21.-. Im Buchhandel oder bei Widerspruch, Postfach, CH-8026 Zürich. Tel./Fax 01 / 273 03 02.

GRÜNDUNG NEUER GENOSSENSCHAFTEN

Stabilisierung durch eine Betriebswirtschaftslehre der Kooperative

Wie können neue Genossenschaften erfolgreich weiterentwickelt werden? Umsetzungsorientierte praktische Hilfen für die Stärkung solcher Unternehmen zu geben, erfordert mehr konkretes Handlungswissen für die betriebswirtschaftliche und soziale Leitung partizipativ strukturierter Betriebe. Wie dieses aussehen müßte, wird nachfolgend aufgezeigt.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die herkömmliche Betriebswirtschaftslehre beschränkt sich bei ihren Konzeptentwicklungen auf Großunternehmen. Das gilt in gleichem Maße für die Genossenschaftslehre, die auf die Erfordernisse großer Fördergenossenschaften ausgerichtet ist: Mit der »Ökonomisierung« der Genossenschaften einher ging eine »Ökonomisierung« der Genossenschaftswissenschaft. Entsprechend läßt sich bei vielen Genossenschaftsinstituten nur schwer ein Unterschied zur herkömmlichen BWL ausmachen.

Um Handlungswissen für die Stabilisierung neuer Genossenschaften zur Verfügung zu stellen, sind eine Vielzahl von Aktivitäten denkbar. Erster Schritt ist das anschauliche Vorstellen konkreter Beispiele, so daß sich daraus lernen läßt. Ansonsten wird ein vorrangiger Bearbeitungsbedarf zu den Schwächen genossenschaftlicher Unternehmen gesehen:

- bei der Organisation, der Konflikthandhabung und beim Management;
- bei der Finanzierung und Eigenkapitalaufbringung;
- bei der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung eines dauerhaften Auftragsbestands.

Gleichzeitig wirtschaftlich und demokratisch

Insofern sind in Form einer Betriebswirtschaft der Kooperative diese Themen unter den Stichworten: »Strategien« und »Lösungen« intensiver zu bearbeiten. Ziel ist es, auf diese Weise die Aufbereitung und Vermittlung umsetzungsorientierten Managementwissens zur Stärkung genossenschaftlicher Betriebe zu verbessern. Die entwickelten Konzepte müssen den partizipativen und gleichzeitig den wirtschaftlichen Ansprüchen dieser Betriebe gerecht werden.

Eine denkbare Vorgehensweise ist dabei das Prinzip der »produktiven Plünderung«. Es bedeutet, Überlegungen, die in anderen Zusammenhängen entwickelt wurden, wie Teamorganisation, Kompetenzentwicklung, Kapitalbildung oder identitätsgetragene Außenkommunikation auf die Erfordernisse genossenschaftlicher Unternehmen zu modifizieren und zuzuspitzen. Vertretern neuer Genossenschaften können so wichtige Denkanstöße gegeben werden. Gleichzeitig lassen sich daraus Erkenntnisse in Richtung einer Betriebswirtschaftslehre der Kooperative ausbauen.

Im Unterschied zu traditionellen Genossenschaften sind allerdings, neben den wirtschaftlichen und partizipativen Entwicklungen, stärker die damit einhergehenden persönlichen und sozialen Zusammenhänge zu beachten. Unter diesem Blickwinkel kann auch von Sozialinnovativem Management als erfolgversprechender Ansatz für die Stabilisierung neuer Genossenschaften gesprochen werden.

Bausteine Sozialinnovativen Managements

Jedes Unternehmen wird dabei immer zugleich als Wirtschafts-und als Sozialorganisationen gedacht. Ziel ist es, nicht nur bei Dienstleistungen oder neuen Kommunikationsmitteln innovativ zu sein, sondern gleichzeitig auch bei deren sozialer Ausgestaltung. Die Weiterentwicklung wirtschaftlicher Prozesse mit sozialen Innovationen, so daß sie den jeweils aktuellen Anforderungen an Zukunftsfähigkeit genügen, wird somit als Sozialinnovatives Management bezeichnet.

Wichtiger Baustein eines solchen Managementkonzepts ist immer auch die Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen im Sinne einer Erweiterung sozialer Kompetenz. Sie beinhaltet eine zusätzliche Qualifikation zur gemeinschaftlichen Bewältigung von Entscheidungsproblemen. Soziale Kompetenz wird selten ausschließlich durch sachliche Informationsvermittlung zu erreichen sein. Allein rationale Einsicht oder das Speichern gelernten Wissens im Gedächtnis befähigt nicht zu dessen Umsetzung.

Insofern sind in neuen Genossenschaften nicht grundsätzlich Unterschiede zu anderen Unternehmen mit hoher Qualifikation zu erwarten. Dafür müssen dort erst »Kompetenzübungen« für soziale Probleme stattgefunden haben und in gewissen Abständen immer wieder stattfinden. Anspruch dieser Überlegungen ist es, neuen Genossenschaften Handlungsinstrumente für Problemlösungen zur Verfügung stellen. Sie sollen ihnen helfen, ihre Aufgaben und Leistungsangebote glaubwürdiger und erfolgreicher zu vertreiben oder umzusetzen.

Unterstützung für Studien erforderlich

Sozialinnovatives Management bzw. eine Betriebswirtschaftslehre der Kooperative sind allerdings keine fertigen Konzepte, sondern müssen für die Zukunft erst noch in Form eines Baukastensystems entwickelt werden. Beispiele für solche Bausteine können sein: Demokratische Unternehmensplanung, Teamorientierte Koordination, Kollektive Personalentwicklung, Solidarische Finanzierung, Genossenschaftliche Beteiligung, Konstruktive Konflikthandhabung, Föderale Vernetzung, Dialogisches Marketing, Umweltverantwortliche Beschaffung.

Sollen diese Überlegungen zum Einsatz kommen, ist allerdings politische Hilfe gefordert: Viele der dafür in Frage kommenden Managementinstrumente, die verstreut bei einzelnen Betrieben schon zum Einsatz kommen, müssen systematisch zusammengetragen und für die Vermittlung an neuen Genossenschaften aufbereitet werden. Die Förderung der Erstellung eines Handbuches Sozialinnovativen Managements oder zumindest verschiedener Bausteine hierfür, möglichst auf der Grundlage länderübergreifender Erfahrung, wäre dazu ein erster Schritt.●

BUCHHINWEIS

»Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation« in zweiter Auflage

Theorie, Fallstudie und Handlungshilfen für den Aufbau produktivgenossenschaftlicher Unternehmen sind in der Veröffentlichung von Burghard Flieger in fundierter Form aufeinander abgestimmt. Mittlerweile in der zweiten Auflage erschienen kann die Monographie als Standardwerk für konsequent partizipativ organisierte Betriebe angesehen werden. Nicht nur übliche Probleme wie die Generationsproblematik oder der »Kampf zweier Linien« (Wertekonflikt), sind anschaulich beschrieben, sondern es werden auch Lösungswege aufgezeigt. Schlagworte wie Lernende Organisation oder Corporate Identity sollen an dieser Stelle als Kurzhinweis genügen. Das Buch kann als ein schon weit gediehener Ansatz einer Betriebswirtschaftslehre der Kooperative angesehen werden.●

Burghard Flieger: Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation, 2. Aufl. Marburg 1997; Metropolis Verlag, DM 68,–.

Anzeige

Klaus I. Rogge/ Mark Smith/ Patricia van den Brink

IDEEN STARK MACHEN

Organisations-Handbuch für Initiativen

Das Handbuch gibt nützliche Hinweise, wie das Zusammenwirken einer Initiative konfliktfähig, effektiv und erfolgversprechend gestaltet werden kann. Voraussetzungen des Erfolgs werden benannt und praxisbezogen dargestellt.

168 Seiten, Unna 1997
ISBN 3-931949-12-5, DM 24,80

Bezug: LKD-Verlag, Luisenstraße 22, 59425 Unna
Tel. 02303/69324 + 65618, Fax 02303/65057
E-Mail BJKE_LKD@compuserve.com

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Wohnungsbaugenossenschaften

Eigenheimförderung für Genossenschaften eingeschränkt

Für neue Wohnungsbaugenossenschaften, die auf das Eigenheimzulagegesetz gebaut haben, kommen schwere Zeiten. Nachdem das Finanzministerium gemerkt hat, daß die Förderung in einem nicht erwarteten Ausmaß genutzt wird, drehte sie den Hahn kurzfristig wieder zu. Nur wer rechtzeitig, nämlich bis zum 15. Februar, einer neuen Wohnungsbaugenossenschaft mit einem Anteil von 10.000 DM beigetreten ist, kommt ohne Einschränkung in den Genuß der Förderung von 3% auf die Einlage plus 500 DM pro Kind. Zukünftig können diese nur Genossenschaftsmitglieder erhalten, die noch während des Förderzeitraums von acht Jahren eine Genossenschaftswohnung beziehen. Die Gefahr besteht, daß durch diese kurzfristige Änderung Genossenschaften, die ihr Konzept darauf aufgebaut haben, in den Konkurs getrieben werden: eine unverantwortliche Form der Förderpolitik.

Klaus-Novy-Preis

Innovationen beim genossenschaftlichen Bauen und Wohnen

Anläßlich des hundertjährigen Bestehen des Spar- und Bauvereins Solingen e.G. wurde zum ersten Mal der Klaus-Novy-Preis ausgeschrieben. Die Auszeichnung erhalten Projekte, die neue Wege aufzeigen: a) zur Förderung von Solidarität und Mitbestimmung, b) für eine Architektur, die individuelles und gemeinschaftliches Wohnen verbindet und c) zur Finanzierung von Baumaßnahmen. Den ersten Preis in Höhe von 15.000 DM bekommt die Genossenschaft »Wogeno« in München. Ihre Grundidee ist die Schaffung eines genossenschaftlichen Trägers. Dieser ermöglicht es Hausgemeinschaften, deren Häuser vom Verkauf oder der Umwandlung in Eigentumswohnungen bedroht sind, sicher und preiswert wohnen zu bleiben. Zwei zweite Preise gehen nach Berlin. Die Berliner Wohnungsgenossenschaft von 1892 erhält den Preis für ihre ersten »Hallenhäuser«: dreistöckige Wohnhäuser um einen überdachten Innenhof für Gemeinschaftsaktivitäten. Die Genossenschaft Prinzenalle 58 e.G. wird für den Umbau einer ehemaligen Hutfabrik ausgezeichnet, die mit einem hohen Stellenwert der Selbsthilfe durchgeführt wurde.

Veröffentlichung

Landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften

Eine kleine engagierte Veröffentlichung zum Thema Agrargenossenschaften in Italien hat der Politikwissenschaftler Dietrich Haensch herausgegeben. Mit seiner Schrift will er den Nachfolgebetrieben der LPGen in Ostdeutschland Mut machen. Ihnen wir seit 1989 immer wieder die Behauptung entgegengestellt: »Produktivgenossenschaften in der Landwirtschaft sind weltweit gescheitert. Seine Forschungen veranschaulichen, daß auch in Italien die Agrargenossenschaften keine dominierende Form in der Landwirtschaft darstellen. Es gibt aber rund 1.000 real existierende Agrarproduktivgenossenschaften in den unterschiedlichsten Ausprägungen. Themenschwerpunkte sind die geschichtliche Entwicklung, die Genossenschaftsprinzipien, die Rolle des Staates in Italien, neue Finanzierungsmodelle und die aktuellen rechtlichen Neuerungen. Das Buch enthält viele Anregungen, die auch für eine politische Diskussion in Deutschland hilfreich sind.

Dietrich Haensch: Produktivgenossenschaften in Italiens Landwirtschaft – Ursprung, Anspruch und Behauptung im Wandel, (Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin, Luisenstr. 53, 10099 Berlin) Berlin 1997, DM 21,–.

Seminar

Gründung und Stabilisierung von Genossenschaften

Am 2. und 3. März fand beim Deutschen Institut für Tropische und Subtropische Landwirtschaft (DITSL) ein Seminar über die Gründung von Genossenschaften statt. Zielgruppe waren GründerInnen und Interessierte, die die Genossenschaftsidee weiter verbreiten wollen. Als Themenschwerpunkte wurden behandelt:

- Überblick und Typologie genossenschaftlicher Betriebe
- Besonderheiten und Starthemmnisse bei Absatz und Finanzierung
- Innovative Formen der Kapitalerschließung
- Unterschiedliche Entscheidungsverfahren und ihre Bewertung
- Suche nach einem optimalen Grad der Partizipation
- Beratungs- & Qualifizierungsbedarfe von Neugründungen
- Möglichkeiten der Konsolidierung durch kooperatives Marketing.

Wer zu ähnlichen Themen Beratungen oder Seminare sucht, kann sich direkt an den verantwortlichen Seminarleiter wenden: Dr. Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 79102 Freiburg, Tel. 0761/ 709023, Fax: 0761/709084.

Genossenschaftsverein

Neue Geschäftsstelle in Solingen

Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens wird wieder aktiver. Zu diesem Zweck ist die Geschäftsstelle nach Solingen verlegt worden, eng verknüpft mit dem Solinger Bau- und Sparverein e.G. Hintergrund für die »kreative Pause« sind Auseinandersetzungen mit der ehemaligen Geschäftsführerin. Eine Trennung von Ihr erfolgte, weil das Rechnungswesen des Vereins sehr schlecht geführt war, immer wieder Beschwerden aufgrund ihrer fachlichen Arbeit laut wurden und die Verflechtungen mit der eigenen Beratungsfirma unverhältnismäßig eng ausfielen. Wer zu Veranstaltungen des Vereins eingeladen werden will oder sich für eine Mitgliedschaft interessiert, wende sich an die neue Adresse: Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Hermann-Meyer-Str. 20 A, 42657 Solingen, Tel.: 02 12/247 17 31, Fax: 247 17 32.

Fach-Forum

Förderung kleiner Genossenschaften

Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens plant für den 16. März 1998 in Bonn ein Fach-Forum zum Thema »Förderung kleiner Genossenschaften«. Eingeladen sind nur Mitglieder mit dem Ziel, ein Positionspapier des Vereins zu erarbeiten, um damit nach der Sommerpause verstärkt in die politische Öffentlichkeit zu gehen. Diskutiert werden schwerpunktmäßig erforderliche gesetzliche Anpassungen des Genossenschaftsgesetzes zugunsten von Kleingenossenschaften und weitere Unterstützungsmöglichkeiten wie Weiterbildung und Gründungsberatungen. Grundlage der Diskussion ist ein zusammenfassender Bericht des Arbeitskreises »Förderung kleiner Genossenschaften«. Interessierte Noch-Nicht-Mitglieder wenden sich an: Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Hermann-Meyer-Str. 20 A, 42657 Solingen, Tel.: 02 12/247 17 31, Fax: 247 17 32.

Anzeige

Politische Ökologie

Sonderheft 11

Wege aus der Wachstumsfalle

Hrsg. von Heinrich-Böll-Stiftung und BUND Deutschland e.V.

In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und einer dramatischen Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte gewinnt das alte Rezept vom Wirtschaftswachstum wieder eine herausragende Bedeutung. Kaum ein Wahlprogramm, ein Leitartikel oder eine Konferenz, die Wachstum nicht als Allheilmittel preisen. Doch kann es wirklich die Erwartungen erfüllen, die alle erhoffen? In Sonderheft 11 der Politischen Ökologie diskutieren renommierte Autoren unterschiedlichster Herkunft die ökonomischen und sozialen Folgen des Wirtschaftswachstums - aber auch Alternativen.

ausführliche Inhaltsangaben aller Ausgaben finden Sie auch auf unserer Internetseite:
http://www.umwelt.de/magazin/poe

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr. 29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0;
Fax: 089/544 184-99
http: //www.umwelt.de/
magazin/poe

YCO

LEITFADEN REGIONALENTWICKLUNG

Die Region rückt wieder ins Blickfeld, gerade in ländlichen Räumen. Heute gibt es eine unübersehbare Anzahl von Initiativen und Bündnissen, die sich der Förderung lokalen und regionalen Wirtschaftens im ländlichen Raum verschrieben haben. Sie wollen die vor Ort und in der Region vorhandenen Potentiale an Natur und Menschen nutzen. Oftmals schließen sich verschiedenste Gruppen zu unkonventionellen Bündnissen zusammen, etwa wenn die Kirchengemeinde den ökologischen Landbau fördert, oder die Gastronomie die Landwirtschaft zu einer extensiveren Produktionsweise auffordert, da nur diese das Landschaftsbild erhält, auf das der Tourismus, und damit auch die Gastronomie, so dringend angewiesen ist. Nur durch diese neuen Bündnisse können die Regionalprojekte sich gegen den gnadenlosen Zwang zum Wachstum und die Konkurrenz durchsetzen. Zur Herstellung und Aufrechterhaltung solcher Bündnisse bedarf es der Fähigkeit der menschlichen und der wirtschaftlichen Kooperation, der politischen Vernetzung und einer dementsprechenden Beratung.

Meist hat die Landwirtschaft samt ihrer nachgelagerten Bereiche in diesen Projekten eine zentrale Stellung inne. Die agraralternative *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* hat mit *Leitfaden Regionalentwicklung* nun das zur Zeit beste Kompendium zum Thema regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsinitiativen in der Landwirtschaft vorgelegt. Es enthält einerseits die Vorstellung von sehr vielen real arbeitenden Zusammenschlüssen und Initiativen aus allen Teilen Deutschlands, wie auch eine Zusammenfassung rechtlicher Rahmenbedingungen. Die möglichen Formen von Kooperation und Beratung werden ebenso vorgestellt, wie die vielen, und deshalb unübersichtlichen Möglichkeiten der Förderung regionaler Vorhaben. Eine Adressen- und Literaturliste schließt dieses Buch, das deutlich macht, daß vorrangig nicht in Gebäude oder Straßen, sondern in Menschen und ihre Fähigkeiten investiert werden sollte, ab. Der Tenor des Leitfadens ist, was die Ökonomie angeht, verhalten optimistisch; politisch – was den Nachhaltigkeitsdiskurs angeht, ebenso verhalten kritisch.

Daß es auch »anders« geht, zeigt die Studie *Zukunftsfähiges Wirtschaften im Raum Aachen*. Sie stammt aus dem Diskurs um Nachhaltigkeit und wurde vom in der Regional- und Lokale Agenda 21-Diskussion vielbeachteten Wuppertal-Institut mitverfaßt. Die Studie will »Bausteine für eine nachhaltige Regionalwirtschaft liefern«, unterfüttert aber nur den Globalisierungsdiskurs mit »regionalen« Argumenten. Was in der Wirtschaftsgeographie schon lange bekannt ist, dem wird hier vom Wuppertal-Institut ausdrücklich zugestimmt: der »regionalen Vernetzung der Wirtschaftsakteure« wird für die »Position im globalen Wettbewerb« eine »besondere Bedeutung« beigemessen, oder im Vorwort: »eine gesunde (!!) Regionalwirtschaft (ist) notwendige Voraussetzung für den Erfolg von Globalisierungsstrategien ausgewählter Unternehmen aus der Region«. Das *ist* zukunftsfähig.

Damit dürfte die unter vielen UmweltaktivistInnen verbreitete Annahme, »Regionalisierung« sei *die* alleinige Gegenstrategie gegen die Globalisierung widerlegt sein, teilt doch nicht einmal mehr das Wuppertal-Institut diese Position. Der Nachhaltigkeitsdiskurs zeigte sich gegen solche Unstimmigkeiten erstaunlich resistent. Was nicht paßt, wird ausgeblendet. Und das Wuppertal-Institut hat, wie immer in solchen Fällen, alles nicht so gemeint.●

Bernd Hüttner

Ulrich Jasper u.a.: Leitfaden Regionalentwicklung; Rheda-Wiedenbrück Dezember 1997, 448 Seiten, 32,80 DM, ISBN 3-930413-11-6
Stiftung Kathy Beys: Zukunftsfähiges Wirtschaften im Raum Aachen, Oktober 1997, kostenlose Kurzfassung (48 S.) bei Stiftung, Postfach 37 01 48, 52035 Aachen (Langfassung 240 S., 30 DM).

TOURISMUS

Die Debatte um den richtigen Weg in der Tourismuswirtschaft hat in den letzten Jahren eine deutlich andere Richtung bekommen. Mitte der achtziger Jahre stand noch die kompromißlose Kritik am »harten Tourismus« im Zentrum der Argumentation der Vertreter der »sanften« Variante, vermittelt vor allem über die Beschreibung der Regelhaftigkeit von Zerstörung, Unterwerfung und Vereinnahmung von Land und Leuten, beispielhaft persifliert durch die »Piefke Saga«. Heute dagegen ist zunehmend »die Suche nach neuen Wegen«, so der Autor Dieter Kramer, das Ziel der Befassung mit dem Thema Tourismus. Und das ist gut so. Denn nur mit den Betroffenen, also sowohl den »Bereisten« als auch den »Reisenden« sind Lösungen möglich.

Kramer räumt dabei ein, daß es zur Verwirklichung »nachhaltiger Strukturen« in den Tourismusregionen keine allgemeingültigen Rezepte gibt. Ein Allgemeinplatz, zugegeben, der standardmäßig bei allen anderen zur Lösung anstehenden Problemen ebenso Gebrauch findet. Nach einer ausgiebigen Befassung mit Historie und Grundlagen des Tourismus schlägt der Verfasser des Buches »Der sanfte Tourismus« eine Art »Neomerkantilismus« für die Fremdenverkehrsregionen vor. Statt Fremdenverkehrspolitik solle eine neue »Regionalpolitik« betrieben werden. Träger touristischer Unternehmungen sollen in Zukunft Dorfgemeinschaften statt multinationaler Konzerne werden. Nur so lasse sich Fremdbestimmung verhindern. An die Stelle synthetischer Welten, erzeugt von industriellen Anbietern nach Art von Disneyland, soll ein kleinmaßstäblicher »handwerklicher« Tourismus treten. Zurecht verweist der Autor darauf, daß es unter den heutigen Bedingungen, jedenfalls in den Tourismusregionen der »entwickelten« Welt, gar nicht mehr um »Entwicklung« im klassischen Sinn gehen kann, sondern viel mehr um »Sicherung von Lebensmöglichkeiten«.

In Anlehnung an die Grundsicherungsdebatte fordert Kramer »Lebensplätze« statt Arbeitsplätze, auch im Tourismusgewerbe. Ein wichtiges Mittel zur Verwirklichung seines neumerkantilen Ansatzes sieht der derzeit am Goethe-Institut München tätige Wissenschaftler im regionalen Finanzausgleich. Daneben müsse es aber auch um eine Aufwertung touristisch hochwertiger Angebote als »Premiumprodukte« gehen. Letztendlich müsse auch im Tourismus gelten, was in anderen Wirtschaftssektoren akzeptiert werde: Qualität hat ihren Preis. Erste Ansätze für einen »regionalen Neomerkanitilismus« in der Tourismuswirtschaft gibt es bereits. Etwa das »Biosphärenreservat Rhön«. Unter dem Motto »Aus der Rhön – für die Rhön« werden nun schon seit 1992 kleine Kreisläufe zum Erhalt der Wertschöpfung in der Region aufgebaut.

Die meisten Aspekte des Buches werden der Mehrzahl der LeserInnen bekannt vorkommen. Viel Neues hat Dieter Kramer auch nicht zu bieten. Der Buchtitel »Aus der Region für die Region« ist vor allem im Bemühen um eine Ökologisierung der Landwirtschaft längst schon zum geflügelten Wort geworden. Nichtsdestotrotz sind die Thesen Kramers richtig und sollten Schritt für Schritt als Gegengewicht zur »Globalisierung« nicht nur in der Tourismuswirtschaft in die Tat umgesetzt werden.●

E.H.

Kramer, Dieter: Aus der Region – für die Region. Konzepte für einen Tourismus mit menschlichem Maß. Wien: Deuticke, 1997. 224 S, DM 34,– /sFr 28,80/ öS 265,20

UNTERWEGS IM CYBERSPACE

Welche Verheißungen der Netzwelt halten einem kritischen Blick stand! Ist sie nun sozialer Heilsbringer oder forciert sie den Prozeß der Singularisierung! Was bedeutet der Verlust an primärer Anschauung für unsere Urteilskraft, für das Entstehen von Kreativität und Phantasie! Diese Fragen versucht der Politik- und Sozialwissenschaftler Bernd Guggenberger zu klären, wenn er pointiert und umfassend den Zustand der neutechnologischen Formierung beschreibt.

Kein Mausklick wird, so der Autor, mafiose Machenschaften aufdecken, Absprachen zwischen Mächtigen offenbaren, Innovationen vorzeitig ausplaudern. »Man wird die vielen, wie zu allen Zeiten, wissen lassen, was nichts kostet; und man wird ihnen, wie zu allen Zeiten, vorenthalten, was wichtig ist und die eigene Macht beeinträchtigen könnte.« Ein Mehr vom Gleichen bedeutet an sich noch nicht Vielfalt und noch lange nicht demokratische Teilhabe und Kontrolle. Für Guggenberger bedeutet der »Eintritt ins digitale Nirwana der Ortlosigkeit« Abschied von Menschen und Dingen, von Orten und Landschaften, von Politik und Gesellschaft, aber auch von Herkunft und Zukunft. Gefragt sind nur mehr »User-Qualitäten« und eine gewisse Vertrautheit mit dem Insiderjargon – nicht mehr die »Äußerlichkeiten der Wirklichkeit«. Zudem geht teleaktive Präsenz unvermeidlich auf Kosten der aktiven Beteiligung an der sozialen Nahwelt.

Guggenbergers ebenso scharfe wie fundierte Kritik gipfelt in der Feststellung, daß nach der großen Umwelt- jetzt auch die große Selbstveränderung folgt. »Je weniger wir uns lebendig und sozial unmittelbar ‚verausgaben', desto unvermeidlicher ist unser Bedarf an Produkten des second hand life.« Und mit Blick auf die Nachhaltigkeitsdebatte vermutet er, daß die Gesellschaft längst nicht mehr auf Sparsamkeit, Umkehr oder Ressourcenschonung setzt. Vielmehr stehen die Weichen technologiepolitisch auf ungehemmter Beschleunigung.

Zwar liefert Guggenberger keine Auswege aus dem digitalen Nirwana, es gelingt ihm aber vortrefflich, den Leser mit der Frage zu konfrontieren, ob er für seine Bedürfnisse PC und Internetanschluß wirklich braucht oder ob es nicht, »die sirenengleichen Zwänge einer solchen erwartungsfrohen Voreingenommenheit und Parteilichkeit (sind) welche für die paradoxe Situation verantwortlich zeichnen, daß fast alle etwas zu brauchen glauben – und doch keiner so recht weiß wofür«.●

A. A.

Guggenberger, Bernd: Das digitale Nirwana. Hamburg: Rotbuch-Verl., 1997. 268 S, DM 36,– / sFr 34,– / öS 263,–

WAS IST EIGENTLICH FASCHISMUS?

Schon der flotte Titel weist darauf hin, daß mit dieser Broschüre von knapp 60 Seiten Umfang nicht die Unzahl von Veröffentlichungen zu diesem Thema um eine weitere vermehrt, schon gar nicht Neues aus der wissenschaftlichen Sicht des Historikers oder Politologen gesagt werden soll. Vielmehr ist es die Absicht des Autors, in gedrängter Kürze eine Übersicht über die Begriffsdiskussion und über die Geschichte des Faschismus und speziell des Nationalsozialismus zu geben. Manche Historiker werden sich an dem flüssigen »journalistischen« Stil stoßen. Sollen sie. Ich hab's genossen.

Aus der Fülle der angesprochenen Themen seien nur einige wenige herausgegriffen, die mir besonders wesentlich erscheinen.

Timm skiziert in einem »historischen Exkurs« die Geschichte des Nationalsozialismus von den Anfängen 1919 bis zur »Machtergreifung« 1933 und weiter bis zum Ende 1945 und untersucht die Ursachen und Bedingungen, die dahin führten. So kritisiert er zu Recht die weitverbreitete Fehlinterpretation, die NS-Herrschaft von Auschwitz her zu betrachten, anstatt den Weg dorthin zu analysieren. Denn entgegen Goldhagens Thesen (»Hitlers willige Vollstrecker«) spielte beim Aufstieg der NSDAP bis 1933 der Antisemitismus keine wesentliche Rolle, geschweige denn, daß von KZ-Terror, Krieg und Judenvernichtung auch nur die Rede gewesen wäre, und die in »materielle Not« geratenen Massen interessierten sich wohl kaum für eine »Führerschaft der nordischen Rasse«.

Vielmehr war es die Bündelung von sozialen und politischen Themen, populistische Versprechungen und Demagogie, die die NS-Erfolge erreichte. Dazu kam ein raffinierter Rückgriff auf »völkische« Ideale, wie die Agrarromantik aus der wilhelminischen Zeit in Verbindung mit jugendbewegter Lagerfeuer-Romantik, oder die Ausnutzung panischer Furcht vor dem Sowjet-Kommunismus und die anti-parlamentarischen und nationalistischen Tendenzen des traditionell apolitischen (und damit meist zum Konservativen tendierenden) Bürgertums: so etwa das Versprechen, das Unrecht des Versailler Vertrages ebenso zu beseitigen wie das parlamentarische Parteiengezänk in der (wenig geliebten) Demokratie. Wenn man sich die populären Themen der zu Ende gehenden Weimarer Demokratie vor Augen führt – die Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten, was ihre »wirtschaftliche Zukunft« betraf – den Ruf nach Sicherheit, Ruhe und Ordnung – die radikale Beseitigung der politischen Immobilität – das heimliche Warten auf den »starken Mann«, der zeigt, wo's lang geht – wenn man an diese Schlagworte denkt, dann kann man sehr nachdenklich werden.

Die angeführte Liste »Verwendeter Literatur« ist etwas verwunderlich, jedenfalls nicht zu verstehen als Bibliografie zum vertiefenden Studium des Themas, denn dann würden wesentliche Titel fehlen. Es ist eben eine Nennung der »verwendeten Literatur«.

Uwe Timm ist es zu verdanken, daß er in dieser Kürze so Grundsätzliches und Wesentliches zum Thema Faschismus und Nationalsozialismus gesagt hat. Man kann der Schrift nur eine weite Verbreitung wünschen. Man sollte sie jedem Schüler in die Hand drücken, jedem Lehrer als Unterrichtsmaterial. Denn das Thema des Faschismus ist keineswegs ein weit in der Vergangenheit liegendes historisches Ereignis.●

Berndt Schauen

Uwe Timm : Was ist eigentlich Faschismus?, Herausgeber Jochen Knoblauch, Edition Anares Bern 1997, ISBN 3-905052-63-6, eine 61 seitige Broschüre mit einem Quellenverzeichnis der verwendeten Literatur. 10,00 DM, erweiterte und ergänzte Auflage.

NEUE BROSCHÜRE

Charta »Menschenrechte und Industriegefahren«

Erstmals existiert eine Charta, die auf internationaler Ebene die Rechte von Arbeitern und Anwohnern von Industrieanlagen festschreibt. In 39 Artikeln werden die Rechte auf Umwelt- und Arbeitsschutz, Bürgerbeteiligung, Vorsorge und juristischen Schutz definiert. Insbesondere in Entwicklungsländern soll hierdurch eine Verringerung industrieller Risiken erreicht werden.

Konzipiert wurde die Charta vom *Permanent Peoples Tribunal*, einem internationalen Gerichtshof, der Verstöße gegen Menschenrechte untersucht. Anlaß für die Erstellung war der 10. Jahrestag der Chemie-Katastrophe von Bhopal/Indien, bei der 5.000 Menschen getötet und mehrere hunderttausend gesundheitlich geschädigt wurden. Beteiligt an der Entstehung der Charta waren Richter, Politiker und über 100 Organisationen aus aller Welt. Das langfristige Ziel ist eine Verabschiedung der Charta durch die UNO und die International Labor Organization.

Die *Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.*, die seit 1978 den BAYER-Konzern beobachtet, beteiligte sich auf deutscher Seite bei der Konzeption der Charta. Sie legt jetzt eine deutsch/englische Broschüre vor, die den gesamten Charta-Text sowie zwei Fallbeispiele zum BAYER-Konzern enthält. Gerade die jüngsten Störfälle in der Chemischen Industrie sowie die Risiken der Atomkraft verdeutlichen die Notwendigkeit eines geregelten Schutzes der Bevölkerung – weltweit.

In den folgenden Monaten werden Parteien, Gewerkschaften, Behörden, Verbände und Nichtregierungsorganisationen im In- und Ausland um Stellungnahmen und Unterstützung bei der Verbreitung gebeten. Die Reaktionen werden international gesammelt und abschließend den europäischen Regierungen und der UNO übergeben.

Die Broschüre ist durch die zweisprachige Aufmachung besonders für international arbeitende Gruppen gedacht. Sie kann kostenlos (auch in höherer Auflage) bestellt werden bei:
Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.,
Postfach 15 04 18, D-40081 Düsseldorf,
Tel: (02 11) 33 39 11, Fax: 33 39 40,
e-mail: Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de●

ub

COMICS AUS JAPAN

Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Dieses häufig bemühte Sprichwort läßt sich auch auf die aktuelle Manga-Welle anwenden, die nicht nur japanische Zeichentrickfilme (*Animes*), sondern auch Comics aus dem Land der aufgehenden Sonne zu uns hinüberschwappen läßt. Da die Welle mittlerweile langsam etwas abebbt, ist es Zeit, Bilanz zu ziehen: Neben wirklichen Meisterwerken wie »Akira« von *Katsuhiro Otomo*, haben leider auch viele zweitklassige Mangas, die sich eher durch unnötige Gewaltdarstellungen und schwache Storylines auszeichnen, den Weg in die deutschen Verlage gefunden. Ein wirkliches Highlight bringt jetzt jedoch Carlsen mit »Dragon Ball« heraus!

Der 42jährige *Akira Toriyama* hat damit den längsten und erfolgreichsten Manga aller Zeiten erschaffen: Die weltweite Auflage der 42 Sammelbände liegt derzeit bei ca. 200 Millionen! Nun versucht Carlsen mit einer Auflage von 30.000 Stück und monatlich einem neuen Band (Die ersten vier erschienen kompakt im Oktober) auch den deutschen Lesern die Abenteuer des Wunderknirpses Son-Goku nahezubringen. Dieser lebt fernab der Zivilisation in einem Märchenwald und verfügt über eine Reihe erstaunlicher Kräfte, so zerlegt er als Frühsport ganze Baumstämme mit gezielten Karateschläpen (Es ist nicht zu übersehen, daß Toriyama ein großer Jackie Chan-Fan ist). Eines Tages besucht ihn das Mädchen Bulma, das auf der Suche nach den 7 Drachenkugeln ist, die zusammengenommen den Drachen Shenlon erscheinen lassen, der dem Besitzer der Kugeln jeden beliebigen Wunsch erfüllt. Die beiden machen sich gemeinsam auf die Suche...

Dies ist jedoch nur der Auftakt für ein wirklich phantastisches Abenteuer, das vor lauter skurrilen Figuren, irren Erlebnissen und gefährlichen Situationen geradezu aus den Nähten zu platzen scheint. Toriyama hat in »Dragon-Ball« eine Welt erschaffen, in der Naturgesetze nicht mehr gelten und es vor verückten Einfällen nur so wimmelt. Kein Wunder, daß die Serie weltweit bereits eine eingeschworene Fangemeinde besitzt: Es existieren mittlerweile über 3.800 Homepages im Internet, außerdem gab es eine Zeichentrick-Reihe im TV, mehrere Kinofilme und sogar großformatige Kunstbände mit dem Oeuvre Toriyamas.

Eine spezielle Besonderheit der Carlsen-Ausgabe ist, daß die japanische Lesart beibehalten wurde. Das heißt, man schlägt den Comic von »hinten« auf und liest dann von rechts nach links. Hiervon sollte sich jedoch niemand von der Lektüre abschrecken lassen, hieße das doch, einen der charmantesten und originellsten Comics der letzten Jahre zu verpassen!●

Jörg Petersen

DRAGON BALL 1 - 7. Text und Zeichnungen: Akira Toriyama je 192 Seiten, schwarz/weiß, Taschenbuch je DM 9,95 Carlsen Verlag

AUFBRUCH IN DAS GELOBTE LAND

In dieser kleinen Schrift wird die Kibbutzbewegung verständlich dargestellt. Gerhard Senft interpretiert die sozial- und wirtschaftsreformistischen Ideen Theodor Hertzkas als Reaktion auf die unbewältigten Probleme des Industriekapitalismus und auf das Nachwirken feudaler Elemente. Heute ist die Kibbutzbewegung etwas »demokratiemüde« geworden. Dennoch ist ihr Einfluß in Israel immer noch nachweisbar. Senft stellt in Zusammenhang mit seiner anmerkungsreichen Darstellung ein Zitat von Martin Buber zur Diskussion: »Gemeinschaft ist, wo Gemeinschaft geschieht. ... Echte Gemeinschaft und echtes Gemeinwesen werden sich nur in ebendem Maße verwirklichen, in dem die Einzelnen wirklich werden, aus deren verantwortungsvollen Dasein sich das öffentliche Wesen erneuert.« Wer sich mit diesem Zitat nicht anfreunden kann, findet vielleicht Trost bei jener umfangreichen Literatur zum Thema, die Senft im Anhang präsentiert.●

Roman Schweidlenka

Gerhard Senft: Aufbruch in das gelobte Land. Die Ursprünge der Kibbutz-Wirtschaft, Edition Wilde Mischung, Verlag Monte Verita, Wien 1997

ALTERNATIVE BERUFSFINDUNG

Neben der Unterstützung der persönlichen Visionssuche berichten im vorliegenden Band einige Naturwissenschaftler von ihren Erfahrungen auf dem Weg zu einem alternativen Beruf. Anschließend werden verschiedene Tätigkeitsfelder vorgestellt, Adressen und Literatur genannt sowie Tips zur Existenzgründung gegeben.

ub

Alternative Berufsfindung für Ingenieur- und Naturwissenschaft. Ein Hand- und Lesebuch. Hrsg. Von Martin Kalinowski. Kiel-Mönkeberg: Harms, 1997, 300 S., DM/sFr 19,80, 140 öS, ISBN 3-86026-046-4

Ö-PUNKTE MIT SCHWERPUNKT AGENDA 21

Zum zweiten Mal sind die *Ö-Punkte*, der neue Infodienst für Basis-Umweltgruppen, erschienen. Sehen lassen kann sich dabei auf jeden Fall die Auflage: 13.000 Umweltschutzgruppen werden deutschlandweit erreicht. Damit haben die *Ö-Punkte* mindestens ein Teilziel erreicht: Sie bieten die Möglichkeit, viermal jährlich Informationen zwischen aktiven UmweltschützerInnen auszutauschen. In zur Zeit zwölf autonom arbeitenden Themenredaktionen werden die aktuellen Informationen zusammengestellt. Hinzu kommen organisatorische Tips für Gruppen (Thema diesmal: »Software für UmweltschützerInnen«) und jedes Mal ein besonderer Schwerpunkt.

InteressentInnen können die *Ö-Punkte* gegen Einsendung von 5 DM bei der Redaktion, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen, beziehen. Zudem liegt das Heft vielen Rundbriefen und Zeitschriften im Umweltschutz bei.●

ub

JOBS

Lust auf Galabau ?
Ab Frühjahr '98 suchen wir eine/n Landschaftsgärtner/in oder jemand mit entsprechender Berufserfahrung. Einstieg ins Kollektiv wünschen wir uns. Wohnen in einer Hofgemeinschaft wäre bei Interesse und Sympathie möglich.
GRÜNBAU, Allee 4, D-31061 Alfeld
Werkhof Brunkensen

Kollektivist/in gesucht: Überwiegend in der Verarbeitung der Bautischlerei (Dämmstoffe, Fußböden, Parkett). Wir sind ein 2 1/2 Jahre junges Kollektiv (3m, 1f; 25, 31 33, 31) und betreiben seit 1995 einen selbstverwalteten biologischen Baustoffhandel mit angeschlossener Verarbeitung. Lohn zur Zeit 2.000 DM / 4,5 Tagewoche. Mitaufbau des Verdener Öko-Zentrums. Bewerbungen an:
Chiffre Biber

JOBSUCHE

Suche Mitarbeit in selbstverwaltetem Betrieb im ökologischen/pädagogischen Spektrum. Bin Dipl.Päd./Ind. Kauffrau. Vielfältige Erfahrungen u. Interessen. Raum F/DA/WI, Zuschriften unter:
Karin Gruber, Odenwaldstr. 5,
D-61273 Wehrheim

PROJEKTE

Mit dem Maultier in die Schule: Welche Kinder wollen mit anderen kleinen und großen auf dem Land in Südspanien leben und bei Selbstversorgung (Permakultur) und kinderfreundl. Tourismus (Existenzgründung) mitmachen?
Kontakt: CSK, Real 22,
E-29492 Genalguacil/Spanien

Fidibus: Ökologische Dorfgemeinschaft geplant in Nordbayern/Südthüringen. Mit den Bereichen: naturnahe Selbstversorgung, Handwerk, Altenbetreuung, Erziehung und Tagungshaus. Wer macht mit? Info: Margit Kern
☎(09 11) 33 02 58

Mit 30 Erw. und 15 Ki. in einer umgebauten Kaserne, in WG mit 2 Frauen, 3 Männern (28-36) u. 1 Ki. (8) ein Zuhause finden. **Zimmer f. Frau sofort frei.**
TÜ ☎(0 70 71) 3 13 07
420 DM

HOF UND ARBEIT

Solidargemeinschaft sucht **LandwirtIn/GemüsegärtnerIn** (z.B. mit BSHG- o. ABM-Stellenberechtigung oder auf 610 DM-Basis) für Mitarbeit und -wohnen auf Biohof (HB-Nähe)
☎(04 21) 7 68 40
oder (0 42 52) 18 59

KATALOGE

1968 – Deutscher Herbst. Antiquariatskataloge: »1968 – Vorläufer, Phantasien, Folgen« sowie »Karl Kraus u. die Fackel« jetzt anfordern – kostenlos:
Antiquariat Karla, Karolingerstr. 14,
D-40223 Düsseldorf.

WAHLJAHR 1998

Das Buch zum Superwahljahr 1998:
Erich Mühsam – »Der Humbug der Wahlen«, ca. 56 Seiten.
Der Text von Erich Mühsam (zum Wahljahr 1912 verfaßt) ist heute immer noch in seiner Kernaussage aktuell. Als historische Lehrstunde erinnert uns der Mühsam'sche Text mit feiner Ironie daran, daß Demokratie nicht davon lebt, alle vier Jahre ein Kreuz zu machen, und er kritisiert den Parlamentarismus als antiquierte Form der Demokratie, die bereits vor 86 Jahren ihren Kritiker fand.
Bestellung zum Preis von 6 DM an:
Klaus Guhl Verlag, Knobelsdorffstr. 8, D-14059 Berlin (ab Mitte Februar lieferbar). Für Wiederverkäufer gibt es Rabatt.

POSTKARTEN

Postkarten gegen **Rassismus, Eurozentrismus u. allgem. Menschenverachtung** in den Medien u. im Alltag (Collagen aus der Werbung 1992-97). 12 Motive f. 10 DM + 2,20 DM Porto. Der Erlös ist f. Antirassismusarbeit/Gruppen bestimmt. Best. b. T. Boese, c/o Galions e.V., Brunnenstr. 3, D-36323 Grebenau

ak analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

Alle vier Wochen auf 36 Seiten Analysen, Hintergrundinformationen und Diskussionen

Kostenloses Probeexemplar bestellen bei :
analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg,
Tel.: 040/40170174 oder Fax 040/40170175
e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

ak erscheint vierwöchentlich und ist in allen linken Buchläden und Zeitungskiosken erhältlich. Jahresabo DM 90,-; Einzelpreis DM 7,50. 36 Seiten.

Das Kölner Volksblatt erhält die »Peter-Grohmann-Medaille« in Gold 'für unerschrokkenes Eintreten für Meinungsvielfalt und eine Informationspolitik in einer Region, in der die öffentliche Meinung ansonsten in fester Hand ist' (aus der Laudatio). Wir danken.

Volksblatt!

Monatlich 12 Seiten
Abo jährlich 36 Mark
Melchiorstr. 15, 50670 Köln
Tel/Fax 731798

Infoservice für umweltinteressierte MultiplikatorInnen, Jugendliche, Kinder, Eltern, Schulen, aktive Gruppen & Initiativen usw.

Neuer Katalog, mit über 150 Öko-Infomaterialien!

Schutzgebühr: 2,-- DM
(in bar oder als Briefmarken)

MaterialAuswahl UmweltSchutz
Dippelstr. 10, 36251 Bad Hersfeld
Fon: 06625/7244, Fax: 06625/5285
eMail: maus@juis.insider.org Internet: http://www.projektwerkstatt.de

Jungle World

Die neue linke Wochenzeitung.

Jungle World ist »links und frech« (Die Zeit), »kreativ, unkonventionell und witzig« (Südwest 3 Fernsehen). »Die wagen was, diese Noch-Linkeren-als-wir« (taz). »Stimmt alles.« (Jungle World)

Aber das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Jede Woche berichtet Jungle World auf 32 Seiten über Wirtschaft, Politik und Kultur – polemisch, zynisch, sachlich.

Und: »Wie jede anständige Wochenzeitung erscheint Jungle World donnerstags und kostet vier Mark.« (Zitty, Berlin)

Coupon

Ja, ich will Jungle World 4 Wochen für 10 Mark testen.

Das Probe-Abo ist unverbindlich und verlängert sich nicht automatisch. Einen Zehnmarkschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Name
Vorname
Straße, Nr.
PLZ, Ort

Jungle World · Lausitzer Str. 10 · 10999 Berlin · Fax (030) 6182055

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG

Am 3. 12. 1997 wurde das Antirassismusbüro (ARAB) Bremen zum wiederholten Mal von der Polizei durchsucht. Anlaß des jüngsten »staatlichen Überfalls« (taz Bremen 4.12.97) auf das ARAB waren dessen Aktionstage gegen rassistische Polizeigewalt im September. Gesucht wurden die VerfasserInnen von Plakaten und Flugblättern, in denen die in Bremen vorherrschende rassistische Kriminalitätsdebatte und der hier gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgeübte Polizeiterror benannt werden. Ermittelt wird wegen Beleidigung, Verleumdung u.a.

Wir erklären uns solidarisch mit dem ARAB und verurteilen die polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Verfolgung anti-rassistischer Arbeit auf das schärfste!

Das ARAB stellt sich konsequent auf die Seite rassistisch Verfolgter. Es organisiert Öffentlichkeit und Protest gegen Mißhandlungen von SchwarzafrikanerInnen auf dem 3. Polizeirevier und die schikanöse Brechmittelvergabe; es mobilisisiert gegen Abschiebungen von Flüchtlingen und unterstützt deren Proteste, wie den Hungerstreik im Lager Peenemünder Straße, wie Aktionen von BosnierInnen oder Flüchtlingen auf dem Lagerschiff »Embrica Marcel« für menschenwürdige Lebensbedingungen.
Angesichts der herrschenden Zustände sind anti-rassistische Gegenwehr und Organisierung mehr als notwendig und wir fordern alle auf, sich daran zu beteiligen!
Seit einigen Jahren wird die Arbeit des ARAB durch kontinuierliche polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Schikanen angegriffen. Der Aufwand, den die Bremer Polizei dabei betreibt, kann nur bedeuten, daß es sich um eine gezielte Strategie handelt, um anti-rassistische Arbeit zu kriminalisieren. Jede Veröffentlichung wird aufs Korn genommen; selbst eine Veranstaltung von Richtern der ÖTV, zu der das ARAB eingeladen war, wurde von Staatsschutzbeamten observiert; auf Kundgebungen wurden Beamte gesichtet, die minutiös mitschrieben. Es hagelt Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren, wahlweise wegen Beleidigung, Volksverhetzung oder Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Allerdings mußte die Broschüre ***Polizisten, die zum Brechen reizen*** – die gegen die Brechmittelvergabe Stellung bezieht – nach ihrer Beschlagnahme wieder zurückgegeben werden. Dieses Verfahren endete mit Freispruch.
Die Verschärfung von Gesetzen hält mit einer dermaßen hochmotivierten politischen Ermittlungstätigkeit noch nicht ganz Schritt. Es ist offensichtlich, daß es gar nicht um die angeführten Delikte geht, sondern darum, jegliche Kritik an rassistischen Maßnahmen, u.a. der Polizei, zu verbieten.

Aber verändert werden muß nicht die des ARAB Politik, sondern die rassistische Praxis Bremer Behörden! Es muß Schluß sein mit den Versuchen, Kritik an rassistischen Strukturen und Tätlichkeiten zu verbieten! Es muß Schluß sein mit Brechmittelvergabe, Platz- und Beförderungsverboten, Abschiebungen, Sondergesetzen für »AusländerInnen«, Schluß mit den Lagern!

Bleiberecht für alle – Kein Mensch ist illegal

Solidaritätsbündnis gegen die Kriminalisierung anti-rassistischer Arbeit; Bremen, 9.12.97

Diese Solidaritätserklärung wird unterstützt von (Stand 3. 2. 1998):
Bremen: alaska, Zeitschrift für Internationalismus; Anarchistische Altemative; Antifaschistisches Komitee; Antirassistische Stadtteilgruppe Walle; Autonome Antifa; Azubi Ini »eat the rich«; BAAF (Bremer Anti Atom Forum); BBA-Infoladen, Chiapas-Gruppe, FrauenLesbenInfoladen Mafalda; Infoladen Umschlagplatz; Jugend-Antifa; Jugendinitiative Sielwallhaus eV.; Junge Linke/JungdemokratInnen; Kassiber Stadtzeitung; Levanti-Projekt undogm. Linke Missing Link, Messtelle für Arbeits- und UmweltSchutz e.V.; Versandbuchhandlung; Suspekt, Schwul-Lesbische Initiative; Uni-VV (15.12.97); AK Antirassismus, AK GeKo, AK Lateinamerika, AK Kurdistan, AK Antirepression, AK Kultur, AG Tierrecht, Schwule Unigruppe, alle im AStA der Uni Bremen; RA Gerhard Baisch; RAin Britta Korgel; RA Horst Wesemann; RA Martin Stucke; Edith Diewald und Michaela Müller, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen der BUKO-Kampagne »Stoppt den Rüstungsexport«; Prof Dr. Rudolph Bauer, FB 11 der Universität; J.Wessels; A. Klies; K.Armbruster; A. Heuschmid – **Berlin:** BAOBAB Infoladen Eine Welt e.V.; Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz; Rote Hilfe e.V. OG Berlin – **Göttingen:** Autonome Antifa (M); Anti Atom Plenum; Antirassismus Plenum; EA Entengrütze; FLegS (Frauen/Lesben gegen Sozialabbau; Frauen/Lesben Café im Juzi; Frauen/Lesben Geschichtsgruppe; Gruppe Rock gegen Rechts; Mittelamerika Komitee; Projekt Zuflucht; Rechtshilfe Göre; VV des JuZi; Basisgruppe Orientalistik, Sozialistische Undogmatische MathematikerInnen und PhysikerInnen Fachschaftsliste (SUMPF), Basisgruppe Jura, Fachschaftsräteversammlung (FSRV) alle Uni Göttingen – **Hamburg:** Antifa Fula; Buch- und Infoladen Schwarzmarkt; Volxcafé Uni – **Oldenburg:** Redaktion Alhambra-Zeitung; Initiative für Offene Grenzen und gegen Sondergesetze; Viva Maria im Alhambra; HGAS (Hochschulgruppe ausländischer StudentInnen), Antirassistisches Demokratisierungskomitee, alternative Liste alle Carl-von-Ossietzky-Uni
– Initiative GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus, Thüringen (Erfurt); Infobüro gegen Rassismus (Erlangen); Antifa; Beschallungskollektiv (Gronau); Netzwerk »Kein Mensch ist illegal« (Köln); Anarcho/a Antifa (Rheine); Mumia-Soli (Rheine), Antirassistische Gruppe Für Freies Fluten (Hanau).Kontakt: Solibündnis, c/o St. Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen.

Spendenkonto: Rote Hilfe; Postbank Hamburg; BLZ: 20010020; Ktonr.: 481912-206; Stichwort: ARAB-Soli (wichtig!)

WAS NUN?

Arbeits- und Beschäftigungsförderung – Erfahrungen, Perspektiven, Konzepte

- *Streiter für eine neue Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik*
- *Forum des Erfahrungsaustauschs für Arbeitsförderungsgesellschaften, soziale Unternehmen und Projekteträger*
- *Verbündeter all jener, die mit ökonomischen Initiativen „von unten" einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit suchen*
- *Vermittler von Erkenntnissen aus der Praxis des sozialen Sektors in anderen europäischen Ländern*

Eine Zeitschrift, die auf die in ihrem Titel gestellte Frage zwar keine fertige Antwort verkünden kann, aber jedem Pfad nachgeht, auf dem Lösungen zu finden sind

Erscheint zehnmal im Jahr • Einzelexemplar: 2 DM (zuzügl. Porto) • Jahresabonnement: 30 DM • Ab 5 Exemplare Sammelbezug zu ermäßigtem Druckkostenbeitrag

Redaktion ***WAS NUN?*** • Wiesenstr. 29 • 13357 Berlin
Tel.: 030/4650 7365; Fax: 030/461 2418

ÖKOSTADT

Eine Vision, die Realität werden soll: ökologisch bewußtes, sozial gerechtes städtisches Leben.

Grundsätzliches, Konkretes und Aktuelles dazu alle zwei Monate in den

ÖKOSTADT **Nachrichten.**

Kostenloses Probeheft:
ÖKOSTADT
Danziger Straße 219
10407 Berlin
Tel. 423 59 53 · Fax 423 56 87

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 50679 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90; 60314 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, Peter Streiff, Schwanenstr. 10, ☎ (0 69) 44 62 47; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; Sozialpolitik: 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎/Fax (06103) 4 27 42

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Das Seminar entspringt den Auseinandersetzungen und den Erfahrungen der Kommune Niederkaufungen beim Aufbau einer eigenen Altersversorgung.
Schwerpunkte des Seminars sind:

- Altersversorgung durch Schatzbildung oder Solidargemeinschaft?
- Staatliche Altersversorgung, private Lebensversicherung oder betriebliche Altersvorsorge?
- Möglichkeiten der betrieblichen Altervorsorge (Direktzusage, Pensionsrückstellungen, Unterstützungskasse, Pensionskasse) und ihre rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Konsequenzen.

Anhand der Situation der TeilnehmerInnen werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten erläutert und diskutiert werden.
Termin: 24.-26.4.98
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

MOMO e.V.

Anders leben & arbeiten
Die TeilnehmerInnen erhalten in diesem Seminar Informationen zu alternativen Lebensformen und können sich über die eigenen Wünsche und Vorstellungen mit anderen austauschen sowie gemeinsam neue Ideen entwickeln.
Mögliche Inhalte können sein:

- Vorstellung bestehender Projekte
- Finanzierung/gemeinsame Kasse
- Entscheidungsfindung/Konsens
- selbstverwaltetes Arbeiten

Desweiteren steht ein Besuch der Kommune Niederkaufungen auf dem Programm.
Termin: 3.-5.4.98, Raum Kassel
Information & Anmeldung:
Simone Klieber, Kölnische Str. 157, D-34119 Kassel
☎(05 61) 1 26 18

MEDIENAKADEMIE

Veranstaltungsmanagement
Mit Seminaren, Tagungen, Tages- und Abendveranstaltungen öffnen sich soziale und kulturelle Einrichtungen ihren Zielgruppen. Hinter jeder Veranstaltung steht eine Menge an Planung und Organisation. Wie setzt man Ideen in tragfähige Konzepte um? Wie können Tagungen bezuschußt werden? Wie sieht der optimale Zeitplan aus? Wie gestalten wir die Tagungsräume? Was ist bei der Unterkunft zu beachten? Die TeilnehmerInnen sollen optimal betreut, Chaos strikt vermieden werden. Unser praxisorientiertes Seminar informiert über.Planungselemente, Checklisten, Konzepte, Finanzierung und Krisenmamangement.
Termin: 4./5.4.98
Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V., Humboldtstr. 117, D-90459 Nürnberg
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

COMUNIDAD A

Sommer-Camps '98
Wer hat Lust zur Instandsetzung von Häusern, Gärten, Wegen und Energieversorgung; zum Austausch von Erfahrungen, Informationen; zum Feiern (Dorffest am 18. Juli) und auf einen Versuch unsere Utopien von einem selbstbestimmten und kollektiven Leben zu teilen?
San Adrian ist ein verlassenes Dorf in den Bergen von Leon.
Termine:
1.-15.7./16.-31.7./1.-15.8./16.-31.8.98
Wer mehr wissen will, schreibt an:
COMUNIDAD A, A.P. 315, E-Ponferrada, Spanien

REGIONALENTWICKLUNG

Nachhaltige Regionalentwicklung – ein Zukunftsprogramm für die Regionen?
Die »Nachhaltige Regionalentwicklung« erscheint Ende der 90er Jahre als das Zukunftsmodell regionaler Planung und Entwicklung.
Die Auswirkungen auf die aktuelle Regionalpolitik und Regionalkultur referieren und diskutieren u.a. Ortwin Renn (Akademie für Technikfolgenabschätzung, Stuttgart), Ulrich Jüdes (Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften, Kiel), Brigitte Adam (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumplanung, Bonn) und Reinhard Loske (Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie).
Außerdem wird anhand von mehreren Workshops zu konkreten Projektbeispielen aus den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk, Dorfentwicklung, Stadtentwicklung, Stadt-Umland-Entwicklung und Bildung und Kultur das Konzept der regionalen Nachhaltigkeit in seiner lokalen Umsetzbarkeit vorgestellt.
Termin: 19.-21.3.98, Bad Urach
Veranstalter: Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg e.V. und Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Referat Ökologie
Weitere Informationen:
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Referat Ökologie, Haus auf der Alb, D-72574 Bad Urach
☎(0 71 25) 15 21 44, Fax 15 21 00

BUKO

Kritik des Entwicklungsdenkens und der Identitätspolitik
Die Idee zu diesem Seminar entstand auf dem Paderborner BUKO im Forum 5 »Emanzipation neu denken«. Daß es mit dem »Denken« – so schwierig das schon ist – nicht getan ist, wurde uns bei unseren Vorbereitungstreffen für das obige Seminar bald klar: Auch wenn wir intellektuell das Entwicklungsdenken wegen seiner Effizienzorientierung, wegen seines universalistischen Anspruchs, wegen der Orientierung am Leitbild der »nachholenden« Entwicklung ablehnen, so hat dennoch in unserem alltäglichen Leben das Entwicklungsdenken einen hohen positiven Stellenwert – z.B. im Sinne von psychischer Weiterentwicklung, im Sinne von Veränderung, von Lebendigkeit, verbunden mit der Befürchtung: Wenn es keine Entwicklung gibt, dann herrscht Stillstand.

Ähnlich bei der Identitätspolitik, die wir einerseits sehr kritisch betrachten, da sie zu Ausgrenzungen führt und Gefahr läuft, systemtragende Kategorien festzuschreiben. Andererseits prägen Identitäten unser alltägliches Leben und die Strukturen in sozialen Bewegungen und in unseren Gruppen. Und es wird wohl politisch unverzichtbar bleiben, an Identitäten anzuknüpfen, ohne diese festzuschreiben.

In dem Seminar wollen wir uns – u.a. auch in Form einer kurzen Version der Zukunftswerkstatt – mit folgenden Fragen beschäftigen:

- Inwiefern sind wir geprägt von Entwicklungsdenken und Identitätspolitik, auch wenn wir uns als systemoppositionell verstehen?
- Inwiefern werden unkritische Inhalte bezüglich Entwicklungsdenken und Identitätspolitik über unsere Aktionsformen transportiert?
- Wie sieht der Spannungsbogen aus zwischen dem politischen Selbstverständnis meiner Gruppe einerseits und ihrer Praxis andererseits?
- Was verbindet uns untereinander, und mit wem sind wir solidarisch?

Außerdem wird es kurze informative 'Impulse' geben zu folgenden Themen: naturwissenschaftliches Entwicklungsdenken, Gustavo Estevas Kritik der Entwicklung, Kritik der entwicklungspolitischen Projekte, unser Hintergrund –die Aufklärung, Identitätspolitik und Dekonstruktion, Zusammenhang zwischen Entwicklungsdenken und Identitätspolitik.
Termin: 13.-15. März in Dortmund
Anmeldung bei der BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax: 390 75 20

NETZ

Führen, Motivieren, Delegieren
Sie führen erfolgreich, indem Sie Ihre MitarbeiterInnen erfolgreich machen. Als Führungskraft gilt es fachliche und soziale Kompetenz zu verbinden. Das setzt neue Maßstäbe für die Vorgesetztenrolle. Lernen Sie Ihre Mitarbeiter zu motivieren, situativ zu führen, richtig zu delegieren und Zielvereinbarungen zu treffen. Ziel dieses Seminars ist es, Ihren individuellen Führungsstil zu entwickeln und Ihre Qualitäten als Coach zu verbessern.
Termin: 25. bis 27.3.98, Bonn
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 498 96 28, Fax 498 98 27-

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Rollen klären, Stellen beschreiben, tariflich eingruppieren: Wer tut was mit welchem Gehalt?
Sie sind verantwortlich für die Personalführung in Ihrer Firma/Institution. Als Leiterin möchten Sie für die interne Orientierung möglichst genau Aufgaben und Kompetenzen verteilen und dementsprechende Stellenbeschreibungen verfassen.
Termin: 23.-26.3.98

Kommunikation und Rhetorik im Beruf
In diesem Seminar werden Kommunikationsabläufe und -zusammenhänge in Arbeitssituationen verstehbar und transparent gemacht.
Termin: 30.3.-3.4.98

Jetzt geht's los!
Dieses Wochenendseminar bietet Ihnen eine Hilfe zur beruflichen Orientierung. Wir unterstützen Sie auf Ihrem Weg zur Klärung Ihrer beruflichen Interessen und Stärken.
Termin: 3.-5.4.98

Non-Profit und Finanzen
In Zeiten von Mittelkürzungen, Budgetierung und dem sich verstärkenden Druck, Eigeneinnahmen zu erzielen, wird auch in sozialen Projekten betriebswirtschaftliches Handeln immer notwendiger, um die Existenz weiterhin zu gewährleisten.
Termin: 7./8.4.98

Das Arbeitsförderungsgesetz
Erwerbslose Frauen erhoffen sich über das Arbeitsamt Hilfe. Jedoch die ständigen Änderungen und die Komplexität des Arbeitsförderungsgesetzes machen Erwerbslosen das Leben schwer. Diese Abendveranstaltung ist gedacht für interessierte Einzelfrauen.
Termin: 16.4.98, 18-20 Uhr

»Arbeit statt Sozialhilfe«
Für Sozialhilfeempfängerinnen, die Interesse an einem Arbeitsplatz haben, bietet die Hansestadt Hamburg die Chance, eine Anstellung bei Firmen oder der »Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft« (HAB) zu finden. Das Arbeitsangebot der HAB ist freiwillig und beinhaltet berufliche und allgemeinbildende Qualifizierung für Arbeitskräfte.
Darüber hinaus stellen wir das Lohnkostenförderungsprogramm vor. Dieses bietet die Möglichkeit, bei Firmen des allgemeinen Arbeitsmarktes angestellt zu werden. Das Gehalt wird in diesem Programm in Höhe der Sozialhilfe vom Sozialamt mitgetragen.
Termin: 23.4.98, 18.30-20.30 Uhr
Nähere Informationen und das Kursprogramm sind erhältlich bei Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg.
☎(0 40) 450 20 90, Fax 45 12 10

FCS-MÜNCHEN

Spezialausbildung für Frauen:
Fachfrau für Windows-Anwendungen und Teleworkingmanagement
Neu vom Arbeitsamt gefördert wird dieser Kurs für Büro- und Verwaltungsberufe. Sie lernen den professionellen Einsatz der Office97-Programme und der Telekommunikation (Internet-, E-mail, Telebanking, Online-Recherche, Web-Sites-Gestaltung). Der Kurs findet vom 30.3. bis 30.6.98 bei der Frauen-Computer-Schule in München statt.
Informationen und das neue Kursprogramm (Mai-August 1998) erhalten Sie unter
☎(0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25
E-Mail: fcs-m@link-m.de

DIRECT ACTION WOCHE

Für alle, die immer schon mehr über Baum und Genackerbesetzungen, Einbetonieraktionen und Hüttendorfleben wissen wollten, gibt es jetzt die DIRECT ACTION WOCHE vom **18.-25. April** im Anti-A33-Hüttendorf in Ostbarthausen.
Dieses Treffen bietet aber nicht nur eine Gelegenheit zum Kennenlernen, sondern auch zur Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch aller, die direkte Aktionen in ihrer politischen Arbeit einsetzen. Es wird sowohl theoretische als auch praktische Workshops geben, wie z.B. Anti-AKW/ Atombewegung, Baumklettern, Tunnelbau, Geschichte und Philosophie zivilen Ungehorsams, Reclaim The Streets Parties, Infos zu verschiedenen Kampagnen, Food-Not-Bombs, Gentechnik, Totalverweigerung, direkte Aktionen im »All«tag.
Außerdem feiert das Hüttendorf seinen Geburtstag. Das Treffen kann aber nur durch Eure Kreativität und Beteiligung stattfinden. Kommt daher zahlreich zu den Vorbereitungstreffen und bringt Euch mit Workshops, Videos und was Euch noch so einfällt, mit ein. Informationen gibt es unter den folgenden Telefonnummern: bis Ende Februar 0611-374859, danach 0542-5270. Bitte ruft auf alle Fälle an, da Ort und Zeit sich durch widrige Umstände (Räumung...) kurzfristig ändern können.

OSTERMARSCH

NATO und Bundeswehr wollen in Prignitz den größten Luft-Boden-Schießplatz für die Ausbildung von Bomberpiloten einrichten und damit die Nachfolge auf dem ehemals russischen Bombodrom antreten. Die BürgerInnen aus der Region haben gegen die Nutzung des Geländes geklagt und die Richter in Potsdam verweigerten der Bundeswehr ein Nachnutzungsrecht. Verteidigungsminister Rühe zwingt die Kläger in die Berufungsinstanz und pumpt damit aus der nun völlig verarmten Region weitere 100.000 DM heraus. Juristisch ist formal noch alles offen. Die BI FREIe HEIDe ruft am Ostersonntag, 12. April 1998, ab 14 Uhr, zu einer Wanderung von der Fretzdorfer Kirche zum Bombodrom.
Kontakt: BI FREIe HEIDe, Robert-Koch-Str. 7, D-16816 Neuruppin
☎/Fax (0 33 91) 39 80 47

AUFRUF: ANTIRASSISMUS-TAG UND DEMONSTRATION

Am 14.3.1998 soll im thüringischen Saalfeld für antifaschistisches Denken und Handeln demonstriert werden: »Nicht nur, weil am 11.10.97 mit dem martialisch durchgesetzten Demonstrationsverbot (siehe CONTRASTE-Schwerpunkt Januar '98) in neuer Qualität deutlich geworden ist, wie sehr die staatliche Politik ungebetene Meinungen in der Öffentlichkeit repressiv verhindern will, ist es für uns als AntifaschistInnen eine Pflicht, gegen jeden rechten Konsens unsere Stimme zu erheben. Dies erst recht, wenn die staatliche Politik Naziaktivitäten deckelt, die Opfer der Nazi-Attacken und -angriffe in der Öffentlichkeit häufig gar zu TäterInnen gemacht werden und gleichzeitig antifaschistischer Widerstand kriminalisiert wird.
Ein zur Staatsdoktrin erhobener »Extremismus-Begriff« zur Gleichsetzung von Nazis und AntifaschistInnen, eine rassistische Politik gegen MigrantInnen, ein Lokalpatriotismus seitens der örtlichen PolitikerInnen, eine besonders unter Jugendlichen starke, offen faschistische Szene, die gegen alles zu Felde zieht, was nicht in ihr treudeutsches Weltbild paßt, und die für die Öffentlichkeit nicht existent zu sein scheint und die öffentliche Umdeutung von faschistischen Übergriffen in unpolitische Gewalt: Aus diesem Geflecht erwächst der rechte Konsens, von dem hier die Rede ist und auf den sich antifaschistische Politik allerorten gefaßt machen muß, wenn Widerstand gegen Nazis geleistet werden soll.
Die Rechten werden ihre »national befreiten Zonen« – Einschüchterung aller Andersdenkenden, rechte Meinungsführerschaft, gezielter Terror – immer stärker durchsetzen, wenn nicht mehr BürgerInnen dem Einhalt gebieten.
Am 11.10.97 wurde in Saalfeld/Saale erstmals eine antifaschistische Bündnis-Demonstration staatlicherseits verhindert. Unter dem Motto »Den rechten Konsens durchbrechen« sollte gegen die neofaschistische Szene demostriert werden. Gleichzeitig ging es darum, die Ursachen für das Erstarken der Rechten und ihre Duldung zu thematisieren. Eingebettet in eine Diffamierungskampagne gegen die OrganisatorInnen, geführt von Teilen der Lokal-und Landespolitik, der Lokalpresse und Behörden, ereilte die geplante Demonstration ein folgenschweres Verbot durch das Landratsamt. Mit einer Gleichsetzung von Links und Rechts wurde das Verbot begründet und in einem ungerechtfertigten Polizeieinsatz mehr als 400 vorwiegend junge AntifaschistInnen festgenommen und unter schikanösen Umständen teilweise für mehrere Tage in einem eigens dafür eingerichteten Sondergefängnis festgehalten.
Trotz alledem fanden am 11.10. spontan an verschiedenen Orten mehrere friedliche Demonstrationen gegen das Verbot mit 1.500 AntifaschistInnen statt.
Das Saalfelder Verbot hat in München (8.11.97), Freiberg (1.11.97) und Dresden (24.1.98) bereits seine Nachahmer gefunden und droht zum Modell zu werden.
Wir rufen zur Beteiligung an der antifaschistischen Demonstration am 14. März 1998, 15 Uhr in Saalfeld auf!
Dieser Aufruf wurde am 26.1.98 in Saalfeld einstimmig von Antifa-Gruppen, GewerkschafterInnen, PDS- und Bündnis90/Die Grünen-Mitglieder und anderen AntifaschistInnen beschlossen.

BUNTE SEITEN 1997/98
Das einzige Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen
Mit 12.000 Anschriften vorwiegend selbstorganisierter Projekte, Initiativen und Betriebe aus der BRD, CH & A und internationalen Kontaktadressen, ausgewählt von AktivistInnen aus den einzelnen Bewegungen
und neu im Buch:
Reader der Alternativ-Medien

Mit 1033 Titeln (hiervon 830 aus dem deutschsprachigen Raum) mit zahlreichen Hinweisen auf Verbreitungsgrad, Erscheinungsweise, Seitenzahl, Preisen und Schwerpunktthemen bzw. Ansprüche. Ein Überblick über Video- & Filmgruppen sowie über Freie Radios ergänzen diesen Reader.
262 Seiten, Buchformat 23 x 29,7 cm, Preis: 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-9240085-04-8
Erhältlich über: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D - 69035 Heidelberg

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:
PLZ, Ort, Straße:
Gruppe/Betrieb/Beruf:
Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber:
Geldinstitut:
Konto-Nr.: BLZ:
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !
☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.
Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg